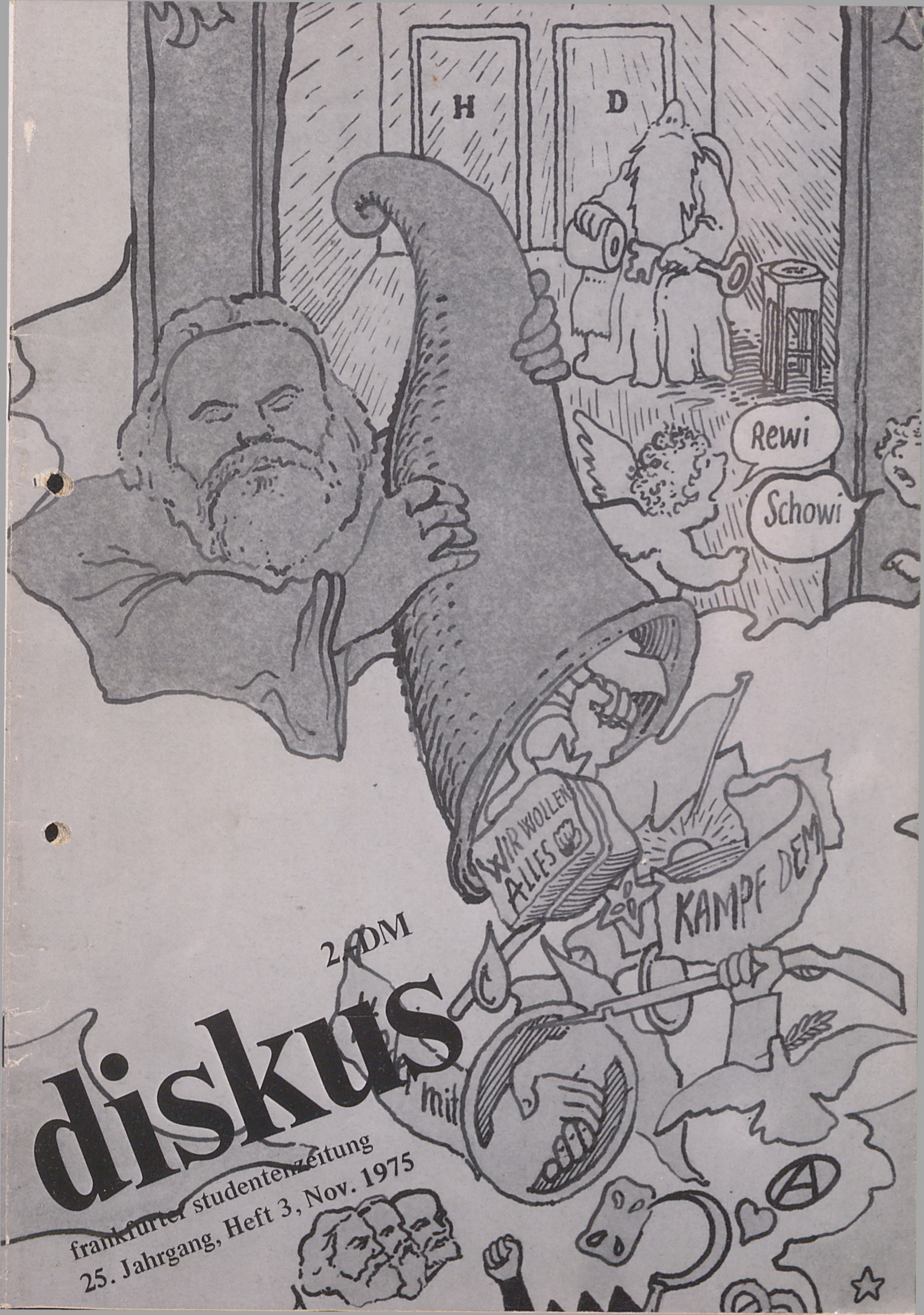
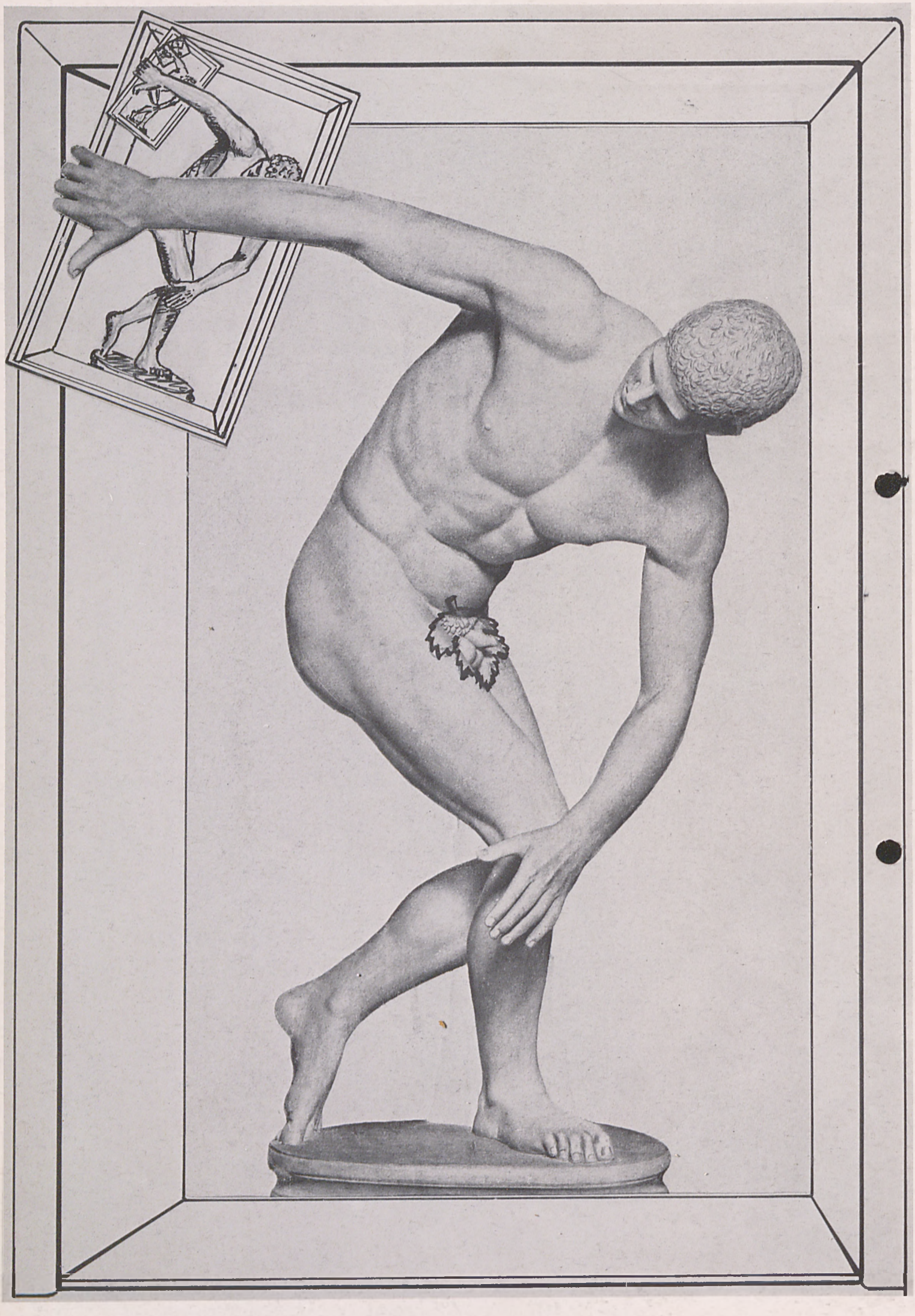


2,- DM

diskus

frankfurter studentenzeitung
25. Jahrgang, Heft 3, Nov. 1975



25 JAHRE diskus UND KEIN ENDE

Ein Weg zur Dichtung

„1. Jahrgang Heft 2, April 1951, Preis 15 Pfg., Frankfurter Studentenzeitung, herausgegeben vom AStA", DIN A4-Format, 12 Seiten, ca. 19 Artikel, davon 4 politischen Inhalts: Bericht über eine Diskussion zur Wiederbewaffnung (800 von 5000 Studenten anwesend), Kritik an der Wiederbewaffnung mit theologischen Argumenten, Hinweise auf die Not von aus politischen Gründen inhaftierten Studenten in der sowjetischen Besatzungszone, Aufforderung zur Hilfe. 6 Artikel befassen sich mit sozialen Problemen der Studenten, Rest Bücherrezensionen, Nachrufe auf verstorbene Professoren, Rezension einer Aufführung des Studententheaters. Der Ton ist devot, bedacht, den universitären Vorgesetzten gut aufzufallen, innerlichkeitsgeschwängert: „Im studentischen Forum haben wir eine Gelegenheit, dem Rektor zu beweisen, daß auch wir Studenten in der Gesamtheit und nicht nur die gewählten Vertreter der Studentenschaft bereit sind, uns um unsere eigenen Belange zu kümmern. Wenn wir

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG
„Unrechts-Staat?"

unsere Wünsche nicht äußern, unsere Forderungen nicht laut werden lassen, wenn wir selber nichts für die Universität und für uns tun, mit welchem Recht können wir dann von anderen erwarten, daß sie etwas für uns tun?"

„Ein Weg zur Dichtung – Arbeitsgemeinschaft Sprachgestaltung. Vor 10 Semestern, im Sommer 1946, schloß sich ein Kreis von Studierenden zusammen, der in seine Mitte das überkommene Gut vergangener und zeitgenössischer Dichtung setzte. Ein Kreis, der einen Weg suchte zur Dichtung, der diese erschloß und weitergab in den Nöten der Zeit. Sie kamen zusammen und sprachen Gedichte, rangen um den Geist der Dichtung, um die Persönlichkeit eines Dichters und das alles im tätigen Miteinander. Und die Gemeinsamkeit des Anliegens bildete Gemeinschaft."

AStA: „Nichts mit Parteipolitik"

„3. Jahrgang, Heft 10, Dezember 1953, Diskus Nachrichtenblatt der Vereinigung von Freunden und Förderern der JWG-Universität".

Wenn es ohne Bezug zu politischer Praxis bleibt, kann man in einer Studentenzeitung auch politisieren: der Bereich hat sich ausgeweitet, man beginnt, sich vom Krieg zu erholen. Bonner Parlament und SBZ sind die Themen. „Soziales" ist zurückgegangen. Ausweitung des Feuilletons: „Weihnachtliches im Volksbrauch". Praxisferne ist Pflicht: aus der Erklärung des AStA-Vorsitzenden (Christlich-Demokratische Hochschulgruppe): „Alle Kommilitonen, die schon einmal in der stud. Selbstverwaltung gearbeitet haben, werden wissen, daß es sich dabei nicht um Fragen der sogenannten 'großen Politik' handelt, die wir gern den dafür zuständigen Gremien überlassen wollen. Die Fronten dürften bei uns wohl anders als üblich verteilt sein. Studentenparlament und AStA werden sich also um Fragen der Hochschulpolitik kümmern müssen, die nichts mit Parteipolitik zu tun hat. Sie werden die Interessen der Studenten bestmöglichst zu vertreten haben. Sie werden darüber zu wachen haben, daß den Studenten die wohltuende akademische Freiheit erhalten bleibt, die ja gerade mit dem Namen und der Tradition unserer freiheitlichen Frankfurter Universität verbunden ist. Auch wir Studenten sollten dazu beitragen, diese Tradition weiterzutragen. Dabei sollte man auch Toleranz walten lassen gegenüber Formen studentischen Gemeinschaftslebens (wohl Korporierte. d. Verf.) soweit dies mit einer sozialen Grundeinstellung vereinbar ist. Es wäre vielleicht wichtig, daß alle am Gemeinschaftsleben interessierten Kreise viel häufiger als bisher miteinander in ein fruchtbares Gespräch kommen, bevor irgendwelche Entscheidungen getroffen werden. Ich habe immer das Gefühl, daß wir heute die alte Kunst des Gesprächs weitgehend verlernt haben, eine für den Akademiker besonders bedauerliche Tatsache."

„Phantom Einheitslehrer"

7. Jahrgang, Heft 10, Dezember 1957. Ein Fortschritt: die Hochschule kommt in den Blick, in Reaktion auf den Plan des Kultusministers, die Ausbildung der Volksschullehrer zu vereinheitlichen und zu akademisieren, Verteidigung des Plans, Kritik an den „Abstandstheoretikern" des Philologenverbands. Der diskus ist neben dem Hamburger „Studentenkurier", soeben in „konkret" umbenannt, bedeutendste Studentenzeitung der BRD. Mitarbeiter: Sebastian Herkommer, Herbert Heckmann, Joachim Fest, Alfred Schmidt.

„Unruhe erste Bürgerspflicht"

8. Jahrg. Heft 5, Juni 1958

Die zweite Politisierungswelle erreicht die Universitäten. Zumindest für die offizielle Vertretung der Studentenschaft und für ihre Zeitung gilt, daß man nicht aktiv Politik treibt, sondern reagiert: auf die Frage nach der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Reaktion aber

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG
Streitfrage Atom

Fortsetzung auf Seite 13

diskus ist besser als fiskus, eintracht besser als zwietracht

Es ist früh, es ist zehn nach acht, als Henner Drescher, der Gestalter, und Peter Mosler, der Redakteur, sich im diskus-Büro treffen, als sie einander „Guten Morgen" sagen, muffig, denn was soll gut sein an einem Morgen um diese Zeit, lieber gingen sie ins Café gegenüber, doch da kommen schon die nächsten: Lutz Bessel, Joachim Klein und Eberhard Zimmermann, an Zuverlässigkeit fehlt es bei keinem, das erheitert die Redaktion, jetzt wenden sich alle fünf zur Tür, verlassen den Raum, als hätten sie ihn nicht erst vor fünf Minuten betreten, einen ausgreifenden Schritt hat Lutz Bessel mit seiner Aktentasche, als er auf das Auto zuläuft, Henner, der Gestalter, hält sich neben ihm und sagt: „Du siehst aus wie 'm Tod sein Handlungsreisender". Dann steigen sie in das Auto, ein alter Mercedes, Eberhard Zimmermann, der Herausgeber, setzt sich mit einer Schlägermütze ans Steuer, sagt „den Ausdruck Schlägermütze bitte ich im Artikel zu vermeiden", die anderen legen ihr Schicksal in seine Hand, Lutz Bessel, Henner Drescher, Joachim Klein und Peter Mosler, der einzige Mann von Ehre in dem ehrlosen Haufen, wie er sagt, jetzt hebt der Mercedes ab, nein, er fährt los, reiht sich ein in den Berufsverkehr der nassen morgendlichen Stunde, vorbei an der wieder rot aufleuchtenden Bockenheimer Warte, die Studentenschaft bleibt zurück auf dem Campus, als der Wagen die Kreuzung Senckenberg Allee/Bokkenheimer Landstraße überquert, schließlich verlieren selbst die auf dem Rücksitz Sitzenden die Studentenschaft aus dem Auge, auch die Stadt verliert sich, die Häuser am Straßenrand werden kleiner, im neuen Akt betreten Mischwälder die Szene, Freunde der Natur im Auto öffnen die Fenster, Raucher fragen einander ab: wieviel Zigaretten hast du noch? und Peter Mosler schlägt für den diskus eine Liebesgeschichte mit tragischem Ausgang unter dem Titel „Baby, wieviel Zigaretten hast du noch?" vor, jetzt ist es nicht mehr weit, nur noch 10 Kilometer, vorne links ist schon die Abfahrt, der Wagen biegt ein und nimmt die letzten Meter mit knirschenden Schritten, vor dem Landhaus parkt er auf eine vornehme Weise, ohne eine Minute zu verlieren, springen die diskus-Arbeiter aus dem Wagen, werfen die Türen zu, nehmen die fünf Stufen zum Landhaus, setzen sich auf Sessel und Sofas und beginnen mit einer Ausdauer zu reden, die niemand von ihnen erwartet hätte.

Über Intelligenz. Daß es nicht mehr die bürgerliche Intelligenz ist, die an den Universitäten produziert wird, sondern nur noch die bürgerlichen Rituale von Intelligenz. Und wie der Klassenverrat in diesen Tagen geht. Sicher nicht, indem die Intellektuellen mit Brille und Trenchcoat in den Reihen der Arbeiterklasse und ihrer Partei laufen und in die Parolen einstimmen.

Und dann: wie kann man die Leser treffen und wo? Wo ist die Öffentlichkeit der Studenten geblieben? Warum trifft man heute nur die Pachtherren linker Öffentlichkeit, K-Gruppen, Spontis?

Und dann: es gibt einen Gedächtnisverlust der Linken. Weil es hohe ‚Kosten' erfordert, das politische Gedächtnis an der Schule, der Universität, im Beruf zu behalten.

Und dann: wie die Wissenschaft ein Instrument der Selbstbefreiung sein kann, in Whyl, in Marckolsheim,in Frankfurt, in Berlin und Wien.

Und dann: wie kann die linke Lust, Leichtigkeit und Lebensfreude in eins gehen mit dem Beschreiben, Erzählen, in der Sprache von Vater Ordnung, Tochter Stimulans und Schwester Einfachheit?

Als einer sagt „Wir machen jetzt eine kleine Pause, in der Henner den Apfelwein zum Glühen bringt", hören es alle mit Behagen, endlich gibt es nicht jene strohtrockene Zähigkeit, mit der sonst Konzeptionen entworfen werden, Eberhard Zimmermann, der Herausgeber, entwickelt, auf dem Sofa zurückgelehnt, ein Konzept vom diskus als multimedialer Entertainer: Text, Beat, Pop, Op, Show, Photo, Film, dem akademischen Ernst sollen die Flügel gestutzt werden, Vater Ordnung, Tochter Stimulans und Schwester Einfachheit soll mit ihrer Sprache Eintritt gewährt werden, zerschlagt den alten diskus, macht einen neuen, besser, aktueller, regelmäßiger, doch da erschreckt die Gruppe vor der Größe der Aufgabe, und Henner,der Gestalter, sagt beruhigend: „diskus ist besser als Fiskus, und Eintracht ist besser als Zwietracht!" das kann jeder verstehen, und jeder verspricht, sich diesen Satz zu merken, die Gruppe steigt erleichtert wieder ins Auto, alle stolz geschwellt: heute haben wir etwas geschafft. *)

Inhalt:

25. Jahrgang, Heft 3, 11. Dezember 1975

	Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
	diskus	25 Jahre diskus und kein Ende	Red.	
1		diskus ist besser als Fiskus, Eintracht ist besser		
2		als Zwietracht	Red.	
4		diskus und so weiter	Red.	
8	Leserbriefe	diskus-sion		
10	Nachrichten	nachrichten-magazin		
17	Hochschule	Auf der Suche nach einem Ersatz für Reformillusion	Karl Haubold	dpa
20	Organisation	AK-Kritik	Michael Stamm	
22		Neue studentische Initiative	IG-Medizin	
26		Tod dem Patriarchismus – Es lebe der Mann!	Männergruppe Ffm.	Drescher
29		SPD-Wirtschaftspolitik – Reformkapitalismus?	Juso-Autorenkollektiv	
33	Repression	Hände weg vom Nulltarif!	Naturfreundejugend Ffm.	
36		Selbstbestimmung der Frau – eine Gefahr für den Staat	Frauenzentrum Ffm.	Drescher
38	Kultur	Das Linke Buch	P. M.	
39		Ein Prolet erzählt	P. M.	
16		Die Rolle der Kultur	M. Theodorakis	
40		Drei Prozesse	Peter Paul Zahl	
44	Lateinamerika	Educatión Popular	Rosemarie Hohmann	S. E. P.
48	Spanien	schuldspruch	Peter Paul Zahl	
		franconsteins tod	Peter Paul Zahl	

Die erste Umschlagseite ist Ausschnitt einer Koproduktion von F. K. Waechter und dem Roten Rakel. Das Plakat (A1-Format) wird demnächst in der Karl-Marx-Buchhandlung zu kaufen sein.

Editorial

Der diskus erscheint nunmehr seit 25 Jahren, Anlaß genug, Bilanz zu ziehen, Neues anzugehen. Aus diesem Grund befaßt sich diese Ausgabe vorrangig mit dem Thema „diskus"; es geht um die 25-jährige Geschichte, die weitere Konzeption und Vorhaben, und – um das Werden dieser Ausgabe.

Die Reformillusionen der Linken an den Hochschulen sind begraben, die Linken mitunter auch. Die Zerstörung des Freiraumes Universität (der nie eingestanden wurde) hat verheerende Auswirkungen auf die Diskussion, sie findet – bis auf wenige Ausnahmen – nicht mehr statt, Erfahrungen verstauben. Gegen diese Tendenz schildert *Karl Haubold* seine Erfahrungen an einer Reformuniversität.

Die, mittlerweile traditionellen, Hochschulgruppen beschränken sich, soweit sie überhaupt noch existent sind oder das Sagen haben, auf's Repräsentieren – mit ihren jeweiligen Eigenarten, natürlich; im übrigen gilt, daß sie auch numerisch an Bedeutung verlieren, bereits in jungen Jahren vom Aussterben bedroht sind. Als Ausnahme kann da einzig und allein eine Organisation namens „Rote Zellen, AK-München" nebst regionaler Ableger gelten, von der Organisationsform her ein letzter, besonders cleverer ML-Aufguß, von der Qualität ihrer Marx-Rezeption betrachtet durchaus nicht mit der Borniertheit der ML- und Parteiaufbaubewegung zu vergleichen. *Michael Stamm* begründet seinen Austritt aus den „Roten Zellen Marburg", einer Sympathisantenorganisation der „Roten Zellen AK-München".

Das Ende der üblichen studentischen Gruppen schlägt gleichwohl auf der Linken in dem Entstehen von fachspezifischen Studenteninitiativen mit weniger bombastischer Programmatik zu Buche. Eine davon, die *Initiativgruppe Medizin*, stellen wir auf Seite 22 vor.

Neben bekannteren, wenn auch nicht „etablierten" Autoren wie *Peter Paul Zahl*, der in diesem Heft für die diskus-Leser über drei Prozesse berichtet, wollen wir in den nächsten Ausgaben mit dem Abdruck unveröffentlichter Prosa und Lyrik junger, unbekannter deutscher Autoren beginnen. Gleichzeitig fordern wir Autoren auf, uns Texte zur Verfügung zu stellen, über die wir nach gründlicher Prüfung entscheiden. Wir müssen allerdings darauf hinweisen, daß wir nicht in der Lage sind, den Abdruck zu honorieren. Gleiches gilt für den Abdruck eingereichter Artikel, zu denen wir wiederum ganz besonders die Leser der Frankfurter Uni einladen.

Für kürzere Beiträge, die sich vor allem auf den diskus insgesamt oder aber auf zuvor erschienene Artikel im diskus beziehen, richten wir wieder – in diesem Heft erstmals – die Spalte „diskus-sion" ein.

Erstmals zu diesem Heft hat Henner Drescher die Gestaltung des diskus übernommen. Lothar Leßmann, der seit 1970 dem diskus-Kollektiv angehörte, und dessen Initiative wir die graphisch gelungene und professionell gemachte Form des diskus der letzten fünf Jahre verdanken, ist zum Ende letzten Semesters aus dem Kollektiv ausgeschieden.

Schwerpunkt des nächsten diskus 1/76, der voraussichtlich Mitte Januar erscheint ist: „ Die Hochschule und ihre Studenten". Redaktionsschluß ist am 24.12.75.

diskus frankfurter studentenzeitung
Heft 3, 25. Jahrgang, 11. Dezember 1975
diskus-Verlag 6 Frankfurt/M.,
Jügelstraße 1, Studentenhaus,
Telefon 0611/7 98 31 88
Herausgeber Hans-Peter Bach, Lutz Bessel, Max V. Limbacher, Eberhard Zimmermann Joachim Klein,
Redaktion Henner Drescher, Brigitte Heinrich, Eduard Wolczak, Peter Mosler
Gestaltung Henner Drescher
Anzeigen/Vertrieb/Verlagsleitung NN
Druck Max Schimmel oHG,
8700 Würzburg 2,
Robert-Koch-Straße 34-36
Satz Satzstudio Heide Prinz
6000 Frankfurt/M., Wolfsgangstraße 53
Auflage 15 000
Erscheinungsweise 8mal im Jahr
Anzeigen z.Zt. gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.4.73
Preis 2 DM, Abo 4 Ausgaben 8 DM incl. Versand

diskus

frankfurter studentenzeitung

UND SO WEITER...

Die Beständigkeit in der Erscheinungsweise des diskus scheint uns in jeder Hinsicht recht zu geben. Wir haben mit wechselnder Besetzung und ebenso wechselhafter Geschichte das 25. Jahr des Bestehens erreicht. Daran konnten auch zeitweilige Erscheinungsverbote nichts ändern. Auch gerade in jüngster Zeit konnte ein Frontalangriff der Unigewaltigen, der die Weiterexistenz des diskus erheblich in Frage stellte, (vgl. Editorial Heft 1/75) wieder erfolgreich abgewehrt werden.

Nur haben eben diese Angriffe und Gefährdungen des Blattes uns teilsweise daran gehindert, unsere Arbeit selbstkritisch zu beleuchten und nicht in Selbstgefälligkeit zu schwelgen. Gefordert waren wir ständig: von der Notwendigkeit, den diskus nicht zum Opfer rechter Machtpolitik werden zu lassen, zu wenig manchmal von den Bedürfnissen und Erwartungen der Leser.

Wichtig war uns allemal, daß der diskus erscheint, denn daß an der Universität Frankfurt ein Bedürfnis nach Information besteht – wer wollte es bestreiten.

ZUR NOTWENDIGKEIT EINIGER INFORMATIONSORGANE AN DER UNIVERSITÄT – ZUR NOTWENDIGKEIT DES diskus

Nicht nur Mikrokommunikationsflüsse (Aufzugfahren, der Gegenüber im Seminar, die Nachbarin im Wohnheim, der Vordermann in den Schlangen vor Sekretariat und Mensa) auch der Austausch über das was Gruppen bewegt, worunter sie leiden, was sie tun, wogegen und wofür sie kämpfen, welche Erfolge sie haben, aber auch was auf sie zukommt an Entwicklungen, Gesetzen und Erlassen, worin sie sich gleichen und unterscheiden, welchen Gesetzmäßigkeiten sie unterliegen oder sich unterwerfen, all das findet nur schwer eine Öffentlichkeit, die dies registriert, geschweige denn verarbeitet, Schlüsse zieht, Konsequenzen fordert.

Einen Teil dieser Öffentlichkeit will der diskus ermöglichen, anderes kann er nicht. Er kann nicht die Berge von Schweigen bei der Begegnung von Individuen abtragen, oder gar die Architektur des AFE-Turmes verändern. (Er kann bestenfalls so interessant sein, daß es lohnt, sich über ihn zu unterhalten). Der diskus kann auch nicht verbreiten, was im Fachbereich x die Initiativgruppe y für Pläne hat oder wie sie diese umsetzt, nicht über den Streit der Ordinarien am Institut für Irgendwas, und auf wessen Kopf die Schläge landen. Er kann nicht berichten, welche Prüfungsordnungen und Leistungsverschärfungen die Bürokratien nun gerade wieder aushecken. Nicht der diskus kann dies leisten, sondern das AStA-INFO, die Fachschaftszeitung, das Flugblatt. Kurzschließer bitten wir hier um Einhalt: Wir erachten die genannten Funktionen nicht für gering und von uns deshalb vernachlässigbar, sondern im Gegenteil für sehr notwendig, von uns aber nicht erfüllbar, notwendig auch für uns, denn zum einen sind wir in der diskus-Redaktion selbst auf die verschiedensten Informationsmöglichkeiten angewiesen, zum anderen ist ein gut über universitäre Ereignisse informierter Leser auch eine gewisse Vorbedingung für eine vernünftige Rezeption des diskus.

Hier wurden in der Vergangenheit zu viele Fehler gemacht: Funktionsfähige Fachschaften als Träger der Fachbereichspresse existieren kaum. Folge davon ist, daß Initiativgruppen, die in dieser oder jener Veranstaltung tätig wurden, in anderen Bereichen mit vergleichbarer Problemstellung keine Resonanz fanden. Gleiches gilt für die Uni-Ebene: das AStA-INFO als aktuelles Informationsorgan existierte im letzten Jahr praktisch nicht (gute andere Veröffentlichungen, z.B. Dokumentationen etc. des AStA sollen durch diese Kritik durchaus nicht geschmälert werden). Nicht einmal dem Krupp'schen Schmierblatt Uni-Report ist an aktuellem Nachrichtenmedium von Seiten der Studentenschaft (oder anderen Mitgliedern der Universität) bisher Adäquates entgegengesetzt worden. Wir hoffen sehr, daß sich dies ändert. Ein hoher Voranschlag im Posten Information des neuen AStA-Haushaltes und Munkeleien in der "Scene" sprechen dafür.

Keinesfalls eine Funktion hat der diskus als Sprachrohr dieser oder jener politischen Organisation. Noch nie in den 25 Jahren seines Bestehens war er dies – wollte er doch immer Garant für eine freie Diskussion über Entwicklungen, Programme und Aktionen sein und nicht Verkünder von solchen.

Und auch in Zukunft sollten die politischen Organisationen eher Interesse an einem Forum haben, das aufdeckt, kommentiert und Wege weist, als an einem schlichten Propagandablatt. Wenn Organisationen Mitarbeiter in den diskus delegieren, dann dürfen diese nicht die Aufgabe haben, das jeweilige Programm stur und machtpolitisch durchzusetzen, sondern sie sollten letzteres anhand der Themen, die im diskus veröffentlicht werden durch Mitarbeit am Heft und einzelnen Artikeln überprüfen.

DIE FUNKTION DES diskus – REFLEXE DES STANDES DER BEWEGUNG AN DER UNIVERSITÄT

Daß der diskus zeitweise eher rechts oder eher links angesiedelt war, ist auch als Reflex auf den jeweiligen Stand der Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft zu verstehen. Für die Tatsache, daß er auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung eher eine Initiativfunktion hatte, gilt das gleiche: es war dies auch ein Reflex auf das Bestehen einer weitgehend funktionierenden universitären Öffentlichkeit, verwirklicht durch teach-in's, die diesen Namen verdienten, durch spontane Massenversammlungen etc. durch ein Argumentationsniveau (wir sind keine Nostalgiker, aber es war damals einiges anders, was heute nicht mehr allgemein gewußt wird: unsere Ge-

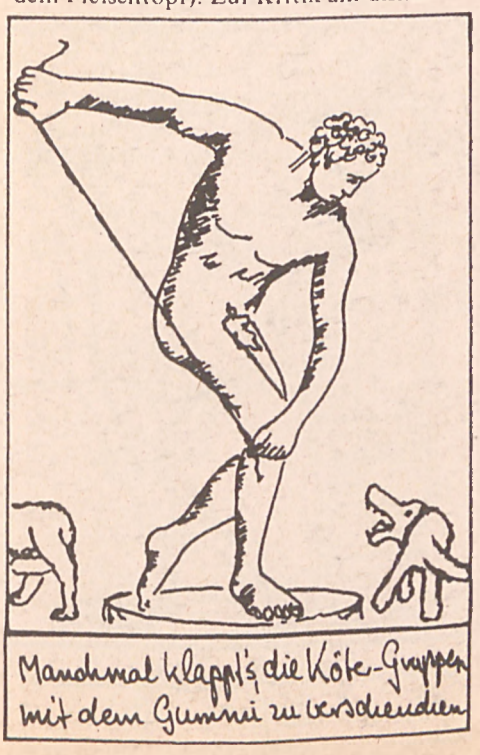
schichtslosigkeit – auch eines unserer Probleme), im freien Redeaustausch, das wir auf unseren Frankfurter teach-in's bei weitem heute nicht mehr erreichen.

Ein Reflex der universitären Situation sind auch die letzten diskus-Jahre: nach der Studentenbewegung, die für sich noch eine gewisse Universalität im Wissen reklamiert hatte, entstand jenseits der grossen Vereinfacher der linken Parteien ein Spezialistentum, das auch im diskus seinen Niederschlag fand. Was sich einst als Forderung nach Überwindung des innerredaktionellen Selbstverständnisses zu allem und jedem selbst etwas zu sagen zu haben, durchsetzte, nämlich Leser und Gruppen, die etwas zu sagen haben, in den Kreis der Artikelproduzenten aufzunehmen, pervertierte rasch zum Produzieren für Spezialisten durch Spezialisten. Bald nahm die Fremd- und Auftragsproduktion überhand.

KONZEPTION UND REALISATION I – ÜBER SCHWIERIGKEITEN DEN diskus ZU MACHEN

An dieser Stelle sei die Wechselwirkung zwischen Konzeption des diskus und der konkreten Mache des jeweiligen Heftes betont: Mit dem Einzug der Spezialistenschreibe in den diskus wuchs auch die Schwerfälligkeit der Heftproduktion. Wir gerieten in eine hinderliche Abhängigkeit zu den Artikel-Machern; der eine lieferte nicht und brachte den Schwerpunkt zum Platzen, der andere reicht seinen Beitrag verspätet ein, mit ähnlicher Wirkung auf den Heft-Erscheinungstermin. Gewiß, ein kritikwürdiges Verhalten der Genossen, die feste Zusagen gemacht hatten; aber auch: Spiegelung eines Standes der Bewegung, die einzelne so wichtig macht, Primadonnenverhalten ermöglicht, nicht zuletzt aber auch Folge einer Konzeption, die nicht in der Lage war, objektive Mißstände und subjektives Versagen aufzufangen; dazu noch: innerredaktionelle Schwierigkeiten organisatorischer und personeller Art, die gelieferten Artikel zügig und schlüssig in ein Heft umzusetzen; dazu weiter: die permanenten Eingriffe von Unipräsident, Kultusminister und Gerichten, die Geldersperrungen und in jüngster Zeit auch: Angriffe von Parteiaufbauern, denen wir zu liberal sind (weil wir nicht ihre Meinung verkünden), von Liberalen, denen wir zu parteilich sind und zu schlechter letzt auch noch von einzelnen (?) Spontis denen wir zu intelektuell sind (weil für uns Klassenverrat nicht heißt, auch das Denken einzustellen).

Daß Unmut über den diskus in mancher Hinsicht berechtigt ist – in gewissen Grenzen auch der Vorwurf des Intellektualismus (auch z.T. eine Folge der Spezialistenschreibe und damit eines überholten Konzepts) – wer wollte es verneinen, vor allem dann, wenn kritische Argumentation so hilfreich ist, daß sie Einsicht und den Willen einiges besser zu machen erreicht. Mit Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen Äußerungen, die nur vorgeben Kritik zu sein, deren eigentliches Ziel allein jedoch ist, den diskus zu liquidieren – und das dazu noch aus sehr durchsichtigen Gründen (...der Blick nach dem Fleischtopf). Zur Kritik am diskus stehn wir auch selbst: mit diesem Artikel, durch die Aufarbeitung von Fehlern der alten diskus-Konzeption, mit der Veröffentlichung einiger Aspekte eines neuen Konzepts im folgenden (beides Ergebnis längerer Diskussionsprozesse, zuletzt einer "Klausurtagung auf dem Lande; vgl. "diskus ist besser als Fiskus", Seite) und mit organisatorischen und personellen Konsequenzen.



DEN diskus LESBAR MACHEN, DEN LESERKREIS ERWEITERN

Wenn auch die Qualität der Beiträge im wesentlichen – das kann resümeehaft gesagt werden – durchaus akzeptabel war, so sind dennoch einige Artikel z.T. wegen des hohen Anspruchs, z.T. wegen der speziellen Thematik (s.o.) für eine breitere Leserschaft zu wenig aussagekräftig, geschweige denn von einem gewissen Erlebnisgehalt. Die visuellen Anreize des diskus stehen dadurch oft in keinem Verhältnis zum Gebrauchswert für ein breites Lesepublikum. Wir wissen, daß sich die Leserschaft des diskus – soweit er überhaupt eine Verbreitung über den Raum der Universität hinaus findet, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wiederum auf einen kleinen Kreis von Hochschulangehörigen und -absolventen beschränkt. Wir vermuten, daß ähnliches auch für inneruniversitäre Verhältnisse zutrifft: es ist ein kleinerer Kreis von Studenten und anderen Hoch Hochschulangehörigen, die mit dem diskus etwas anfangen können. Es muß uns daher gelingen, ohne das Argumentationsniveau zu senken, den diskus konzeptionell und begrifflich faßbarer zu machen; dahinter steht nicht: den Merkzettel über die Auflagehöhe in der Tasche an die Heftproduktion zu gehen. Daß Leserinteresse am und damit auch Verkaufbarkeit des diskus außerhalb der Hochschule mit in die Berechnung der Existenzfähigkeit eingeht, widerspricht dem vorher gesagten nicht, die Berechtigung der Existenz des diskus wird an anderen Kriterien geprüft werden müssen:

NICHT NUR DEN diskus AUF DEN CAMPUS WERFEN, AUCH DIE PROBLEME DES CAMPUS IN DEN diskus PACKEN

Vor der Darlegung von Aspekten einer neuen Konzeption ist auch noch zu bestimmen, welches Verhältnis der diskus zu dem, was geschieht und zu denen, die etwas machen, eingehen sollte: Einmal wäre von einem Organ wegzukommen, das von simpler retrospektiver Beschaulichkeit bis hin zu einer beschränkten

Nachbereitung ausschließlich (und bestenfalls) auf aktuelle Geschehnisse reagiert. Wenn wir auch nicht gleich den gewagten Anspruch eines Protagonisten der Bewegung erheben, können wir dennoch sagen, daß wir uns auf das, was geschieht, wieder eingreifend verhalten. Derartige Möglichkeiten, die uns oft genug in der Vergangenheit dargeboten wurden, haben wir mangels organisatorischer Straffheit im Produktionsablauf nicht wahrnehmen können.

Zum zweiten wäre der Informationsfluß über aktuelle Ereignisse und Gruppendiskussionen via diskus zur Leserschaft zu beschleunigen. Das kann bezogen auf die erwähnte Arbeitsweise bei uns nur heißen, von der Spezialisten- und Auftragsproduktion weg zur Entwicklung der eigenen Reportfähigkeit zu gelangen. Facts müssen – soweit möglich – unmittelbar vor Ort von Leuten eingeholt und verarbeitet werden, die als Redaktionsmitglieder ins diskus-Kollektiv einbezogen sind. Die so gewonnene Distanz des Schreibers zu dem Beobachteten ermöglicht nicht nur die Überwindung eines Heftinhaltes, der allein partikulare Leserinteressen anspricht, nicht nur das Publizieren von – auch für den breiten Leserkreis – aussagekräftigen Artikeln, sondern nachgerade eine parteiliche Distanz zur Praxis agierender Gruppen, die aus welchen Zwängen auch immer zu einer eigenproduzierten Öffentlichkeit nicht in der Lage sind. Der diskus wird sicherlich dadurch lesbarer und interessanter, daß er seinen affirmativen Bezug zu ebendieser Praxis aufgibt. Hier lagen auch unsere weitaus schwersten Versäumnisse: so waren wir etwa nicht in der Lage, den vielbeachteten (und von uns gefeierten) Häuserkampf, der zudem mittlerweile vollständig durch Antiimp- und Internationalismusaktivitäten a la Portugal und Spanien ersetzt wurde (das wäre in der Tat eine eigene Untersuchung wert), kritisch, mit der nötigen Distanz zu würdigen. Woher sollte die auch kommen, wenn Beiträge dazu allein aus dem Kreis der Aktivisten geliefert werden?

ZWISCHEN NACHRICHTENSAMMLERN UND LITERATEN: SCHWERPUNKTE THEMATISCH BESTIMMEN !

Aktualität hat für uns mehrere Dimensionen:

1.) Fragestellungen, die aufgebrochen sind, Probleme, die Lösungen fordern, Ereignisse, die zum Verhalten zwingen, müssen nicht auf dem Tablett serviert werden, um aktuell zu sein. Zur Illustration soll uns im Folgenden der Maulwurfparagraph dienen, der zwar Billigung oder Verherrlichung von Gewalt untersagt, aber Böll's 'Katharina Blum', einen Film über den Häuserkampf oder die Äußerung des AStA, daß ein gewisser Hochschullehrer keine Vorlesungen mehr halten dürfe, treffen könnte. Greift der diskus in seinem Schwerpunkt dieses Thema auf, so ist er in einer Hinsicht aktuell, in anderer Hinsicht aber auch Protagonist, denn er serviert zwar ein Problem, das ansteht, dem aber bisher zuwenig Beachtung geschenkt wurde.

2) Eine andere Ebene von Aktualität erreicht der diskus durch die Realisation des Schwerpunktes: Die Redaktion diskutiert das Thema; Ergebnis ist ein Artikel, der den Schwerpunkt begründet, Sachverhalte erläutert, politisch einschätzt. Im weiteren berichtet der diskus dann, bezogen auf das genannte Beispiel, etwa über die Aktivität einer Arbeitsgruppe am juristischen Fachbereich, die sich mit diesem Thema befaßt und zwar auch darüber, wie sie entstanden ist, wie sie vorgeht, welche Ergebnisse ihre Arbeit hat, welche Konsequenzen die Teilnehmer (für sich) daraus ziehen, und veröffentlicht eventuell deren Thesen. Das meint die zweite Ebene der Aktualität: diskus berichtet über eine Initiative, die jetzt stattfindet (man kann bei ihr mitmachen), bietet der Gruppe ein Forum an, wo sie ihre Ergebnisse veröffentlichen kann (was sie sonst wahrscheinlich nicht kann), stellt Entstehungsprozesse einer politischen Initiative (beispielhaft) dar; und hier ergibt sich auch der Bezug zur Uni: Nicht programatisch durch die Konzeption gefordert, sondern in der Realisierung des thematisch bestimmten Heftschwerpunkts.

Gleiches gilt für einen weiteren Bericht, der beispielsweise die Äußerungen eines reaktionären Professors zum Thema veröffentlicht, darüber hinaus jedoch durch eine Analyse seiner Aussage (vom Fachmann durchgeführt, von einem Redaktionsmitglied geschrieben) Herkunft und Interpretationsmöglichkeiten des neuen Gesetzes aufzeigt, damit aber auch einen Beitrag zur Wissenschaftskritik liefert und sich zum Kampf gegen bürgerliche Wissenschaft aktuell eingreifend verhält.

Wenn eine Organisation (z.B. Journalistenverbände) dazu aufruft, durch Unterschrift das neue Gesetz zu bekämpfen, berichten wir darüber, fragen, was das soll, welchen Erfolg eine derartige Aktion hat kann und ermöglichen damit, zu dieser aber auch ähnlichen Initiativen sich nicht nur bekenntnishaft, sondern auch argumentativ verhalten zu können.

Oder wir berichten über Portugal, konkret über die Enteignung von herrschaftlichen Sommersitzen und deren Umwandlung in medizinische Ambulatorien; diskutieren hieran die Frage der Gewalt: von wem sie ausgeht, wessen Privileg sie ist, wem sie nützt. Wir schreiben nicht über Portugal, weil "Antiimp" auf der Tagesordnung steht oder weil über die Stadtteilarbeit zu berichten derzeit müßig ist, sondern weil die Anwendung von Gewalt dort ein unmittelbarers Verständnis vom Verbot der Propagierung von Gewalt hier vermittelt. Daß ein solcher Bericht auch seiner neuen Informationen wegen lesenswert sein sollte, versteht sich von selbst; daß er darüber hinaus im Zusammenhang

mit dem Heftschwerpunkt zusätzliche Aktualität gewinnt, muß jetzt nicht mehr ausgeführt werden. Das Hauptthema eines Heftes soll in Zukunft auch jeweils einen literarischen Niederschlag finden. Wir formulieren ganz offensiv: Kultur ist genausowenig wie eine gepflegte Fresserei ein Privileg der Bourgeoisie! Genauer, wir sehen in literarischen Formen die Möglichkeit z.B. Entscheidungssituationen, wie sie auf Grund des neuen Gesetzes für den einzelnen (sei er nun Flugblattverteiler oder Verleger) entstehen werden, in verdichteter Form darzustellen oder durch den Abdruck von Gedichten, die potentiell dem neuen Paragraphen subsumiert werden könnten, eine Form demonstrativen Widerstandes zu leisten. Dabei wollen wir uns bemühen, Erstveröffentlichungen zu bringen.

An dieser Stelle sei beiläufig bemerkt, daß der diskus versuchen will, das, was eingangs zum Niveau der Auseinandersetzungen während der Studentenbewegung gesagt wurde, auch in Zukunft nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Leider scheint derzeit fast ausschließlich dem diskus diese Aufgabe zuzufallen. Auch wenn es nicht leichtfällt: Wir müssen sehen, daß die, welche an Universität und sonstwo unsere Gegner sind, mit dem allgemein eingerissenen schlichten Gemotze nicht zu fassen sind.

Natürlich kann das neue diskus-Konzept hier nicht vollständig ausgeführt werden, geschweige denn Begründungszusammenhang und redaktionsinterne Konsequenzen dargestellt werden. Über etliches sind wir uns auch selbst noch nicht im Klaren; über die Funktion des Magazins (beibehalten wie es ist, verändern, indem es streng am Heftschwerpunkt ausgerichtet wird, oder weglassen). Einiges wollen wir aber noch klären:

KONZEPTION UND REALISATION II ORGANISATORISCHE KONSEQUENZEN

Um das Konzept der Reportagefähigkeit (also der Eigenproduktion) des diskus-Kollektivs verwirklichen zu können, ist es zwingend, das Kollektiv zu vergrössern. Und zwar sollte es gelingen, gerade jüngere Semester, die einerseits eine gewisse Arbeitskapazität einbringen (was bei Examenssemestern nicht immer der Fall ist) und wegen der Attitüde einzelner diskus-Mitglieder, "auf vielen Hochzeiten tanzen zu wollen", auch bisher nicht immer gewährleistet war) und andererseits die Kontinuität des diskus für weitere Jahre sichern können. Dazu beizutragen sind Leser und politische Organisationen aufgefordert.

Das neue Konzept bietet weitere Chancen in der längerfristigen Planbarkeit der Themenschwerpunkte (ohne Aktualitätsverlust, da Aktualität im Sinne des Neu-Seins durch die Realisierung der Schwerpunkte eingebracht wird) und damit auch einer geregelteren Erscheinungsweise. Diese wird durch die Unabhängigkeit von außerredaktionellen Zulieferern hoffentlich zusätzlich verbessert.

Damit sollte es auch gelingen, einen Bundesweiten, außeruniversitären Vertrieb über Buchläden etc. (Verhandlungen sind im Gange), Verkaufsagenturen an anderen Universitäten und ein erweitertes Abonnentennetz aufzubauen. Solche "Teilprofessionalisierung" bietet nicht nur die Chance, mittelfristig die Produktionskosten des Einzelheftes zu senken und langfristig den diskus Zugriffen der Rechtsaufsichtsbehörden – soweit diese mit finanziellen Zwangsmitteln einwirken – zu entziehen, sondern auch die Gelegenheit zur Erprobung eines über Marktmechanismen akzentueirten feed-backs zum Leser: ohne daß dies allerdings heißt, den diskus diesen Gesetzen auszuliefern.

Gerade in dieser Hinsicht ist die Studentenschaft, formal das Studentenparlament aufgerufen, die Unabhängigkeit aus dem Etat des Frankfurter AStA zu garantieren. Ein Stabilitätsbeitrag des Frankfurter AStA durch Kürzung des diskus-Haushaltes in einer Zeit steigender Produktionskosten kann jedenfalls nicht hingenommen werden.

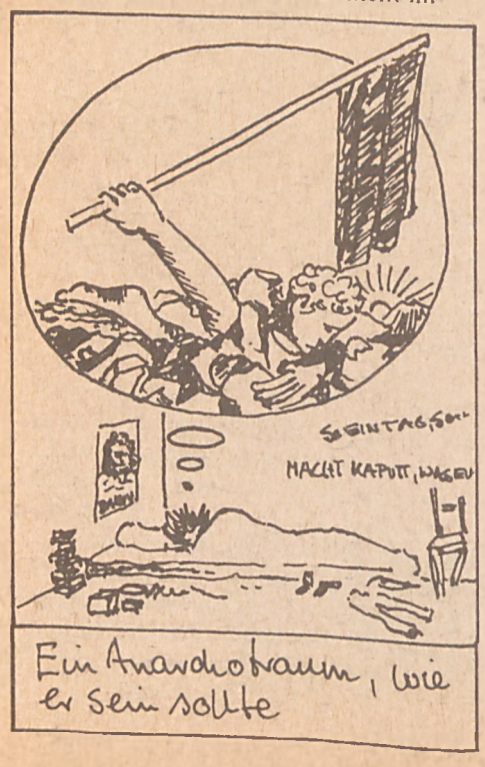
diskus-KOLLEKTIV UND LESERSCHAFT KÖNNEN NOCH MEHR ZUSAMMEN TUN

Wir wollen also versuchen, mit einer erweiterten Redaktion vermehrt, selbst Inhalt zu produzieren. Dabei sehen wir die Lösung unserer Probleme nicht in der Perfektionierung unseres Wissens, sondern in Diskussionen und Erfahrungsaustausch mit dem Leser, eventuell in gemeinsamen Aktionen. Dazu werden wir in Zukunft regelmäßig die Seite "Diskussion", unsere Leserbriefspalte, ins Heft aufnehmen. Zudem wollen wir – wenn bestimmte materielle Voraussetzungen geschaffen sind – durch Veranstaltungen, die nicht in erster Linie Kritik erschienener Ausgaben und Planung folgender Hefte zum Inhalt, sondern durchaus eine jeweils eigen

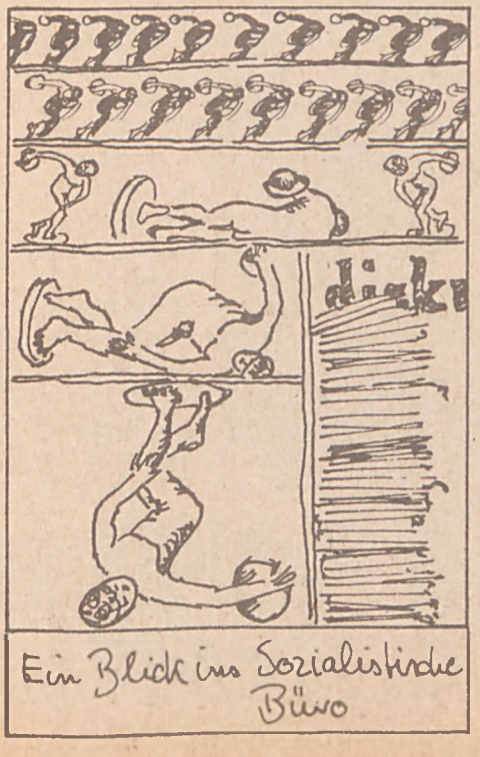
dern durchaus einen jeweils eigenen thematischen Charakter haben, unsere Isolation zur Leserschaft durchbrechen und aus der traditionellen Anonymität der diskus-Macher heraustreten. Dadurch besteht auch die Möglichkeit – sozusagen als Nebeneffekt mit besonderer Bedeutung – die natürliche, nicht selbstverschuldete Einseitigkeit des Mediums Zeitung aufzuheben: Es bietet sich neben hochbrisanter Politik ein breites Spektrum von Dixie mit Bier bis zur mehr oder weniger überkommenen Gattung der Lesung an.

Mit einer Zeitung, die Wirkung hervorruft, die gebraucht wird, die dem Leser aber auch uns, Spaß macht, wären wir fürs erste jedoch schon zufrieden.

Red.



Ein Anarchotraum, wie er sein sollte



Ein Blick ins Sozialistische Büro

diskussion

Lieber Diskus,

In der Nummer 2/75 steht ein Artikel über das linke Buchhandels- und Verlagswesen. Es wird gesagt, das Libresso sei eine Parteibuchhandlung und besonders noch der KPD/ML zugehörig, sowie, das Angebot sei zensiert und die ehemals positive Rolle habe sich ins Gegenteil verwandelt, auch sei der linke Buchhandel am Ende. Allein die Tatsache, daß es heute ca. 100 „linke" Verlage und Buchhandlungen gibt, im Gegensatz zu 3 im Jahre 1968, widerlegt, daß der „linke" Buchhandel am Ende sei. Wie sehen wir die Rolle der „Linken" und speziell unserer Buchhandlung, und warum sind wir kein Buchladen der KPD/ML? Die „linken" Buchläden waren trotz großartiger Programme immer nur Lieferanten für eine politische „linke" Bewegung; außerhalb dieser erreichten sie nur wenige. Sie spielten eine positive Rolle, indem sie Literatur des Befreiungskampfes der 3. Welt, Bücher aus China, Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus und andere fortschrittliche Literatur und Informationen verbreiteten. Jeder Buchladen vertritt Politik, auch wenn er nur Kunstbände verkauft – so ist das eben seine Politik. Was links ist, muß man heute genauer bezeichnen.

- Wenn mit „Links" gemeint ist, daß der Osten an die Fleischtöpfe des Westens will, so haben wir mit dieser Art „Opposition" nichts zu tun.
- Wenn mit „Links" gemeint ist, nur gegen Franco zur Solidarität aufzurufen und den Einmarsch der Sowjetunion in die CSSR gutzuheißen, so haben wir damit auch nichts zu tun.
- Wenn „linker" oder politischer Buchhandel das ist: Büro, Sammelpunkt oder Lieferant einer politischen Sekte, egal welches Aushängeschild sie hat, zu sein, so wollen wir so schnell wie möglich von diesem „Geruch" wegkommen.

Das Libresso entstand 1968 und fühlte sich verpflichtet dem demokratisch-antiimperialistisch, sozial-fortschrittlichen Teil der 2. Juni-Bewegung. Das ist es auch heute noch. Das Libresso ist eine politische Buchhandlung und wird es bleiben. Unser Buch-, Zeitschriften- und Schallplattenangebot soll Antwort geben und Ausdruck sein des sozialen, politischen und kulturellen Fortschritts und der politischen Probleme auf der Welt. Es ist der Demokratie verpflichtet, gegen den Macht- und Totalitätsanspruch der Supermächte. Unser Angebot soll allen demokratischen und fortschrittlichen Richtungen offen sein – soweit von Wichtigkeit auch gerade den Dokumenten der Gegenkräfte, wir sollten keinen Zensor nötig haben. Für eine Buchhandlung dieser Art gibt es ein breites Publikum, für das allerdings noch geworben und überzeugt werden muß, gerade was Offenheit für verschiedene politische Auffassungen angeht, nach all den Fehlern des linken Buchhandels in dieser Richtung.

Wir hoffen, damit klar gemacht zu haben, daß wir weder ein Parteibuchladen sind noch anstreben, noch etwas mit der Sekte KPD/ML zu tun zu haben, wie der Artikel im diskus fälschlicherweise sagt. – Diese Behauptung ist direkt „geschäftsschädigend" in Anbetracht der Politik dieser Organisation.

Buchhandlung Libresso
Heiner Hügel, Ffm., den 26.11.75

Beim Ansehen der letzten beiden Hefte vom Juni 74, kommt mir folgendes wirr in den Sinn, was ich euch als Leserreaktion zurückgeben möchte.

Der "diskus" ganz allgemein, wie er so auf dem Campus kursiert, kommt ja immer richtig stolz daher, man schleppt ihn deshalb mit sich in die Mensa und legt ihn exklusiv vor sich auf den Tisch. Da liegt er wie ein Markenartikel. Aber wer liest ihn wirklich? (wißt ihr's?)

Meistens erscheinen die Hefte monatlich, was schon verhindert, daß – etwa wie bei "links"-aktuellere Kommentare geliefert werden. Die Folge sind Hintergrundinformationen, die auch – bezogen auf die genannten Hefte – gelungen sind. Die Gefahr ist aber, daß die Schere zwischen aktuellen Abläufen und ihrer Reflexion im "diskus" so aufklafft, daß letzten Endes eine Art wehmütiger Retrospektive aus der Sicht sozialistischer Museumswärter entsteht, die ihre Besucher an farbigen, aber erledigten Bildern einstiger Vielfalt vorbeilotsen. Bei den Artikeln Peter Moslers, die Studentenbewegung betreffend kriege ich manchmal – nicht immer – diesen Eindruck. Wenn also schon eine aktuelle Spiegelung der Ereignisse nicht möglich ist (außer im "Nachrichten-Magazin"), warum bringt ihr dann nicht Sachen, die das Durchlesen des "diskus" nicht zu einer Haltung der Ehrfurcht vor dem Reflexionsgrad seiner Redakteure machen? Denn so gut ich die Verbindung z.B. von Artikel und Grafik, Comic und Information finde, gerade darin zeigt sich deutlich, wie wenig abgebaut bei euch die Neigung zur schicken Schau von Bildung ist.

Ein Beispiel: P. Moslers "Die Szene, das Dorf", wird mit einem Dürer behängt, der dort – weil die Verbindung nichts erhellt – nur etwas zu suchen hat als Signal breitester kunstgeschichtlicher Durchdringung. Andererseits: lyrische Übersetzungen der "linken" Situation wie die Parabel von Mosler, so unvollendet sie sein mag, könnten dem "diskus" etwas von seiner intellektuell-gleißenden Kälte rauben und ihn lesbar machen auch für frühe Semester. Denn für solche müßte eine Studentenzeitschrift auch einen Sinn haben, oder?

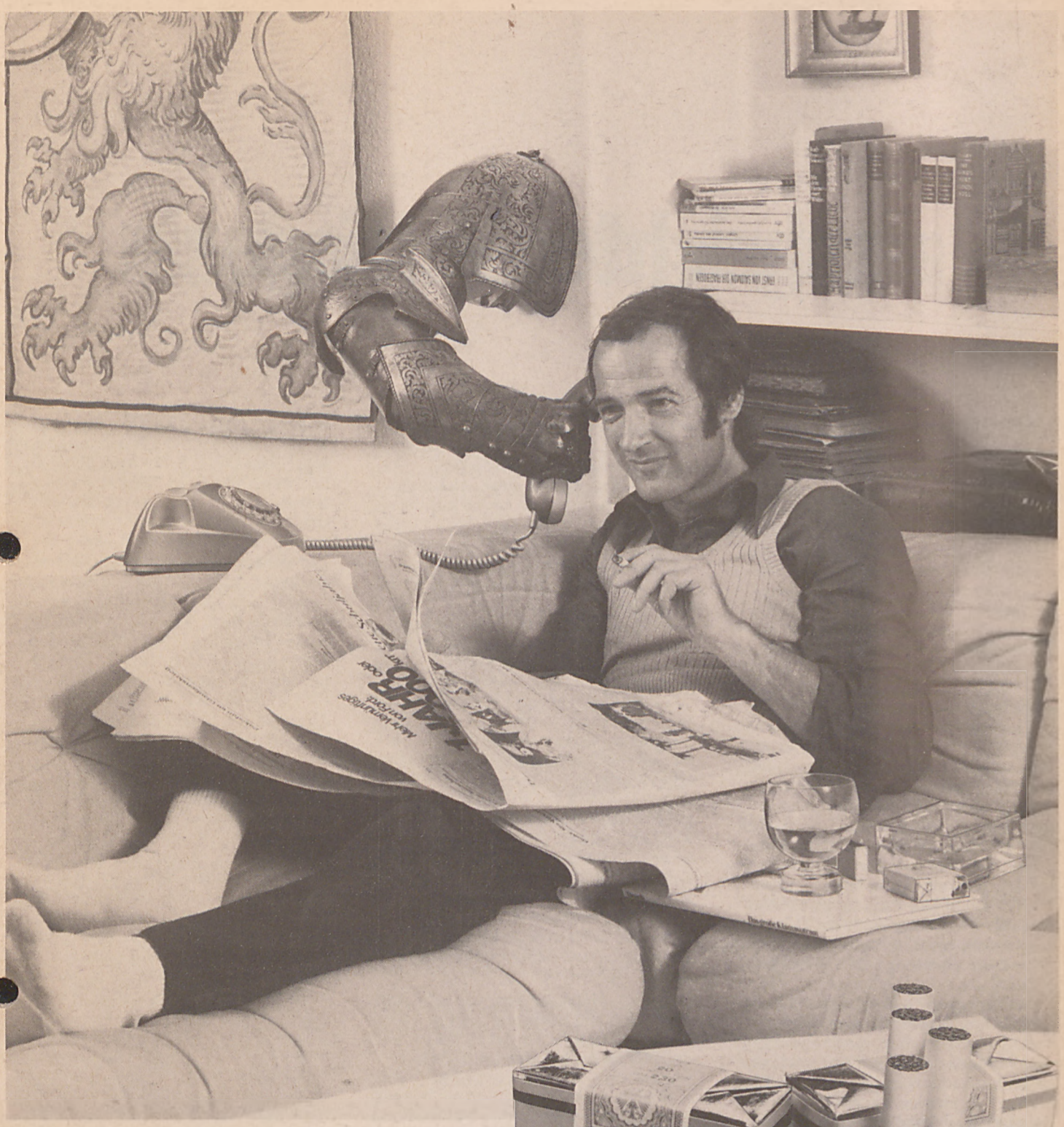
Kurz gesagt, schlage ich deshalb vor, zukünftig mehr zu bringen: Collagen, die den politischen Reflexionsstand blitzartig aber nicht als schwergewichtige Ganzheit erhellen, Comics, (mehr und mehr!), Satire als Kombination von Bild und Text (wie "diskus", 26. Juni, S. 24), Genrebilder, linker Veranstaltungskalender, usw.

Ich stelle mir auch vor, daß die Hochschulszene überhaupt im "diskus" mehr Platz finden könnte. Sicher gibt es Sachen wie: Seminarberichte, Vorlesungskritik, Abdruck von Referaten, Fotos von Örtlichkeiten und Kommilitonen als Wiedererkennungsrebus (mit Identifikationswert), Glossen von linken Festen, usw., für die Interesse auf der Lauer ist. Über solchen Ansatz könnte man vielleicht auch Kommilitonen gewinnen, sich an der Gestaltung des "diskus" zu beteiligen? Dies wäre überhaupt eine Aufforderung an die Leser: kümmert euch doch mal um das Gesicht von "diskus", konsumiert ihn nicht nur respektvoll als Fertigware!

Und zuletzt: Ich finde es nicht schlecht, den "diskus" aus dem Uni-Reservat herauszubringen. Und das nicht nur durch ein Verteilen außerhalb des Campus, sondern, indem der bürgerliche Medienapparat kritisch mit einbezogen wird, also Zeitungsmeldungen umgeschrieben, Fernsehkrimis entkriminalisiert, Szenenfolgen aus Fußballstadien nachempfunden werden, usw. Pluralismus in diesem Sinne hieße nicht nur, den politischen Sekten an der Uni lange Grabinschriften nachzuschicken, sondern unsere politischen Köpfe, die auf denselben stehen, daran zu gewöhnen, auf ihren entgegengesetzten Extremitäten durch die werktätige Realität zu latschen. Das würde auch der lyrischen Substanz solcher Klage wie die von P. Mosler ("Das Dorf, ...") auf den materiellen Sprung helfen. Für Auslöser, auch literarische Auslöser, dieser Art, sollte der "diskus" leichtsinniger sein.

Macht's gut

Otmar Tapp



Wen das Telefon nicht elektrisiert.
Wer Fernmündliches kurzweilig erledigt.
Wer zur Bequemlichkeit
alle Hände voll zu tun hat.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.

Die Echten aus Frankreich. Würzig und unverwechselbar im Tabak. Gauloises 20 Stück DM 2,20.
Gauloises mit Filter in der blauen und in der weißen Packung 20 Stück DM 2,30.

GAULOISES

Die Echten aus Frankreich

GL 502

nachrichten★magazin

AStA „warnte" Engels: Freispruch

Michael Krawinkel und Wolf Schwarz, ehemals Vorsitzende des Frankfurter AStA, wurden jetzt von einem Schöffengericht freigesprochen. Die Anklage warf ihnen Aufruf zur Nötigung und Versuchte Nötigung vor; initiiert wurde das Verfahren durch die Rechtsabteilung des Uni-Präsidenten. In dem Konflikt zwischen Hörern der Vorlesung des CDU-Funktionärs und Wirtschafts-„wissenschaftlers" Engels und dem Hochschullehrer hatte der AStA einerseits eindeutig die Position der betroffenen Studenten gegenüber Öffentlichkeit und Hochschulinstitutionen vertreten, andererseits versuchte der AStA durch Verhandlungen Zugeständnisse, die den Studenten angeboten wurden, abzusichern.

Da Engels solchen Vereinbarungen immer wieder in den Rücken fiel, zudem Anzeigen gegen Tutoren und Studenten erstattet wurden, wies der AStA in Presseerklärungen und seinem Organ „AStA-INFO" darauf hin, daß Engels, wenn er so weiter mache und wenn die Strafanzeigen nicht zurückgezogen würden, kaum mehr seine Vorlesung würde abhalten können.

Im Prozeß war nun zu entscheiden, ob die den Angeklagten zur Last gelegte Passage eine Drohung gegen Engels oder eine Warnung des Herrn Engels vor möglichen Entwicklungen gewesen war. Eine illustre Zeugenschar war aufgeboten, darunter der ehemalige Dekan des Fachbereichs 2, Fleischmann, der Krawinkel und Schwarz entlastete, und der gescheiterte Uni-Präsident Kantzenbach, der die beiden zu belasten versuchte. Schließlich waren sich Staatsanwalt, Verteidigung und Gericht einig, daß Engels durch sein „arrogantes" Auftreten selbst Mitschuld an den Vorfällen trage und seinen Aufgaben als Hochschullehrer nicht immer gewachsen gewesen sei. Endlich beschloß das Gericht die Studentenvertreter hätten nicht gedroht sondern gewarnt.

Wie die DKP in der „UZ" das Einreiseverbot für Biermann nach Offenbach erklärt

„Die Propagandazentralen des Großkapitals, die antikommunistischen Schaltstellen in Presse, Funk und Fernsehen jubeln in diesen Tagen solche Außenseiter der Gesellschaft wie Biermann, Havemann und Sacharow hoch und machen sie zu „Vorkämpfern der Freiheit". Vor vielen Jahren standen diese antikommunistischen Kronzeugen einmal auf demokratischen und fortschrittlichen Positionen. Damit haben sie längst gebrochen. Zur Täuschung der Öffentlichkeit nennen sie sich weiterhin ‚Kommunist, Sozialist, Demokrat'.

Nein, Biermann und Havemann sind weder Kommunisten noch Sozialisten. Wie ihr Busenfreund Sacharow, der der Mörderjunta in Chile bescheinigte, eine „Ära der Wiedergeburt" herbeiführen zu wollen, agitieren sie gegen die Entspannung, gegen Demokratie und Fortschritt. Es sind **heruntergekommene Außenseiter** (Hervorhebung von uns, diskus), die der demokratischen und sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik in den Rükken fallen und für großes Geld serienweise antikommunistische Lügen liefern. Die sich da als Märtyrer feiern lassen, handeln in der Praxis als kaltrechnende Manager des Antikommunismus. Für ihre Interviews und Schreibereien kassieren sie von Großkapital und Reaktion Hunderttausende."

(aus: „Zur Hetzkampagne mit Biermann, Havemann und Sacharow" von Eberhard Weber, Pressesprecher des Parteivorstands der DKP in der UZ vom 24.10.75)

Warum nach Mallorca?

Beim ersten Durchsehen des Prospektes des SRID (Studentischer Reise- und Informationsdienst) vereinte der Verfasser dieser Zeilen – ein SRID-Geschädigter – die billige Kopie eines Neckermann-Katalogs in der Hand zu haben. Erwartete er, hoffnungs- und schwungvoll die Stufen zum progressiv-dynamisch wirkenden SRID-Laden nehmend, ein differenziertes Angebot an Reisen in politisch interessante Länder (etwa Portugal), so sah er sich bitter enttäuscht. Die trügerische Illusion, ein Reiseladen, dessen Hauptgesellschafter ein von Jusos und SHI getragener Asta ist, würde seine Aufgabe darin sehen, ein Alternativprogramm zu den kommerziellen Reiseunternehmungen zu konzipieren, zerstob beim ersten Überfliegen des SRID-Kataloges jählings.

Trotz des angekratzten Vertrauens wurde der Entschluß gefaßt, hier einen Trip zu buchen. (Wenn schon das übliche, dann immer noch lieber beim SRID als bei Neckermann). Es handelte sich um eine Reise nach Cala Figuera, Mallorca. Hätte der Verfasser gewußt, daß er sich damit Praktiken anvertraut, die in der Fernsehserie „Nepper, Schlepper, Bauernfänger" sehr wohl auf Interesse stößen, so wäre seine Entscheidung sicherlich anders ausgefallen. Waren noch im Prospekt schöne Dinge wie Segeln, Bademöglichkeiten in nahen Buchten, Reiseleitung und ähnliches angepriesen, so stellte sich vor Ort heraus, daß dies alles wohl in der Phantasie der SRID-Geschäftsführer herumgeistern mag, in der realen Welt allerdings nicht vorfindbar war.

Sehr schnell fand sich ein Haufen SRID-Geschädigter und gedachte in Ermangelung angenehmerer Beschäftigungsmöglichkeiten des SRID und verfluchte ihn wohl auch. Sehend, daß die Neckermann und Fahrmit Reisenden in jeder Hinsicht (Reiseleitung, Strandkarte etc.) bei gleicher Preisgestaltung besser gestellt waren, reifte bei den meisten der Plan sich in Zukunft diesen anzuvertrauen. Denn Vorfälle wie Unterbringung in einer anderen Herberge mögen beim Massentourismus zu entschuldigen sein. Daß aber am letzten Tag nur durch Zufall – wegen fehlender Information des nicht vorhandenen SRID-Agenten – erfahrbar ist, wann und von wo die Rückreise vonstatten geht, dürfte zum Außergewöhnlichen zählen. Vorschlag für neuen Werbespruch des SRID: „Andere bieten das Erwartete – Wir aber das Unerwartete". Anzuführen bleibt noch die Merkwürdigkeit, daß trotz Unterbringung in einem Hotel unzureichender Qualität als Ersatz nicht der Differenzbetrag zwischen dem gebuchten und dem erhaltenen Hotel, sondern ein darunter liegender Betrag angeboten wurde.

Der Schreiber dieser Zeilen sieht allerdings keine Perspektive darin, seinen nächsten Urlaub bei Neckermann zu verbringen – was nach ihren Aussagen die meisten der SRID-Geschädigten beabsichtigen – sondern meint, daß der AStA seine Kontrollfunktion wahrnehmen soll. Aufgabe eines Juso-SHI-Astareisereferats hätte etwa die Koordination der im Sommer stattgefundenen Portugalfahrten sein können. Hierin und nicht im Angebot

nachrichten★magazin

eines Mini-Neckermann Programms, welches dann auch noch qualitativ schlechter durchgeführt wird, liegt die Aufgabe des SRID.

Prüfungen am Kunsterziehungsinstitut

„Die Prüfungsbedingungen für Lehramtsreferendare verschärfen sich im Zuge der Streichung von dringend benötigten Planstellen im Schulsektor.

Dies bekommen auch die Studenten des Instituts für Kunsterziehung in Frankfurt zu spüren:

Die Prüfung im Fach Kunsterziehung (Sekundarstufe I) besteht aus einem praktischen und theoretischen Teil. Das Praktische umfaßt eine Vorlage von künstlerischen Arbeiten aus allen Semestern. Das Theoretische ist eine mündliche Prüfung von 45 Minuten, die sich wiederum in einen fachwissenschaftlichen und didaktischen Teil gliedert. Die Gesamtnote setzt sich aus der Bewertung dieser beiden Prüfungsabschnitte zusammen. Die Gewichtung der beiden Teilnoten im Verhältnis zueinander, (ob 40 % zu 60 % oder aber 50 zu 50) bleibt der Willkür des Prüfers überlassen.

Die künstlerischen Arbeiten der Vorlage werden nach schwammigen und undurchsichtigen Kriterien beurteilt (z.B. epochaler Ausdruck, künstlerische Einheit). Ihr für Studenten unantastbares Urteil halten die Lehrenden für objektiv, „das resultiert aus einer jahrelangen ständigen Beschäftigung mit der Kunst." (Zitat eines Lehrenden) Die Kunstauffassung der Lehrenden ist jedoch den Studenten im Verlauf ihres Studiums nie offen dargelegt worden.

Resultat: Unsicherheit, Angst und Konkurrenz unter den Studenten. Durch diese Einschüchterung Anpassung an die Kriterien des jeweils Lehrenden; Buhlen um die persönliche Gunst des Prüfers, da die Betonung der künstlerischen Arbeiten in seinem Gutdünken liegt.

Der persönliche Kontakt zum Prüfer bewährt sich entscheidend in der Benotung der künstlerischen Prüfungsvorlage, da sein Erinnerungsvermögen über das Kriterium entscheidet in jedem Semester praktisch gearbeitet zu haben.

Denn Quantität ist gleichrangig mit Qualität.

Bei den mündlichen Prüfungen im Kunsterziehungsinstitut wirkt sich die hierarchisch bestimmte Abhängigkeit der einzelnen Lehrenden voneinander, sowie die starke Konkurrenz zusätzlich belastend auf die Prüfungen aus:

In zahlreichen Fällen wurden Hauptprüfer durch im Rang höher stehende Beiprüfer (z.B. Hauptprüfer Oberstudienrat, Beiprüfer Professor) unter Leistungsdruck gesetzt. Auf dem Rücken der Studenten werden sogar in der Prüfung interne Machtkämpfe ausgetragen, eine gerechte und für den Prüfling nachvollziehbare Beurteilung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Die Verfasserinnen empfehlen den Prüflingen also, sich darauf einzustellen, den Studenten im Anfangssemester aber gemeinsam gegen diese untragbaren Zustände zu kämpfen. Hiermit sind auch andere Prüflinge aufgefordert, ihre Erfahrungen zu veröffentlichen."

Ehemalige Kunsterziehungsstudentinnen

Dem hochverehrten Leser zur gfl. Beachtung:
„Benutzungsordnung für die Mensa des Studentenwerks Frankfurt/Main"

Aufgrund des § 9, Ziff. 4, des Studentenwerksgesetzes erläßt der Vorstand des Studentenwerks Frankfurt am Main folgende Benutzungsordnung für die Bensabetriebe:

§ 1

Die Benutzung der Mensa ist nur Studierenden sowie den Angehörigen und Bediensteten der Hochschulen und des Studentenwerks zu den festgesetzten Öffnungszeiten gestattet. Unbefugten ist der Zutritt verboten. Während der festgesetzten Essenszeiten sind die Plätze nur zum Einnehmen der Mahlzeiten bestimmt. Sie sind für die nachfolgenden Besucher zügig freizumachen.

§ 2

Anordnungen der Mensaverwaltung, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit getroffen werden, ist Folge zu leisten.

§ 3

In sämtlichen Räumen, Gängen und auf Treppen sowie auf den Toiletten ist im Interesse seiner Benutzer auf Sauberkeit zu achten.

§ 4

In sämtlichen Räumen der Mensa sind insbesondere untersagt:

a) das Mitbringen von Hunden
b) das Mitführen von Fahrrädern
c) das Schlafen und Musizieren
d) das Benutzen von Lautsprechern und Megaphonen

In den Speisesälen sind Sammlungen jeder Art nicht erlaubt, ebenso das Rauchen in den Sälen, die für Nichtraucher bestimmt sind.

§ 5

Das Bekleben der Wände ist nur auf den dafür bezeichneten Flächen zulässig. Untersagt ist das Aufstellen von Plakatständern, das freie Aufhängen von Plakaten sowie jede andere Art des Plakatierens. Ebenso ist das Aufstellen von Schränken, Büchergestellen o.ä. nicht gestattet. Tische und Stühle dürfen aus den Speiseräumen nicht entfernt werden.

§ 6

Durchsagen von Informationen sind nur in Ausnahmefällen möglich. Sie sind ausschließlich in den Speiseräumen zulässig und müssen allgemeine Angelegenheiten der Hochschule oder des Studiums betreffen. Die Durchsagen sollen kurz gefaßt sein. Der vorbereitete Text der Durchsage ist vorzulegen, die Entscheidung liegt bei der Geschäftsführung oder deren Beauftragten.

§ 7

Der Vertrieb von Waren und Schriften, das Aufstellen von Informationsständen sowie das Sammeln von Bestellungen und Unterschriften sind nur innerhalb der hierfür vorgesehenen Markierungen nach Genehmigung des Geschäftsführers oder seines Beauftragten gestattet. Die Richtlinien für das Genehmigungsverfahren sind bei der Geschäftsführung erhältlich.

§ 8

Bei wiederholten schuldhaften Verstößen gegen die vorstehende Benutzungsordnung ist der Geschäftsführer oder die Mensaverwaltung verpflichtet, gegen einzelne Personen oder Gruppen ein Hausverbot auszusprechen. Dem Hausverbot soll eine Anmahnung für den Fall des wiederholten Verstoßes vorausgehen.

§ 9

Für schuldhafte Verstöße, bei denen Räumlichkeiten oder Einrichtungen in der Mensa beschädigt werden, haften die

nachrichten★magazin

betreffenden Personen oder Veranstalter bzw. Auftraggeber, unbeschadet einer strafrechtlichen Verfolgung für die Kosten, die für die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes entstehen.

§ 10

Der Erwerb und die Lektüre diskus ist zulässig, sofern keine Verstöße gegen § 1 der Benutzungsordnung („... Plätze nur zum Einnehmen der Mahlzeiten bestimmt ... zügig freizumachen."), § 2 („Aufrechterhaltung von Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit..."), § 3 und folgende §§ erfolgen.

§ 11

Diese Benutzungsordnung tritt mit Wirkung vom 18.9.1975 in Kraft.

Physiklehrer als Bombenleger verhaftet

Unter dem Verdacht ein „Sprengstoffverbrechen" vorbereitet zu haben, wurde am 5.11.75 der Genosse L.M. verhaftet. Eine Streife, die ihn „zufällig" auf der Friedberger Ldstr. kontrollierte, entdeckte den lang gesuchten Sprengstoffattentäter der letzten Jahre: In einer Plastiktüte trug er als corpus delicti die hochbrisante Mischung von Zucker, Katzenstreu und Schwarzpulver aus „Schweizer-Krachern" bei sich. Dieser „Sprengsatz", dessen menschengefährdende Qualität LKA und die frankfurter Polit-Staatsanwaltschaft nachweisen wollen, war in einem Glasgefäß eingepackt, das wiederum in einer Teedose steckte.

Bei der Hausdurchsuchung wurde die Kripo fündig: sie entdeckte nicht nur eine Sammlung von Pfennigstücken, sondern auch ein ganzes Bonbon-Glas voller Zehner: Der Bombenattentäter und Feind aller FVV-Automaten war gefaßt. Das Glück war schließlich vollkommen, als man einen kaputten Wecker und gar einen alten Feuerlöscher fand. Man hatte endlich den Bombenleger des Shell-Hochhauses, der spanischen Handelsbank, des El Al-Büros...

Bis heute sitzt L.M. in U-Haft. Daß jedoch der Haftgrund bislang nicht besser belegt werden konnte, ist nur zum Teil das Dilemma der Staatsanwälte. Sie haben es erreicht, daß L. nur von seiner Mutter und seiner Freundin besucht werden konnte. Alle anderen Anträge von Freunden und Bekannten wurden zurückgewiesen. Obwohl also die Verdunkelungsgefahr bislang nicht nachgewiesen werden konnte, wird ihm das für jeden Untersuchungsgefangenen selbstverständliche Recht auf Besuch verweigert. L. kann lediglich einmal in der Woche für eine halbe Stunde und unter Aufsicht eines Kripo-Beamten mit seiner Freundin sprechen! Alleine dieses Recht durchzusetzen dauerte fast zwei Wochen.

Noch wichtiger allerdings ist ein anderer Isolierungseffekt, der auch über die Haftdauer hinaus vorhalten wird. Denn schon jetzt ist die große Distanzierung in der „Genossen-Scene" in Gang. Auch hier scheint man nur noch wenig Probleme mit Genossen zu haben, denen der Geruch des bombenlegenden Anarchisten angehängt wurde. Die Genossen aber, die erkannt haben, in welcher Weise der politische Diffamierungsprozeß in Gang gesetzt wird un mit welcher Leichtigkeit heute z.B. Berufsverbote vorbereitet werden können, sollen schreiben an:
Lutz Meyer, z.Zt. Justizvollzugsanstalt, 6 Ffm-Preungesheim. Man kann auch versuchen eine Besuchserlaubnis durchzusetzen, wenn man bei Staatsanwalt Romini, Gerichtsgebäude C, Zimmer 713, Tel. 1367 8164 mit aller Penetranz nachhakt.

Achtung, Achtung! Hier spricht das Studentensekretariat

Am 23.10.75 auf die chaotischen Wirren im Studentensekretariat angesprochen, sagt dessen Leiter Schmelzeisen:

„Die Studente sind selbst schuld, die komme stoßweis in den letzten drei Tagen, die könne sich ruhig beschweren, die sind selbst schuld. Was denke Se, am Anfang der Rückmeldung ist echt kein Schwein hier!"

Frage: „Aber das Sekretariat ist auch erheblich unterbesetzt?"

Schmelzeisen: „Äh – das ist eine personelle Frage, dazu möchte ich nichts sagen, ich will keine Aussagen machen da, dazu bin ich nicht ermächtigt, rufen Sie den Herrn xyz an, dem untersteht das Studentensekretariat."

So redet die Universitätsbürokratie. Und noch immer betreten die Studenten demütig und ängstlich das Studentensekretariat und nähern sich devot dem Schalter ihres Buchstabens und denken doch erbittert an eine Tagebucheintragung von Franz Kafka über seine Arbeitsstelle, die Prager Arbeiter-Versicherungsanstalt: „Wie bescheiden diese Menschen sind. Sie kommen zu uns bitten. Statt die Anstalt zu stürmen und alles kurz und klein zu schlagen, kommen sie bitten."

Nachtrag in eigener Sache:

Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, wollte man in einer Studentenzeitung die Auswirkungen der Krise auf die Studenten (Stichwort im Politjargon: „Materielle Misere") lediglich analysieren oder auch nur schlicht darstellen.

Deshalb faßten wir kurzerhand den Beschluß, den Gruppen, die vorgeben, studentische Politik zu machen, Gelegenheit zur Stellungnahme im diskus zu geben. Entsprechende Vorstellungen wollten wir in einer Synopse an die Leser weitergeben.

Wir schickten also an die besagten Organisationen jeweils ein Schreiben folgenden Wortlautes:

„An alle im studentenparlament der jwg-universität vertretenen politischen gruppen (meint, da der diskus unbedingt dem Meinungspluralismus huldigt, auch rechte Gruppen – d.Red.)

‚MATERIELLE MISERE'

Werte genossen, kollegen, freunde und gegner!

(zutreffendes ankreuzen)

Wir wollen für unsere demnächst erscheinende nummer einen beitrag zur materiellen misere der studenten bringen. Dabei halten wir die diesbezüglichen konzepte der relevanten studentischen organisationen als strategische ansätze zu diesem problemfeld für notwendig, um einen nicht nur über den wassern schwebenden artikel zu zaubern. Deshalb fordern wir euch auf,

eine zweiseitige darstellung (1½-zeilig mit rand) zu schreiben.

Gliederung: a hauptursache, b was unternehmt ihr, c chancen für kurzfristige änderungen, d einschätzung des erfolgs der eigenen bemühungen.

Grüße redaktionskollektiv

i.a. m.v.limbacher"

Allein, die Reaktion war überwältigend: 1 (eine) Stellungnahme – vom (wie sollte es anders sein) MSB Spartakus.

Daraus war nun beim besten Willen keine Synopse zu fertigen.

Fortsetzung von Seite 1

auch dann nur als Diskussion und Anhörung von Bundestagsabgeordneten und als braves Nebeneinander der politischen Positionen (Prof. Dr. Franz Böhm, CDU: „Provozierte Atompanik" und Dr. Jürgen Habermas: „Unruhe erste Bürgerpflicht"). Immerhin finden an 14 deutschen Universitäten Protestdemonstrationen („Schweigemärsche") gegen die Atombewaffnung statt. In Frankfurt treffen sich die Vertreter der inzwischen an 18 Universitäten gebildeten studentischen Aktionsausschüsse gegen Atomtod, um über weitere Schritte zu beraten. Es wurde beschlossen, in einer gemeinsamen Erklärung an die gesamte Studentenschaft und die Professoren zu apellieren und einen studentischen Kongreß gegen die Atomaufrüstung einzuberufen." Überhaupt hat sich der Blick geschärft: wir finden Nachrichten über Studentendemonstrationen in der DDR. gegen Rassendiskriminierung in den USA. Auch in den folgenden Jahren aber bleibt der Grundtenor: „Der diskus ist im Grund das geblieben, was er sich am Beginn zum Ziel gesetzt hatte, eine unabhängige, allen ernst zu nehmenden Strömungen innerhalb der Studentenschaft aufgeschlossene Zeitung." (Sonder-Nr. Heft 4, 10. Jgg., Mai 1960). Die 5%, die auf dem Römer gegen den Atomtod protestierten, finden keine praktische Ausweitung. Daß die Sorbonne eine bedeutende Rolle beim Kampf zur Entkolonisierung Algeriens spielt, wird vermerkt. In Deutschland selbst gibt es nichts Kritikwürdiges, nicht einmal braune Professoren. Mitarbeiter: K.M. Michel, H.P. Piwitt, Klaus Scheunemann, Wolfgang Zapf.

„Barzel contra diskus"

10. Jahrgang, Heft 8, Oktober 1960. Die Wellen der Atomtodbewegung sind abgeebbt. Das Feuilleton nimmt ein Drittel des diskus ein, von nun an bis zur Notstandsresignation. Hochschulpolitik gibt es nur als die Äußerung der Kompetenten, der Kultusminister. Der diskus klagt gegen Rainer C. Barzel (CDU-MdB) u.a., die den diskus „prokommunistischer Tendenzen" beschuldigen. Zu seiner Verteidigung erwähnt der diskus: „Seinen Lesern ist er (der diskus) als eine Zeitschrift bekannt, die sich bemüht, ein Forum der Diskussion für Studenten der verschiedensten politischen Überzeugungen zu sein. Weiter ist es kein Geheimnis, daß der diskus sich seit Jahren der wohlwollenden Unterstützung der Hessischen Landesregierung und zahlreicher Frankfurter Firmen erfreut ... diskus, im Grundsätzlichen positiv zur Politik der Bundesregierung".

„Für Eingeweihte"

Heft 1, 17. Jahrgang, Januar 1967. Die Große Koalition und die Hochschulgesetzgebung reaktivieren. Die Stimmung wird oppositionell. Ansatzpunkte politischer Praxis sind die FU Berlin, wo die Auseinandersetzungen an der Uni und die vom SDS betriebene Information über Probleme der Dritten Welt politisierend wirken. Die amerikanische Studentenbewegung,die ihre Breitensolidarität am Problem der Öffentlichkeit an der Uni gewann, ist „stilbildend". (Zur Hochschulpolitik 6 Artikel, zur Bildungspolitik 2, zur dt. Politik generell 2, 2 Vorlesungsrezensionen).

Bemerkenswert, und das gilt auch für die Folge nun intensiver Thematisierung des politischen Bereichs: niemand unterzieht sich der Mühe, zentrale Begriffe politischer Analysen noch selbst zu vergegenständlichen. Man ist „in" oder man ist nicht „in". In einigen Zeilen ist einiges der Misere der APO vorweggenommen: „Die Schwäche dieser Opposition ist, abgesehen vom organisatorischen Mangel ..., darin zu sehen, daß sie häufig mehr sentimental als rational argumentiert, daß sie mit Jargon analysiert und sich daran berauscht, ohne auch nur etwa einmal eine von Marx her kommende Analyse speziell und spezifisch zu leisten. Vorschnell wird von Revolution geredet, werden ‚Rote Garden' demokratisch beglückwünscht oder aber man ist in ästhetischer Selbstbespiegelung, mit ‚negativer Dialektik' orakelnd, zufrieden." (W.D. Narr, Modern an der Staatskrippe, Nr. 2, Februar 1967.)

„Organisation des Widerstandes?"

Juni 1967, 2 Extrablätter zum Mord an Benno Ohnesorg, Folgezeit.

Der Mord an Benno Ohnesorg hat mobilisiert. Aber die Zeitung ist nicht klüger als der große Teil der Bewegung. In den Ausgaben vom Herbst 1967 und Frühjahr, Sommer 1968 finden wir keine Untersuchung von Organisationsfragen, es sei denn solche, wie die nächste Senghor-Demonstration wirkungsvoller, koordinierter über die Szene gehen könnte. Die Mehrheitsfraktion im diskus – hie gut antiautoritär allerwege – braucht sich nicht um die auch sonst nicht analysierten Grundlagenprobleme zu kümmern

5
1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG
17. JAHRG. JULI
DISKUS
Ulrich Sonnemann
Der schnelle Tod und die langsamen Kommilitonen
Das Ganze ist ein sagenhafter Vorgang!
AU!
SCHLUCK!! DAS GANZE IST DAS UNWAHRE!
DAS GANZE IST GANZ EINFACH ZUM KOTZEN!

(Der Ursprung der Revolution aus dem Geiste des Feuilletons). Die einzigen Artikel dazu sind eine verstümmelte Rezension eines Abendroth-Buches, eine Rezension von Gorz, eine kurze Kritik an Agnoli von Claus Offe, hilflos vereinzelt in der geistigen Landschaft des diskus, ohne Echo in Zeitung und Bewegung, ein Artikel über die „Rationalität der Notstandsgesetzgebung" und ein Artikel über den „Sinn der Repräsentations-Ideologie" (in 8 Ausgaben mit insgesamt 150 Seiten).

Beachtung in der Mediendiskussion innerhalb der Linken verdienen die Sonderausgaben (etwa zur Wissenschaftskirtik der Germanistik) und die Extrablätter zum Attentat auf Rudi Dutschke und zur Notstandsgesetzgebung („Arbeiter-Schüler-Studentenzeitung"). Sie sollten die Isolierung der Studentenbewegung mittels besserer Information der Öffentlichkeit, besonders von Schülern und Arbeitern durchbrechen und wurden zu Zigtausenden damals in der ganzen Bundesrepublik vertrieben, besonders auch vor Frankfurter Fabriktoren.

„Geheuchelte Entrüstung"

Arbeiter Schüler Studenten Zeitung, Nr. 5, diskus Extra-Blatt, Sept. 1968, 10 Pfg.

Cohn Bendit: Wer über Vietnam nicht reden will, soll über die Intervention der Sowjets schweigen.

Klaus Meschkat: „Wir müssen unseren eigenen Weg gehen ... Die revolutionären Marxisten werden ihren eigenen Weg ge-

STREIK
Arbeiter
Schüler
Studenten-Zeitung
UNSERE ANTWORT AUF DIE NOTSTANDSGESETZE POLITISCHER STREIK!
GEWERKSCHAFTER!
ARBEITER!
FRAUEN!
SCHÜLER!
STUDENTEN!
KAMPF FÜR DEMOKRATISCHE KONTROLLE UND SELBSTVERWALTUNG IN BETRIEB, SCHULE UND UNIVERSITÄT
Aktionen: Mittwoch
NOTSTANDSGESETZE: KAPITALISMUS FUHRT ZUM FASCHISMUS!
ORGANISIERT DEN WIDERSTAND: POLITISCHER STREIK!

hen müssen. Nicht etwa jenen merkwürdigen ‚Dritten Weg' zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der nach kleinbürgerlichem Rezept die Vorzüge beider Systeme vereinigen will, und den sozialdemokratischen Illusionspolitiker unter der Marke „demokratischer Sozialismus" anpreisen. Wenn wir die rote Fahne tragen, melden wir trotz unserer Schwäche den Anspruch an, die legitimen Erben der revolutionären Arbeiterbewegung zu sein und den

Emanzipationskampf im internationalen Maßstab fortzusetzen. Vielleicht sind wir dieser Aufgabe nicht gewachsen – aber sicher wird sie uns niemand abnehmen."

„Hat der autoritäre Staat eine Massenbasis?"

Heft 4, 18. Jahrgang, Mai 1968

„Wenn die antiautoritäre Bewegung und die außerparlamentarische Opposition mit der gleichen Geschwindigkeit ihre Basis verbreitern, wie dies allein im letzten Jahr geschehen ist – und es gibt für die nächsten Jahre keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen –, dann werden an einem jederzeit erreichbaren Punkt der Auseinandersetzung die Repräsentanten des autoritären Staates, erstmals seit dem Ende des manifesten Faschismus, zwingend vor die Frage gestellt werden: sollen sie wieder zu klassisch faschistischen Mitteln der Disziplinierung von Bevölkerungsgruppen zurückkehren ... Dann könnte es allerdings sein, daß der autoritäre Staat wieder zu Internierungslagern, Zwangsverpflichtungen, Arbeitslagern, Ausgangssperren zurückkehren würde, vielleicht sogar in einer so geschickten Weise, daß die große Mehrheit der Bevölkerung selbst dann noch passiv bleibt, wenn auch die einzelnen noch ängstlicher geworden sein werden... . Sicher ist, ... daß es nicht im Bereich unserer politischen Möglichkeiten liegt, dieses sozialpsychologisch vorhandene faschistische Potential vor seinem kollektiven Aufbrechen etwa dadurch zu bewahren, daß wir selbst zu den sogenannten nicht-radikalen und zu den sog. gewaltlosen Methoden und Aktionen zurückkehren. Der Weg, den wir bis jetzt erfolgreich eingeschlagen haben, beinhaltet in sich die Gefahr eines von oben einberufenen faschistischen Konter-Engagements gegen uns. Aber es gibt keine Alternative zu diesem Weg, als die Rückkehr zu individueller Resignation und kollektiver Friedhofsruhe. Und auf diesem Friedhof würde man uns über kurz oder lang selbst die Trauer noch verwehren." (Reimut Reiche)

Opposition zum Reformismus

Die Kritik an der staatstragenden SPD wird in den folgenden Ausgaben – besonders nach der Notstandsgesetzgebung – erweitert und zugleich präzisiert durch die Kritik der historischen Rolle der Sozialdemokratie.

Feind Nr. 1 ist der Reformismus. Dazu Klaus Meschkat: "Die studentische Oppositionsbewegung isoliert sich indes gewiß nicht wenn sie zeitweise kein offenes Ohr bei den Spitzen des Gewerkschaftsapparates findet, wenn sie im Gegensatz zu Jürgen Habermas ihre Gedanken in den Organen der liberalen Presse nicht verbreiten kann. Sie isoliert sich allerdings, wenn sie durch theoretisches Unvermögen und taktische Ungeschicklichkeit die Unterstützung derer verliert, auf die sie heute schon in Konfliktsituationen zuverlässiger zählen kann als auf Brenner und Augstein: die Mehrzahl der politisch aktiven Studenten, beträchtliche Teile der jungen Arbeiter, Oberschüler, der Intelligenz."..."Ist es da wirklich 'lächerliche Potenzphantasie', davon zu sprechen, daß die Studentenopposition reale Machtpositionen erobern kann? Gewiß ist ihre Basis noch wenig stabil. Gesetzt aber den Fall, daß die Opposition tatsächlich dahin gelangt, die Schließung der meisten Hoch- und Fachschulen erzwingen zu können. Falls die Gegenseite bestimmte Forderungen nicht erfüllt oder erreichte Fortschritte rückgängig machen will – wäre dies keine reale Waffe im Kampf?" (Nr. 6, Oktober 1968)

Zerschlagt den diskus!

Die Redaktion will die Isolierung des diskus zu seiner Leserschaft durchbrechen: „Wir haben vor, in einer Veranstaltung eine der nächsten Nummern zur Diskussion zu stellen, um Vermittlungsprobleme auch mit dem sog. Publikum also einer Unmenge brachliegender Produktivkräfte, diskutieren zu können."

Bei dem ehrgeizigen Vorsatz bleibt es: nicht nur, daß die angekündigte Veranstaltung ausbleibt, die einzige Ausgabe vom Januar/Februar 1969 vor der Geldersperrung wird nach gängiger Art produziert; einmal mehr kommen die Antiimp-Spezialisten zu Wort. Beherrschendes Thema ist Guinea-Bissau, Antiimp-Kampf in Japan und Black Power, dazu der obligatorische Beitrag zur Reformismus/SPD-Frage. Damit erweist sich der diskus bereits vor der Liquidation durch die Uniherrschenden als Opfer der Ratlosigkeit, welche die Studenten in der Zersplitterung der Studentenbewegung befallen hat. Apathie ist das zentrale Stichwort. Sie dauert, publizistisch, bis Mitte 1970...

diskus 1

Dann erscheint wieder der diskus, in völlig veränderter Aufmachung, herausgegeben von sozialdemokratischen Studenten, organisatorisch beheimatet im SHB, die aufgrund der hochschulpolitischen Abstinenz der SDS-Nachfolgeorganisationen das Erbe des diskus weiterführen können. Im diskus 1/70 mit der Schwerpunktankündigung „Beiträge zur hochschulpolitischen Diskussion" sollen Akzente gesetzt werden; das oberlehrerhafte Editorial beginnt mit den markigen Worten: „Der diskus ist tot. Die anarchistische Studentenbewegung war unfähig zu organisierter Arbeit." Jetzt dagegen soll eine Studentenzeitung „studentische Praxis beispielhaft als emanzipatorische realisieren helfen, indem sie sich permanent selbst reflektieren lernt und in theoretische Begründungszusammenhänge zu stellen versucht." Immerhin gibt es im ersten Heft von 25 Artikeln 23 zu Wissenschaft und Hochschulpolitik. Um dem apathischen Körper der Studentenschaft auf die Beine zu helfen.

Und diesem Konzept ist – wegen der Hinwendung zur Gremien- und Hochschulreformpolitik – ein gewisser Erfolg beschieden. Die hochschulpolitische Diskussion wird neu belebt, nicht zuletzt durch das eingreifende Verhalten der diskus-Macher. Trotz aller Reformillusionen, die in den diversen Artikeln zur studentischen Politik zum Tragen kommen, trotz seiner unverhüllten Eigenschaft als Sprachrohr eines Klüngels sozialdemokratischer Studentenfunktionäre mit Karriereperspektiven besticht der diskus fortan durch seine Kritik an denjenigen, die ihre Identität allein aus der mehr oder weniger glorreichen Geschichte der Arbeiterbewegung beziehen, bemerkenswert in einer Zeit, in der die linke studentische Szenerie außer von den Genannten durch Orthodoxe mit starkem DKP-Touch und Parteiaufbauer abgedeckt scheint.

Das Ende des Neubeginns
Heft 4, 21. Jahrgang, Juli 1971

Das starre, von den Neu-Traditionalisten aller Schattierungen (SPD – DKP – ML's/AO's – 4. Intern.) vorgegebene Schema in der linken Politik ist langsam am Aufweichen zugunsten einer neuen Identität der „Neuen" („Undogmatischen") Linken mit einem (berechtigten) Anspruch auf das Erbe der Revolte. Die Linken lesen das Kursbuch 25, demontieren die zum Ritual geronnenen Veranstaltungen der Jungkommunisten, entsinnen sich wieder auf die Formel von der Sinnlichkeit und der Radikalität. Diese Entwicklung führt folglich auch im diskus zum Eklat: der spektakuläre Rücktritt der Herausgeber der ersten Stunde des Neuen diskus schafft Raum für neues Vorhaben und neue Inhalte:

„Trotz unterschiedlicher strategischer Vorstellungen im diskus-Kollektiv besteht Konsens darin, daß die Perspektive sozialistischer Arbeit nicht ‚systemüberwindende Reformen', sondern revolutionärer Kampf gegen das System an sich sein muß. Die beabsichtigte Breite der Diskussion findet also ihre Grenzen bei reformistischen oder revisionistischen An-

sätzen, also dort, wo z.B. systemtheoretische Instrumentarien zur allgemeinen Gesellschaftskritik mit vorwiegend antimarxistischer Stoßrichtung hochstilisiert werden oder wo die Klassenauseinandersetzungen zur Sammlungsbewegung friedliebender, antimonopolistischer Demokraten verfremdet wird ... Eine durchgängige eigene Publikationsstrategie des diskus in der gegenwärtigen Phase der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland aufstellen zu wollen, wäre zum einen nicht zulässiges Heben der eigenen Positionen auf eine dogmatische Überbauposition, ein gewaltsames Vereinheitlichenwollen verschiedener Ansätze aus inhaltlich nicht begründbarem Formalismus, zum anderen trüge ein solcher Versuch in keiner Weise dem notwendigen theoretisch-strategischen Klärungsprozeß innerhalb der Linken Rechnung. Die Situation der sozialistischen Linken als Gesamtheit der sich revolutionär verstehenden Gruppen in der BRD wird sich – notwendig – im diskus widerspiegeln."

Diese Neuorientierung eröffnet trotz aller Einschränkungen, die durch die Eigenart des rechtlichen und materiellen Status der Zeitung vorgegeben sind, die Chance, von einem Gruppenorgan mit Pluralismusversatzstücken zu einem offenen Medium wichtiger Diskussionsprozesse zu werden. Und das sind thematisch: Internationalismus/Antiimp, Organisationsproblematik/Neuorientierung der Neuen Linken, Gewaltdiskussion, Repression und Kriminalisierung, letzteres besonders während der ersten großen perfektionierten Verfolgungswelle 71/72. Dies alles ist schwerpunktmäßig bereits in den ersten beiden Heften nach der Neukonzeption angelegt:

Revisionismus und Dogmatismus – Dialektik der ML-Bewegung
Heft 6, 21. Jahrgang, Dezember 1971

Es ist die Zeit, Bestandsaufnahme zu machen. Die Studentenbewegung ist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Organisationsfragen setzen, anders als 1969 in der Kritik am „Antiautoritarismus" der Revolte, an der Kritik des Produkts jener Kritik, des Dogmatismus der Sekten und Parteien an: „Revisionismus und Dogmatismus – Dialektik der ML-Organisationen" der Proletarischen Front Hamburg setzt sich mit Ideologie und Praxis der beherrschenden – weil augenfälligsten – Form der Bewegung auseinander, während für den Artikel mit der Überschrift „Bekämpft den Antikummunismus' heißt auch: Kritik an der DKP" eine ominöse Organisation namens SEIF/AO verantwortlich zeichnet: die „Sozialistische Einheitsfront für einen sauberen Sozialismus/Aufbauorganisation", ein spielerisches Pseudonym der Gruppe SHB/SF zwar, trotzdem (wohl notwendige) Verletzung wesentlicher Tabus der Organisationsfetischisten. Eine – soweit damals absehbar – positive Wendung der Kritik erfolgt durch den Beitrag „Betriebsarbeit bei Opel-Rüsselsheim" vom RK; der eher theoretisch gewichtete Rahmen in Richtung einer Strategiediskussion wird durch „ ‚Intelligenzsproblem' Scheinproblem" des unlängst bei einer Schießerei in Köln gefangengenommenen Karl Heinz Roth und durch eine „konstruktive und solidarische Kritik", wie es im redaktionellen Vorspann heißt, an den Thesen von Il Manifesto geliefert. In diesem Heft bilden zwei Beiträge des Redaktionsmitgliedes Brigitte Heinrich zu Brasilien und Uruguay den Auftakt einer umfangreichen Lateinamerikadarstellung in den folgenden diskus-Ausgaben.

diskus und „Rechts"-Staat
Heft 1, 22. Jahrgang, Februar 1972

Vorwürfe von Seiten der Rechten in Universität und Landtag an die diskus-Redaktion, die im Editorial dieser Ausgabe scharf zurückgewiesen werden („Während durch die Pressekonzentration der ‚Pluralismus' im bürgerlichen Blätterwald immer mehr beseitigt wird, will man uns mit dem Pluralismusargument beikommen, um Sozialisten Publikationsmöglichkeiten zu nehmen."), münden mit diesem Heft ein in die Behauptung, der diskus sei an „anarchistischen Entwicklungen" mitschuldig: der Umschlag der inkriminierten Ausgabe zeigt auf dem Titel ein Photo des gerade erschossenen Georg von Rauch und wird auf der Rückseite von dem feisten Konterfei des für die „innere Sicherheit" damals zuständigen Hans Dietrich Genscher geziert . Unter dem Titel „Die Bundesrepublik auf dem Weg zum Rechts-Staat" berichtet der diskus über die Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes zur paramilitärischen Polizeitruppe, den Aufbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zu einer Art deutsches FBI und über den „Mord an Georg von Rauch", eine Redeweise, für die erst kürzlich der Verleger Klaus Wagenbach verurteilt wurde.

Mit diesen Heften findet die traditionell aufwendige und von der bürgerlichen Presse gewürdigte gute Aufmachung des diskus eine bemerkenswerte formale Übereinstimmung mit der jeweiligen Thematik. Oft wird diese Einheit ergänzt durch Text/Bild-Collagen mit eigenständiger Aussage, wie in der erfolgreichen Serie „Mehr erleben" auf der jeweils 4. Umschlagseite, einer Persiflage der gleichlautenden Stuyvesant-Anzeigenserie.

Heft 2/72 bringt einen vielbeachteten theoretischen Beitrag zur Frage der Arbeitsemigranten, ein Thema das neben und in der Stadtteilarbeitsdiskussion von großer Bedeutung war – von Johannes Agnoli „Die Gastarbeiter und die Reservearmee im Spätkapitalismus", ein Artikel, der wegen der theoretischen Fundiertheit und der leichten Lesbarkeit vorbildlich sein könnte.

diskus 3-4/72 beschäftigt sich neben der Gewaltproblematik mit Fragen der Neuorientierung der Linken (Beiträge von Peter Brückner und Johannes Agnoli) und sieht sich genötigt, eine Presseerklärung zu Vorwürfen in der bürgerlichen Presse, die von eben dieser Presse total

Lernen Sie Englisch in Oxford unter individueller Anleitung

OISE Oxford Intensive School of English

* Ausgezeichnete Ausbildung für Studenten aller Stufen durch erfahrene Absolventen der Universität Oxford.
* Kurstermine und Kursdauer nach persönlicher Wahl während des ganzen Jahres.
* Fachenglisch (techn. Englisch, Handelsenglisch, etc.) Englische Literatur.
* Kein Kontakt mit der Muttersprache.
* Unterbringung bei gastfreundlichen englischen Familien, im Studentenzimmer oder Hotel.

OISE, 13-15 High Street, Oxford, G.B.

Dokumentation unverbindlich

Name ..... Vorname .....
Strasse ..... Ort .....
PLZ. .....

ignoriert worden ist, selbst zu publizieren.

„Rolle der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft", ergänzt durch einen umfangreichen Beitrag von Reimut Reiche „Proletarische Familie", politische Gefangene, Häuserkampf und die Erfahrungen der Betriebsarbeit sind die Themen der nachfolgenden Ausgaben.

25 Jahre und ein Bein gestellt

Heft 4, Oktober 1973 hat es bereits prophezeit – von der Frankfurter Rundschau wird die entsprechende diskus-Passage als Auftakt zu den nachhaltigsten Unruhen seit der Studentenrevolte an der Frankfurter Universität gewerter –: „Sollte sich Engels (Vater des Engelskonflikts, ist gerade zum designierten Dekan des Wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs benannt worden, d. Verf.) nicht darauf beschränken, sich im undurchschaubaren Verwaltungswust zu verheddern und irgendwelche reaktionären Mätzchen in Angriff nehmen, so werden ihm die Studenten kraftvoll auf die Finger klopfen ... Das sei ihm hier in aller gebührenden Form gesagt." Im Anschluß an den Engelskonflikt (die Studenten klopften ihm noch vor Amtsantritt als Dekan kraftvoll auf die Finger) findet der Häuserkampf um die besetzten Häuser im Block Bockenheimer Landstraße/Ecke Schumannstraße statt – das bis dato letzte große offensive Vorgehen der Linken im Frankfurter Raum. Der diskus 2-3/74 schildert in eindrucksvollen Bildern den letztlich ohnmächtigen Widerstand der Betroffenen gegenüber einem nahezu perfekt funktionierenden Unterdrückungsapparat (Bilderbogen zur Häuserräumung) und ist in seiner Entstehungsgeschichte selbst Ausdruck dieser Ohnmacht: er erfährt die Unterdrückung eines administrativen Apparates und erscheint infolge einer Geldersperrung der Unipotentaten mit erheblicher Verspätung. Noch ein Heft erscheint in diesem Jahr, dann wird der Geldhahn erneut – rechtzeitig zum

Mikis Theodorakis

Die Rolle der Kultur

Jede Veränderung, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Lohnsituation, der Ausbildung usw. herbeiführt, ist eine quantitative Veränderung. Aber ich sehe auch zwei wesentliche qualitative Veränderungen:

Die erste – wenn eine Veränderung eintritt, die bewirkt, daß der Mensch verantwortlich wird. Dann erfährt er eine neue Dimension, dann wächst er. Dies ist eine Verantwortung für das Gemeinsame. Vielleicht verrichtet er weiter dieselbe Arbeit, aber mit einer anderen Verantwortung. Doch das allein reicht nicht.

Die zweite Revolution – daß der Mensch sich mit dem Anderen in einer wirklichen, gesellschaftlichen Gemeinschaft vereinigt. Heute sind alle Menschen getrennt voneinander. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt kann nur durch eine Kulturrevolution zustande kommen.

Was bedeutet Kulturrevolution?

Die gemeinsame Wurzel, den gemeinsamen Ursprung finden. Denn nur das kann im Grunde vereinen, und das geht nur durch die Vereinigung in einer gemeinsamen Kultur.

Kultur heißt für mich nicht nur Bücher lesen. Kultur heißt für mich, mit Künstlern und Intellektuellen ein solches Klima, solche Werke schaffen helfen, daß Menschen vereint werden, zusammenkommen, dieselben Lieder singen. Daß sie von denselben Dingen berührt werden. Und daß dies mitten im Alltag geschieht. Wenn sich Menschen zum Beispiel in einem Lied vereinen und wenn sie in der Metro zusammen singen, dann sind sie vereint. Wenn sie gemeinsam sehen. Das ist nicht nur eine Vision. Das ist eine Politisierung.

Die militante Kultur

Die militante Kultur, wie ich sie nenne, das heißt die lebendige Kultur, die das Volk unmittelbar und persönlich berührt und die sich in einer Phase des schöpferischen Aufschwungs befindet, rührt an die tiefsten Schichten der menschlichen Existenz. Mit einem Schlag erleuchtet sie unser Inneres und zum ersten Mal werden wir unserer selbst gewahr. Zum ersten Mal tritt die gemeinsame Ader hervor, die gemeinsame Wurzel. Die Kultur versöhnt uns mit unsresgleichen. Mit unseren Brüdern. Mit der Gesellschaft, mit der Nation. Mit der Menschheit überhaupt.

Wenn du irgendwo ein Teil der militanten Kultur wirst, entdeckst du plötzlich die Anderen, und in ihren Augen siehst du Blitze.

Die Poesie und die Musik, die in der Stimme des Volkssängers und in den volkstümlichen Instrumenten liegt, ist eine unsichtbare Kette, die dich mit deiner ganzen Vergangenheit verbindet, deinem ganzen Erbe.

Du verstehst, daß es *ein* Weg ist, *ein* gemeinsames Flußbett. Daß du schon eine weite Strekke zurückgelegt hast. Deine Aufgabe ist jetzt, noch weiter zu gehen, als ein lebendiger Teil eines großen Körpers. Du gehst an der Spitze, du mußt den Weg bahnen. Auf diese Weise wird ästhetische Freude allmählich zur moralischen Kraft, dann zur ideologischen Stärke und zur politischen Handlung.

Das ist der unausweichliche Prozeß der militanten Kultur. Die Geschichte hat uns gezeigt, daß eine politische Revolution zum Scheitern verurteilt ist, wenn nicht gleichzeitig eine Kulturrevolution stattfindet. Die Oktoberrevolution ist ein solches Beispiel, wo die politische Revolution Hand in Hand ging mit der kulturellen Revolution. Aber es war eine Entwicklung, die auf halbem Wege stehen blieb.

Heute brauchte es Hunderte Majakowkis, Hunderte Gorkis, nicht nur in der Sowjetunion, sondern in jeder sozialistischen Gesellschaft. Nur eine solche Gesellschaft kann jedem Menschen alle Möglichkeiten geben, seine Fähigkeiten so zu entfalten, daß sie der ganzen Gesellschaft zugute kommen.

übersetzt aus: Folket i Bild, Kulturfront. Nr. 12, 1975, Seite 5
(Übersetzung: Christina Hupchen)

25. Jahrgang – für die nächsten 10 Monate zugedreht. Der diskus muß die gerichtliche Auseinandersetzung suchen und gewinnt im ersten Verfahren. Ein zweites steht noch aus; zum 2. Juni 1975 erscheint wieder ein Heft, eine zweite Ausgabe kommt Ende Juni, das geplante Sonderheft zum 90. Geburtstag von Ernst Bloch fällt infolge von Quereleien in und um den diskus herum flach; Helmut Reinicke, Mitarbeiter am Bloch-Heft, zieht sich sauer zurück, alle sind schlecht gelaunt ...

Für einen neuen diskus!
Heft 3/75, 25. Jahrgang, Dezember 1975

In dieser Situation beschließen die diskus-Leute eine Fahrt aufs Land, um Lösungen zu finden. Was wir herausgefunden haben, steht in diesem Heft, wieviel wir schaffen, wird sich in den nächsten Heften zeigen.

Red.

AUF DER SUCHE NACH EINEM ERSATZ FÜR REFORMILLUSION

Die ersten drei Semester der Universitat Oldenburg

Wodurch könnte sich ein Student einer etablierten Universität – und solche heißen, zu Recht, Goethe-Universität und nicht Marx-Universität – veranlaßt sehen, die Entwicklung der Neugründungen wie Bremen, Osnabrück, Oldenburg oder München * zu verfolgen?

Da der Wechsel des Studienortes im Laufe einer universitären Ausbildung insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich heute nicht Regel, sondern Ausnahme bildet, wird diejenigen Studenten, die sich nicht ausschließlich als Konsumenten des in den Veranstaltungen vorgetragenen „Lehrstoffes" verstehen, weniger interessieren, was Studenten woanders lernen oder nicht lernen können als vielmehr die Frage, ob aus den Erfahrungen an einer Neugründung wie Oldenburg Einsichten zu gewinnen sind, die ihre eigene Lernsituation beeinflussen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb herkömmlicher naturwissenschaftlicher Fachbereiche und Fakultäten zur Reform des Studiums können zum großen Teil durch folgende Ziele charakterisiert werden:

- Durchsetzung wirksamer Mitspracherechte in den Selbstverwaltungsgremien,
- Veränderung der Prüfungsverfahren und -inhalte
- Mitwirkung der Studenten bei der Auswahl der Lerninhalte, insbesondere die Einführung praxisorientierter Anteile im Studium im Hinblick auf die spätere berufliche Tätigkeit, Befähigung durch das Studium zu interdisziplinärer Zusammenarbeit, Diskussion der gesellschaftlichen Funktion von Naturwissenschaft unter Einbeziehung der wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen, der historischen Entwicklung der Naturwissenschaften sowie deren ökonomischen Implikationen,
- Emanzipation der bisher abhängig Lehrenden (Assistenten) durch Ablösung der Ordinarienstruktur
- Einführung selbständig arbeitender Kleingruppen, die von Tutoren betreut werden.

Aus der permanenten Erfahrung, daß auch die allein in die Kompetenz der Hochschule eingeordneten Entscheidungen für Reformansätze (Einführung von Orientierungseinheiten, interdisziplinäre Ausbildung, Orientierung der Lehrerausbildung auf die Bedürfnisse von Schülern etc.) am offenen oder versteckten Widerstand reaktionärer Professorenmehrheiten scheitern, wurde und wird häufig die These abgeleitet, daß diese Mehrheiten das wesentliche Hindernis bei der Durchsetzung von Reformvorstellungen darstellen.

Die Kenntnis der Entwicklung beispielsweise des naturwissenschaftlichen Fachbereichs an der Universität Oldenburg liefert Entscheidungshilfen bei der Beantwortung der Frage nach der Richtigkeit dieser Behauptung.

Die Begründung für den letzten Satz findet sich in der im Vergleich zu herkömmlichen Universitäten vielfältig veränderten Ausgangssituation an der Universität Oldenburg:

- Die große Mehrheit der Lehrenden hat sich schon an den Herkunftsuniversitäten und z.T. überregional als Gewerkschafter, im Rahmen der Bundesassistentenkonferenz oder als Mitglied fortschrittlicher Studentenorganisationen jahrelang aktiv an den Auseinandersetzungen um die Durchsetzung von Studienreformvorstellungen beteiligt (so wird insbesondere kein Mitglied des Lehrkörpers der Mitgliedschaft im Bund „Freiheit der Wissenschaft" verdächtigt oder ist als Mitglied bekannt).
- Die Selbstverwaltungsgremien sind zwar den verfassungsgerichtlich geforderten Paritäten unterworfen, doch haben die Empfehlungen nicht entscheidungskompetenter, halbparitätisch von Lehrenden und Lernenden zusammengesetzter Studienkommissionen im Fachbereichsrat großes Gewicht und werden in aller Regel berücksichtigt.
- Offizielle und verpflichtende Grundlage für die organisatorische und inhaltliche Gestaltung des Studiums ist das Projektstudium und die einphasige Lehrerausbildung,
- es gibt bisher keine Vorschriften, die

eine öffentliche Diskussion und engagierte Beteiligung aller Universitätsangehöriger bei der Erarbeitung der Studienordnungen und der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der Lehrveranstaltungen sowie der Forschungsplanung einengen,
- bisher standen für den Fachbereich über zwanzig Tutorenstellen zur Verfügung
- Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Praxisanteile des Studiums für Lehramtsstudenten werden gemeinsam mit partiell vom Schulunterricht freigestellten Kontaktlehrern durchgeführt.
- ein großer Teil der Studenten haben nicht durch das Abitur als Abschluß der gymnasialen Oberstufe die Zulassung zum Hochschulstudium erhalten, sondern über den zweiten Bildungsweg durch eine an der Universität abgelegte spezielle Zulassungsprüfung.
- Es gibt keine Institute und Institutsdirektoren, keine formale Vorgesetztenfunktion von Hochschullehrern gegenüber Assistenten, akademischen Räten und nichtwissenschaftlichem Personal, für die der „Arbeitsvorgesetzte" der vom Fachbereichsrat gewählte und kontrollierte Vorsitzende dieses Gremiums ist.

Nach dieser Aufzählung muß festgestellt werden, daß viele Forderungen, für die an anderen Universitäten lange und meist vergeblich gekämpft wurde, an der Universität Oldenburg erfüllt sind. Wenn man nun diese Rahmenbedingungen als eine Chance für einen veränderten Lehr- und Forschungsbetrieb einschätzt: Wie konnte und wie ist sie genutzt worden? Wird dieser Rahmen ausgefüllt durch ein Curriculum, das die Studenten auf der Grundlage des Studiums gesellschaftlich wichtiger Fragestellungen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Studenten auf die Bedingungen ihres späteren Berufsfeldes vorbereitet, indem gleichzeitig ein Bewußtsein des gesellschaftlichen Zusammenhanges ihrer speziellen wissenschaftlichen Tätigkeit vermittelt wird?

Um nachzuweisen, daß der in dieser Frage formulierte hochschuldidaktische Anspruch nicht eingelöst werden kann, hätte es nicht unserer Erfahrungen an der Universität Oldenburg bedurft: Jede bildungspolitische Diskussion, die von einer Analyse unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausgeht, kommt auch auf theoretischem Weg zu diesem Resultat.

Solche Einsichten bleiben aber erfahrungsgemäß abstrakt und politisch unwirksam, wenn sie nicht durch die konkret erfahrbaren Widersprüche und Zwänge mit der täglichen Arbeit von Studenten und Hochschullehrern in unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden können.

Es soll im Folgenden versucht werden, diesen Zusammenhang durch die Darstellung einiger für die Universität Oldenburg typischen Erfahrungen aufzuzeigen.

1. Zur Situation der Hochschullehrer

Natürlich war auch in Oldenburg das Etikett „Fortschrittlich", „Reformfreudig" oder „Links" für die neuberufenen Hochschullehrer keine Basis, um darauf eine gemeinsame handlungsorientierte Strategie aufzubauen. Wenn dies auch keine Oldenburger Eigenart ist, wirkte sich diese Ausgangssituation hier doch besonders gravierend aus, als wir uns fragten, wie denn nun so etwas wie ein „projektorientiertes Studium" in seiner curricularen Struktur bis hin zu seiner Konkretisierung im Veranstaltungsangebot auszusehen hätte.

Schon die vermeintliche Chance, Reformkonzepte nicht nur zu entwickeln, sondern auch realisieren zu können, führte in den Diskussionen zu unterschiedlichen Vorstellungen oft bis ins Detail konkreter Vermittlungsprobleme, weil sie eben Ableitungen aus völlig unterschiedlichen, meist kaum formulierten (und damit nicht adäquat diskutierten) politischen Vorstellungen waren. Der Zwang, den Studenten kurzfristig ein Veranstaltungsangebot zu machen, führte bei der großen Arbeitsbelastung für die Hochschullehrer (bedingt durch die parallel laufende Auf- und Ausbauarbeit für alle Bereiche der Universität) zwangsläufig dazu, Strukturprobleme des Curriculum und damit die Qualifikationsfragen naturwissenschaftlich-technischer Intelligenz nicht mehr mit der gebotenen Intensität behandeln zu können.

Dieser Handlungszwang machte sehr schnell auch zwei andere Einflüsse unübersehbar, gegen deren Wirkung ein wirksames Kraut nicht allein in Oldenburg gefunden werden kann:
- Insbesondere in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen sind die Hochschullehrer hochspezialisierte Fachwissenschaftler. Sie sind daher – zu Recht – überzeugt, daß sie nur dann anerkannte Forschungsbeiträge liefern, wenn sie genau auf diesem Forschungsgebiet, das sie übersehen, weiterarbeiten. Was als Forschung anerkannt und bezeichnet werden darf, wird aber nicht an der Universität Oldenburg entschieden. So entwickelt der Akustiker „sein" Projekt „Lärmschutz", der Biologe projektet im „Wald" und der theoretische Physiker kümmert sich um eine Kritik der Wärmelastpläne für Fließgewässer im Zusammenhang mit den Kühlwasserproblemen für Kraftwerke, eine fast unüberwindbare Barriere für interdisziplinäre Ansätze.
- Wenn die Studenten der Universität Oldenburg mit den Absolventen naturwissenschaftlicher Fachbereiche anderer Universitäten eine gleiche Chance erhalten sollen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, müssen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten ebenso den Erwartungen ihres späteren Arbeitgebers entsprechen wie aller anderen Naturwissenschaftler. Um einen Studienwechsel von und zur Universität Oldenburg nicht völlig auszuschließen, muß diese Vergleichbarkeit mindestens auch zur Zeit des Vordiploms hergestellt werden.

Wer den prall gefüllten Stundenplan eines naturwissenschaftlichen Studenten an einer herkömmlichen Universität kennt, in dem praktisch keine Zeiten für die Beschäftigung mit erziehungs- und gesellschaftlichen Fragen zu finden sind, ermißt das zunächst einmal schlicht methodische Problem, die Rationalisierung der Vermittlung dieser fachwissenschaftlichen Kenntnisse so weit zu treiben, daß den Studenten überhaupt zeitlich die Möglichkeit gegeben wird, etwa die Funktion von Naturwissenschaft in unserer Gesellschaft zu reflektieren oder sich über die Rolle der technischen Intelligenz in einem Großbetrieb Gedanken zu machen.

2. Die Zumutung an die Studenten

Hier kann, wohlgemerkt, nicht die Situation der Studenten skizziert werden, sondern diese Situation aus der Sicht eines Hochschullehrers, was schon aus der objektiven Interessenlage heraus zwei Paar Stiefel sind.

Sowohl die Abiturienten als Studienanfänger als auch die Studenten, die ihre fachgebundene Hochschulzulassung über den zweiten Bildungsweg erhalten haben, kommen mit bestimmten Erwartungen an die Universität:

Die einen mit der Vorstellung, daß sich das naturwissenschaftliche Studium im Wesentlichen als eine direkte Fortsetzung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in der Oberstufe „auf höherer Ebene" heraus-

stellen wird, die anderen ohne eine genauere Vorstellung über das Fach, was sie aber nicht besonders stört, da es ja für dieses Wissen die zuständigen Hochschullehrer gibt. Statt einer Situation, die diesen Erwartungen entspricht, werden diese Studienanfänger besonders im ersten Semester der Universität mit einer engagiert geführten Diskussion über das Projektstudium konfrontiert, insbesondere mit der Aufforderung, selbst einen Standort in der Auseinandersetzung zu finden:

- Wie ist das Verhältnis von „fachlichen" zu gesellschafts- und erziehungswissenschaftlichen Veranstaltungen zu gestalten?
- Wie können Studenten befähigt werden, möglichst selbständig in Gruppen zu arbeiten?
- Was sind die notwendigen Qualifikationen eines Chemie-Lehrers in der Sekundarstufe I und wodurch legitimiert sich naturwissenschaftlicher Unterricht überhaupt?
- Was sind studentische Interessen und wie lassen sie sich durchsetzen?

Dieser Fragenkatalog läßt sich sehr verlängern und ist für die Studenten genau so wenig systematisch wie hier aufgelistet wurde. Statt eines festen Stundenplanes versuchten einige Hochschullehrer den Studenten zu einer Strategie als Entscheidungshilfe für ihre Studienorganisation zu verhelfen, zunächst bestenfalls mit dem Ergebnis, daß die Studenten einen festen Stundenplan und ein hinreichendes Angebot an Fachveranstaltungen fordern, deren Inhalte und Ziele explizit in die Verantwortung des jeweiligen Hochschullehrers gegeben werden. Selbst diese nicht übermäßig revolutionäre Forderung kommt nur nach einem mühsamen Prozeß zustande: Eine hinreichend große Studentengruppe mußte sich so weit organisieren, daß sie ihre Ziele und Durchsetzungsweise kollektiv verfolgen und besprechen konnten, insbesondere um den Hochschullehrern wirksamer als als Individuen gegenüber auftreten zu könen und sei es nur, daß man die von Hochschullehrern vorgeschlagene Tagesordnung eines Projektplenums ändern möchte.

Diese für die Studenten völlig unerwarteten Aufgaben und Notwendigkeiten beanspruchen die Studenten in einer mit anderen Hochschulen übermäßigen Weise bis zum Stadium der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Nicht, daß dieselben psychischen Zustände nicht an anderen Universitäten genau so die Regel sind, sie lassen sich aber nicht mehr für die Studenten etwa nur auf „zu schwere" Veranstaltungen oder auf eine falsche Darstellungsweise zurückführen.

Eine Projektstudien-Situation ist hier insofern verwirklicht, als auch für die Studenten deutlich, von den Lehrenden keine „Übungssituation" künstlich herbeigeführt wurde, deren „Lösung" die Hochschullehrer zur rechten Zeit mit Hilfe ihrer Trickkiste anbieten werden. In dieser Situation stellt sich für die Hochschullehrer immer wieder die Frage, worin denn ihre Legitimation als Lehrer liegt, wenn sie sich auf eine solch unsichere Basis einlassen und nicht ausschließlich fachwissenschaftliche Fragen diskutieren.

Ohne Zweifel haben schon nach dem ersten Semester manche Studenten nicht nur die Universität gewechselt weil sie wußten, daß die personelle und materielle Ausstattung der Universität Oldenburg weit schlechter als die anderer ist, sondern auch, weil sie in der von ihnen erwarteten Weise ihr „Fach" studieren wollten. Dieser Schritt ist gerade für einen „karrierebewußten" Studenten sehr verständlich. Viele Studenten zeigen aber schon im zweiten Semester einen überraschenden Grad an Selbständigkeit, in der Fähigkeit zur Organisation kollektiver Arbeit und an Sicherheit im Auftreten gegenüber den Lehrenden.

Eine wichtige Rolle spielt die große zeitliche Belastung für die Studenten: Neben 15–18 Semesterwochen wird von ihnen die Teilnahme an den hochschulpolitischen Diskussionen innerhalb der Studentenschaft verlangt, aber auch die Mitarbeit in den Selbstverwaltungsgremien. Wenn die studentische Mitarbeit in diesen Gremien mehr als eine Farce sein soll, müssen die Studenten zu einer mit den jeweiligen Experten unter den Hochschullehrern vergleichbaren Information und Kompetenz gelangen können. Ungeachtet des subjektiv guten Willens vieler Hochschullehrer wird aber die Abhängigkeit der Studenten überhaupt nicht aufgehoben, wenn solche Informationen durch die Lehrenden in der üblichen Seminarform vermittelt werden, sondern nur, wenn diese Kompetenz durch solidarisches Handeln im politischen Gruppenzusammenhang erworben wird. Durch das rechtliche und tatsächliche Verhältnis zwischen Studenten und Hochschullehrern auch an der Universität Oldenburg müssen hier unsere isolierten Versuche immer wieder in Ansätzen steckenbleiben: Es ist kein Problem, das an der Hochschule allein gelöst werden kann.

3. Mechanismen der Entwicklung von Studiengang und Forschung

Hier sollen nur zwei für die augenblickliche Entwicklung gravierende Tendenzen genannt werden:

- Die beispielsweise an der Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Planung orientierte Projektdiskussion (z.B. am Thema „Probleme der Energieproduktion und -verteilung") verliert bei der Aufteilung in Problembereiche geringerer Komplexität, die den etablierten Fachdisziplinen entsprechen, ihren Sinnzusammenhang. Dieser läßt sich nicht einmal mehr durch eine einfache Interdisziplinarität im Sinne einer additiven Kompetenz aus verschiedenen Disziplinen aufrechterhalten. Durch die Struktur der Wissenschaft selbst hat eine solche Aufteilung die Konsequenz, daß praktisch der mit der Projektarbeit verbundene Anspruch aufgegeben werden muß, an Beispielen mögliche Formen veränderter gesellschaftlicher Praxis durch wissenschaftliche Arbeit aufzuzeigen.
- Wissenschaftliche und technische Methoden, Arbeitsvorhaben und Ergebnisse sind nicht jedermann zugänglich. (Beispiel: Wissenschaftler der Universität Hannover entwickeln im Auftrag des Oberkreisdirektors des Kreises Brake ein System zur Messung und Auswertung von Daten zur Überwachung des Gewässerzustandes der Weser in Zusammenarbeit mit der Industrie. Die Universität gibt ohne Erlaubnis keinerlei Informationen über dieses Vorhaben. Die Erlaubnis wird den Hochschullehrern in Oldenburg vom Oberkreisdirektor aber verweigert.) Ähnliches gilt für Gutachten und Protokollen von Anhörungen. Die Folge ist, daß an aktuell wichtigen Entwicklungen kaum sinnvoll gearbeitet werden kann, sondern die Studenten und Hochschullehrer sich auf Probleme der „veröffentlichten" Wissenschaft beschränken müssen, die in aller Regel wenig mit den ursprünglich diskutierten Problemen zu tun haben.

Schon diese Auswahl an Informationen über die Universität Oldenburg zeigt, daß sich unsere hochschulpolitischen Ziele auch mit einem zunächst anscheinend weiten Spielraum für Reformvorhaben nicht in den Universitäten allein durchsetzen lassen. Die Auseinandersetzungen im Ausbildungssektor müssen als Teil des allgemeinen politischen Kampfes begriffen werden.

Karl Haubold

AK-KRITIK

Michael Stamm, Mitbegründer der Roten Zellen Marburg, begründete Ende des Sommersemesters d.J. anläßlich eines teach-ins über Revisionismustheorie, das er als Mitglied der Roten Zellen vorbereitet hatte und unter eigener Regie durchführte, seinen Austritt aus dieser Organisation.

Der vorliegende Artikel, der für den diskus vollständig überarbeitete Redetext der Austrittsbegründung, gibt Aufschluß über die Politik und die Binnenstruktur einer Organisation, die als erste den Status einer Sympathisantengruppe der Roten Zellen/AK-München im außerbayerischen Raum erhielt. Die wachsende Verbreitung dieser Gruppen – inzwischen gibt es mehrere im gesamten Bundesgebiet und West-Berlin, selbst in Frankfurt machen sich ein paar Unerschrockene daran zu schaffen – signalisieren die hohen Auflagen ihrer beiden Organe:

"Marxistische Studentenzeitung" (MSZ, vormals "Münchener Studentenzeitung") ca. 10.000 Auflage,

"AK – Resultate der Arbeitskonferenz" (theoretisches Organ der AK-München) verkaufte Auflage bisher ca. 15.000 (allerdings seit der ersten Ausgabe im September '74 kein weiteres Heft erschienen). Red.

ZUM UNPOLITISCHEN TREIBEN DER ROTEN ZELLEN MARBURG

Setzt man sich mit den **Veröffentlichungen** der Roten Zellen auseinander, so findet man folgende **Ansprüche** formuliert:

a) die eigene Politik soll wissenschaftlich begründet sein (Resultate I, S.6)
b) die in "jedem Stück marxistischer Theorie" enthaltenen Schritte zu "organisierter Praxis" sollen in Angriff genommen werden (Resultate I, S. 2)

Diese Ansprüche, die als solche von einer Latte von Organisationen geteilt werden – sogar die Spitzenreiter in sozialer Demagogie (DKP, MSB) **schwätzen** davon – versucht man durch Schulungen zu realisieren. Mit diesen Schulungen macht man **Reklame**. "**Wir** bilden die Studenten in mehrjähriger, **mühevoller** Arbeit wissenschaftlich aus, **andere** Organisationen verlangen bloß Bekenntnisse", so lautet etwa der Inhalt eines Roten-Zellen-Flugblattes mit dem Titel: "Numerus Clausus in den Roten Zellen?" Wenn man weiß, daß jede einzelne Roten-Zellen-Veröffentlichung als selbständige Agitationseinheit ausgegeben wird, die allein und ohne zusätzliche Information geeignet sein soll, den Leser von der Notwendigkeit einer Mitgliedschaft in den Roten Zellen (= organisierter Kampf gegen den Kapitalismus) zu "überzeugen", so wird deutlich, daß man auf **kultische** Elemente durchaus nicht verzichtet. Das Kultische besteht in der "Attraktivität" des Anderssein. So kann man beim MSB sofort Mitglied werden, **während** man bei den Roten Zellen – überspitzt gesprochen – auf eine Warteliste kommt; so redet der MSB den "Massen" nach dem Mund, **während** die Roten Zellen die "Massen" – überspitzt gesprochen – vor den Kopf stoßen; so fordern alle anderen Gruppen Empörung über die "imperialistische Greueltaten", **während** die Roten Zellen die Studenten aufklären, welche Widersprüche der bürgerlichen Presse bei ihren Berichten über diese Greueltaten unterlaufen. Diese "Exklusivität" ließe sich massenhaft fortsetzen. Mit solchen Mätzchen fördert man zwar nur in geringem Maße **Einsicht** und **Kampfeswillen**, aber immerhin **Neugierde, Ehrfurcht** und Respekt. Und letztere Eigenschaften besitzen denn die Sympathisanten und Mitglieder der Roten Zellen zur Genüge.

Prüft man nämlich die **Praxis** der Schulungen, so stellt man fest, daß sich hier eine besondere Variante (nämlich die AK-Variante) des "Steines der Weisen" herausgebildet hat. Was liegt nun der Vorstellung vom Stein der Weisen zugrunde? Laut "Resultate" S. 102 "die Sehnsucht nach einer individuellen Verfügung über das gesellschaftliche Wissen, die dem Individuum **ohne sein Zutun** zuteil wird; das **gegenständlich, getrennt** von seinen geistigen Potenzen **existente** Wissen als **Sache**, die nur des simplen Aktes der Aneignung eines äußeren Gegenstandes bedarf, um es zu dem Seinen zu machen." Nun gibt es keinen Roten-Zellen-Anhänger, der **diese** Sehnsucht durch seine Praxis nicht Lügen strafte: er schult sich und andere ja "in einem **langwierigen** Prozeß". Doch die reklamehaft vorgetragene "Langwierigkeit" macht nur die spezifische AK-Variante eines **Wissenserwerbes** aus, der **ohne eigenes Zutun** verläuft, wodurch sie ihren besonderes **perversen** Charakter erhält: man läßt sich von den Münchnern AK-lern "intensiv" und "gründlich" schulen und delegiert die richtige "Interpretation" schwieriger Textstellen jeweils an den Schulungsleiter, womit das **getrennt** von den eigenen geistigen Potenzen existente Wissen zwar nicht als **Sache**, aber als **Person** existiert. Daher **muß** man sich dann natürlich zwecks "Sicherheit" im Wissen auch an bestimmte Personen halten, und das **berechtigte** Ausnutzen vorhandenen Wissens**vorsprungs** für politische Aktivität verwandelt sich in die **permanente** Notwendigkeit(*). Diese Praxis findet sich auf allen Ebenen der Roten-Zellen-Politik (**). Die Konsequenzen eines derartigen Treibens sehen dann wie folgt aus: Aktivitäten über die kontinuierlich laufenden Schulungen hinaus, **können** nur noch stattfinden, wenn die Möglichkeit langwieriger "Vorbereitung" gegeben ist, da nur diese die "Absicherung" durch die Münchener Genossen ermöglicht. Wohlgemerkt, – ich halte die "Verwendung" von Analysen etc., die von der Münchener AK erarbeitet wurden, für richtig und sinnvoll; nur: es zeugt von der völligen Verkennung des Charakters von teach-ins, wenn sie von den Roten Zellen zu Mitteln degradiert werden, die lediglich die Funktion haben zu zeigen, daß es die Roten Zellen **politisch** noch gibt. Derartige Praxis ist nämlich nicht Politik, sondern ein **Zur-Schau-Stellen** von Politik. Und nichts anderes liegt vor, wenn man ein Anarchismus-teach-in durchführt, auf dem dann die Roten-Zellen-Aktivität im **Verlesen** eines Referates aus München besteht, welches 10 Tage später ohnehin von einer größeren Zahl von Studenten (1500 - 2000) in der MSZ gelesen wird. Doch man soll sich nicht wundern: die dargestellte, bestenfalls kontemplative Stellung der AK-Fans zur Politik ermöglicht nichts anderes. So macht man aus der **Not** eine **Tugend**: weil man unfähig ist, da zu agitieren, wo die Studenten massenhaft **sind** (Seminare, Vollversammlungen, Revi-teach-ins etc.), bleibt **nur** noch, die bereits sympathisie-

renden Studenten (organisierte und nicht-organisierte) vorzuladen – zu **Vorlesungen**, da nur Vorlesungen den nötigen Grad an "Sicherheit" (im obigen Sinn) garantieren. Politische Subjekte, die auch immer politische Kämpfer sind – ich höre bereits das Geschrei: "Der Stamm verrät die Wissenschaft und ist zum Sponti geworden" – werden durch solches Treiben nicht "geschaffen" – werden durch solches Treiben nicht "geschaffen" und – wen wunderts – es gibt sie auch nur noch als Spurenelemente in den Marburger Roten Zellen.

So wenig man die Wissenschaft neben oder vor ihr "lernt", so wenig lernt man Agitation (richtige versteht sich!), politisches Eingreifen etc. auf einer "Metaebene", sondern indem man sich dranmacht. "Am schädlichsten ist es", sagt Hegel richtig, **"sich vor Irrtümern bewahren zu wollen**. Die Furcht, **aktiv** sich Irrtum zu schaffen, ist die Behaglichkeit und Begleitung von absolut **passivem Irrtum**". (Bd. 2 S. 550) Diese Furcht vor dem aktiven Irrtum – in der Praxis der Roten Zellen als permanentes Element enthalten – ist verantwortlich für das Scheitern des Versuchs der AK eine marxistische **Politik** gegen den Sumpf aller Sorten von Revisionismus durchzusetzen und ist ebenso verantwortlich dafür, daß stattdessen selbst richtige Einsichten zu **interessanten Aushängeschildern** verkommen anstatt praktisch zu werden.

Die hier zusammengefaßten Charakterzüge der Roten-Zellen-Politik waren der Grund für meinen Austritt aus der Organisation. Da die Reaktion der Roten Zellen auf den Austritt ganz "merkwürdige" Sip-Formen angenommen hat – bis hin zu solchen, die man nur als Sippenhaft bezeichnen kann – soll auf diese noch kurz eingegangen werden. Nach ersten "Erläuterungen" zu meinem Austritt (Stamm ist disziplinlos, individualistisch, ausgeflippt, er privatisiert etc.) sah man sich gezwungen, diese "Erklärungen" nach meiner Ankündigung des teach-ins etwas zu "präzisieren": ich sei wegen meines Charakters als Vollblutpolitiker ein gefährlicher Gegner der Roten Zellen (hoffentlich!) und wolle " "AK-Politik" neben den Roten Zellen machen (nee!) etc. pp.. **Worin** mein Fehler besteht, konnte man den "Fragern" (Sympathisanten, Kandidaten) leicht beantworten: selbst wenn bezüglich der den Sympathisanten und Kandidaten **bis dahin bekannten Inhalte** keine Differenzen bestünden, könnten sie doch leicht einsehen, **was** falsch am Austritt sei. Falsch sei eben der Austritt. Falsch sei, daß nicht gekämpft worden sei (was nicht stimmt), daß nicht **gespalten** worden sei etc. Ganz abgesehen davon, daß diese Leute gar nicht wissen, was kämpfen ist – so "kämpfen" einige Mitglieder, die an meiner Kritik "einiges" richtig "finden" in einer nach dem Austritt geschaffenen "Vorbereitungsgruppe" zur Verbesserung der "Mitgliederversammlung" – sei den Apologeten einer Spaltung gesagt, daß die Spaltung **dieser** Organisation deshalb keinen Sinn hatte, weil ihre Mitglieder sich durch ihre **Ehrfurcht** vor ihrer "großen Aufgabe" in prinzipiellen Gegensatz zur **Inangriffnahme** der ersten Schritte gestellt haben. Im Dienste ihrer Aufgabe stehend sind sie aufopferungsvoll, zynisch, taktisch und auf eine pfiffige Weise realitätsblind. Als sie hörten, daß ich ein teach-in plante, fühlten sie sich gefordert. Wenn der Gegner aktiv wird – so folgerten sie – so straft man ihn mit **Mißachtung**. Diese Mißachtung – nicht zum teach-in zu gehen – "begründet" man den Sympathisanten voller Mühe, viele Stunden. Wer doch hingeht, fliegt raus – denn: man verlangt ja nur etwas, was objektiv notwendig ist. Warum verstößt eine Teilnahme am teach-in gegen die objektive Notwendigkeit? –weil eine Teilnahme den Gegner unterstützt. – Warum unterstützt eine Teilnahme den Gegner? – Weil dadurch zuviele Leute im Hörsaal sitzen und der Gegner aufgewertet wird. – Warum sollen 200 Leute (1500 waren schließlich da), die **Gegner** des Gegners sind, denselben aufwerten? – Weil sie ja nicht nur **Gegner sind**, sondern, falls sie hingehen, auch noch **anwesend sind**. Dieser Spatzenlogik haben sich die "Roten-Zellen-Massen" in bekannter Manier – diszipliniert, nicht-partikular (häufigste Phrase in der Organisation) und voller Einsicht – gefügt. Die „Beobachter", die man seitens der Roten Zellen auf das teach-in schickte – „wetterfeste" Spitzengenossen – konnten (Not) oder wollten (Tugend) **natürlich** die ihnen gebotene Möglichkeit, nach meinen Ausführungen zum Austritt diesselben zu destruieren nicht nutzen – Münchner Genossen waren ja nicht anwesend.

So ergibt sich nach Betrachtung des Ausgeführten das erstaunliche Resultat, das die **zweifellos wissenschaftlich qualifiziertesten** Marxisten der BRD – einige Münchner AKler – durch einen fragwürdigen „Umgang" mit ihren Fähigkeiten eine Heilige – weniger Familie als – Jüngerschaft ins Leben gerufen haben, deren pflichtbewußte, disziplinierte, nicht-partikulare, einsichtsvolle etc. **Onanie** in Sachen Politik einhergeht mit Irrationalismus, Spatzenlogik, Willkür und Ahnungslosigkeit überall da, wo die „Verhältnisse" ihnen mal einen **politischen Akt** abverlangen.

Michael Stamm

*) Wenn hier von „Obergenossen" die Rede ist, handelt es sich natürlich um einen kritikablen Sachverhalt. Um jedoch „Kurzschließern" entgegenzutreten: Solchen Praktiken kommt man weder durch antiautoritäres Gemotze, noch durch die bekannten Ausfälle gegen „Was tun" bei. Die eine Variante behauptet in der Regel, die Verbindlichkeit einer Organisation sei verantwortlich für die dargestellte perverse Stellung zur Politik und spricht damit die Subjekte frei von ihrer Verantwortung für derartiges Treiben, während die andere **vorhandene** Unterschiede in Wissen und politischer Erfahrung **abstrakt** negiert, statt diese Unterschiede durch Ausnutzen abzubauen. Beide Varianten zeigen somit, daß es ihnen um Politik **nicht** geht.

) Zentrum der Roten Zellen ist die AK-München. Diese hat diverse Sympathisantengruppen in der BRD, z.B. die Roten Zellen Marburg. Letztere gliedern sich wieder in Mitglieder, Kandidaten und Sympathisanten. Es ist z.B. passiert, daß die **Sympathisanten und **Kandidaten** der Marburger Gruppe Beschlüsse der **Marburger Mitglieder** nicht eingesehen haben. Akzeptieren oder Rausfliegen war die Alternative. Nachdem sie akzeptiert hatten, führte ein Gespräch der **Münchner AKler** mit den **Marburger Mitgliedern** zu einer Korrektur des Beschlusses. Ursache der Korrektur waren Argumente seitens der „Obergenossen", die vorher schon die „Untergenossen" vorgetragen hatten. **Wer** etwas sagt, nicht **was** gesagt wird, ist entscheidend. Es sei allerdings gesagt, daß die permanente Selbstverarschung durch **alle** Beteiligten in der Regel nicht so offenkundig zu Tage tritt.

Neue studentische Initiative
IG-MEDIZIN

Zur nachfolgenden Darstellung der Ereignisse und studentischen Aktivitäten am Fachbereich 19 im letzten Semester sollen hier im voraus zwei Erklärungen abgegeben werden: Wir wollen einmal mit dieser sicherlich noch unvollständigen Bestandsaufnahme dazu beitragen, die Diskussion am FB in Gang zu halten und hoffen darüberhinaus, einen Beitrag zu einer allgemeinen Einschätzung der studentischen Situation in Frankfurt zu leisten. Zweitens wollen wir hier die Meinung der IG-Medizin wiedergeben, deren Konsolidierung erst in den folgenden Semestern erfolgen wird, und diesen Prozeß der Konsolidierung miteinleiten. Die Entstehung der verschiedenen Initiativgruppen am FB 19 im letzten Semester kann nur aus der Situation am FB erklärt werden. Diese ist zum Teil gekennzeichnet durch: Isolation und Vereinzelung, Schwierigkeiten des Kennenlernens, Angst vor später, praxisferne Studieninhalte usw. Probleme also, denen sich alle Studenten gegenübersehen. Darüberhinaus gibt es aber noch spezifische Merkmale der Situation für Medizinstudenten:

- *die verschärften Zulassungsbedingungen schaffen ein sehr starkes Konkurrenzbewußtsein*
- *der Anteil von Medizinstudenten, die aus Akademikerfamilien kommen, ist überproportional hoch, die Neigung zum Individualismus ist stark ausgeprägt*
- *die Verschulung des Studiums ist seit dem Inkrafttreten der neuen Approbationsordnung (AO) weiter fortgeschritten als in anderen Fächern. In ihrem Gefolge werden dauernd neue zusätzliche Prüfungen eingeführt. Die Folge: für Diskussionen über den zu erlernenden Stoff hat man keine Zeit, die Stofffülle für die zentralen Prüfungen macht diese Diskussion und Infragestellung nahezu unmöglich*
- *durch die Lage der Klinik sind die Medizinstudenten von der übrigen Uni total abgeschnitten, ein Informationsaustausch und Kommunikation über Aktivitäten an den anderen Fachbereichen findet überhaupt nicht statt.*
- *zum anderen bestehen nicht einmal ansatzweise Kontakte zu den anderen in der Klinik Beschäftigten*
- *politische Aktivitäten bestehen nur in begrenztem Rahmen. Hinzu kommt die Polarisierung zwischen den verschiedenen linken Organisationen, die oft jedes gemeinsame Vorgehen lähmen.*
- *Bestehende Lern- und Arbeitsgruppen sind voneinander ziemlich isoliert.*

In dieser Situation und, zum Teil ausgelöst durch aktuelle Ereignisse, bildeten sich im letzten Semester verschiedene Initiativgruppen.

IG – GEGEN DIE LEISTUNGSVERSCHÄRFUNGEN

Seit etwa zwei Jahren versucht man am FB, vor allem in der Vorklinik, in einzelnen Praktika gegen den mehr oder weniger erfolgreichen Widerstand der Studenten Prüfungsverschärfungen einzuführen. Im letzten Semester wurde nun bekannt, daß im Rahmen der Einführung eines für die Vorklinik verbindlichen Curriculums in fast allen Fächern zum Teil drastische Leistungsverschärfungen eingeführt bzw. entgültig zementiert werden sollten. Beim Bekanntwerden dieser Bestrebungen regte sich der Widerstand der Studenten, es wurde eine IG – Gegen die Leistungsverschärfungen ins Leben gerufen. In ihr waren alle linken Gruppierungen und eine große Zahl nicht organisierter Studenten vertreten. Jetzt wachte auch die Fachschaft auf. Die IG informierte die Studenten, führte Diskussionen mit den Profs, in denen eine äußerst widersprüchliche, aber "einfallsreiche" Argumentation für Leistungsverschärfungen zum Vorschein kam und forderte in mehreren Resolutionen, keine Leistungsverschärfungen einzuführen und die medizinische Ausbildung inhaltlich zu verbessern. Eine VV beschloß einen dreitägigen Vorlesungsboykott mit Gegenveranstaltungen durchzuführen. Während des Boykotts, der von der Mehrzahl der Studenten getragen wurde, kam es auch zu Auseinandersetzungen mit einigen reaktionären Studenten, die sich zum Teil offen für Verschärfungen aussprachen und sich nebenbei als Spitzel für die Unibürokratie verdingten.

Wie die Anstrengungen der Unibürokratie, die geplanten Verschärfungen mit allen Mitteln durchzusetzen, einzuschätzen sind, zeigt die Folgende Stellungnahme der IG:

Warum sollen diese Verschärfungen eingeführt werden?

Mit Einrichtung eines verbindlichen Curriculums in der Vorklinik soll die Scheinvergabe rigider gehandhaht werden als bisher.

Die Leistungsverschärfungen sind ein Mittel zur endgültigen Durchsetzung der AO, die uns ein verkürztes Studium mit einer größeren Stofffülle beschert hat. Wir sollen billiger und schneller d.h. mit dem Notwendigsten versehen ausgebildet werden. Ganz zu schweigen von der weiterhin primär somatisch ausgerichteten Medizin; das Problem z.B. der Psychosomatik wird mit Alibi-Veranstaltungen im 1. Sem. abgefertigt. Am Verständnis von Krankheit und Krankheitsursachen hat sich nichts geändert.

Mit der Verschärfung soll die Regelstudienzeit vollständig durchgeführt und ein innerer NC eingerichtet werden.

Diese Verschärfung paßt in die bundesweite Tendenz zur Reglementierung und Disziplinierung aller Studenten; einmal erkämpfte Positionen werden z.Zt. Stück für Stück mit technokratischen Manövern und politischer Disziplinierung zurückgenommen. Hinter den Verschärfungen stehen somit keine einzelnen Profs, die sich selbst vereinzelt gegen die AO ausgesprochen haben. Aber sie sind ihnen willkommen, um den eingebüßten Machteinfluß über die Studenten auf dem Weg verschärfter Leistungsnachweise wieder zurückzugewinnen (man denke nur an die Praktiken in mündlichen Prüfungen insbesondere gegenüber ausländischen Kommilitonen!).

Mit dem Kampf gegen diese Verschärfungen zeigen wir, daß wir uns nicht zu unkritischen und angepaßten Ärzten in diesem Gesundheitssystem ausbilden lassen.

Eskurs zur AO:

In der amtlichen Begründung zur AO heißt es: "Schon zu Anfang der 60er Jahre hatte sich herausgestellt, daß die ärztliche Ausbildung in der BRD einer Reform bedurfte. (.....) Eine Rationalisierung, Intensivierung und – vor allem – stärkere praktische Ausrichtung der Ausbildung erweisen sich als dringend notwendig." Nachdem 1966 der Wissenschaftsrat in seinen "Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den Wissenschaftlichen Hochschulen" die allgemeinen Kriterien einer Hochschulreform entwickelt und am Medizinstudium präzisiert hatte, konstituierte sich im selben Jahr eine "Kleine Kommission zur Neuordnung der ärztlichen Ausbildung", die 1969 einen Rohentwurf der neuen AO veröffentlichte. Darin und auch in der endgültigen Fassung von 1970 sind viele der vom Wissenschaftsrat herausgegebenen Empfehlungen enthalten. Die AO ist somit Teil und quasi Vorläufer der allgemeinen Hochschulreform.

Die neue AO ist nichts anderes als eine Prüfungsordnung, wie aus § 2, Abs. 1 AO ersichtlich ist: "Die Hochschule vermittelt eine Ausbildung, die es dem Studierenden ermöglicht, den Wissensstoff und die Fähigkeiten zu erwerben, die in den in dieser Verordnung vorgesehenen Prüfungen gefordert werden." Ausbildungsziel ist es, Prüfungen zu bestehen. Nicht die Verbesserung der Ausbildung, sondern die bundeseinheitliche Ausrichtung des Studiums auf die Erhaltung des herrschenden Gesundheitssystems wird hier angestrebt!!!

Was beinhaltet die neue AO ?
Verkürzung des Studiums, 40% mehr Stoff, Internatsjahr, 4 zentrale Prüfungen, davon weniger als 3% mündlich, Prüfungen nach dem Multiple-Choice-System, es werden bundeseinheitliche Curricula angestrebt und unter der Hand an mehreren Unis das Studienjahr eingeführt (Kurse in den Semesterferien).

Rationalisierung, Intensivierung und Zentralisierung der Ausbildung hat die neue AO also gebracht.

Auf der nach zweimaligem Verschieben Ende des Semesters stattfindenden FBR-Sitzung – es waren über 100 Studenten anwesend, die in den Diskussionen die Argumentationsartistik der Befürworter der Verschärfungen aufdeckten und ihre Entschlossenheit bekundeten, diese nicht einfach hinzunehmen – wurde ein Antrag nach dem anderen gestellt. Daß die Profs sich auf dieser Sitzung gegenseitig die Verantwortung zuschoben, keiner sich über seine Kompetenz im Klaren war, einige immer wieder die "große Familie der Mediziner " beschworen und schließlich die Verschärfungen in einem Fach gar nicht mehr auf den Tisch gebracht und in drei Fächern zurückgewiesen wurden, all das erweckte bei vielen den Eindruck, daß diese Verschärfungen jetzt auch zurückgenommen werden müßten. Doch weit gefehlt !! Der Lust-Ausschuß des FB 19 empfahl auf seiner Sitzung am 8.10.75 wiederum die Einführung der Verschärfungen. Mit der Verteidigung der Leistungsverschärfungen verteidigen Profs und Unibürokratie auch die Zustände in unserem Gesundheitssystem. Die Argumente und Forderungen der Studenten sind in einer so ignoranten Art und Weise beantwortet worden, daß dies als Herausforderung angesehen werden muß.

IG-KOZ

Eine andere Gruppe fragte sich, wie man dem schlechten Kommunikations- und Informationsaustausch unter den Studenten begegnen und darüber hinaus Verbindung und Kontakte zum übrigen Klinikpersonal herstellen könnte. Ein Kommunikationszentrum erschien ihnen als notwendige Voraussetzung, dies zu erreichchen. Der Begriff Kommunikationszentrum beinhaltet: Räume, in denen man sich tagsüber aufhalten kann

– ein schlichtes Sich-Kennenlernen wird beim gemütlichen Kaffee-trinken nach der Arbeitszeit oder nach und zwischen den Veranstaltungen ermöglicht. Ein emanzipiertes Verhalten von Ärzten, Pflegepersonal und Studenten wird gefördert.

– bereits existierende Arbeitsgruppen können sich hier treffen, ebenso Lerngruppen usw.

– neue Gruppen können sich leichter formieren

– Aktionen zu aktuellen Problemen am Klinikum können geplant und koordiniert werden

– Information, kulturelle, kreative Veranstaltungen

– ein etwa montaliches Plenum soll bestehenden Gruppen ermöglichen, sich darzustellen und eventuell Interessierte aufzunehmen. Außerdem sollen im Rahmen dieser Plenen allgemeine Informationen gegeben und Erfahrungen ausgetauscht werden, das KOZ soll selbstverwaltet sein, es muß allein Sache der Benutzer sein, über die im KOZ stattfindenden Veranstaltungen zu entscheiden und dies von ihren Bedürfnissen abhängig zu machen. In einer zuerstellenden Satzung wird die Mitbestimmung aller verankert sein, ein zu wählendes Gremium, welches die Leitung übernimmt, wird einer permanenten Kontrolle unterworfen sein.

Um unsere Forderungen nach geeigneten Räumen in Selbstverwaltung gegenüber der Klinikleitung durchsetzen zu können, erschien uns der Gremienweg zunächst am geeignetsten. Es wurde eine Unterschriftenaktion am ganzen Klinikum durchgeführt. Binnen einer Woche konnten 700 Unterschriften gesammelt werden. Parallel zu dieser Aktion wurden Informationen über die zahlreichen im Klinikum leerstehenden Räume eingeholt. Das Unterschriftenpaket wurde zusammen mit den Forderungen der IG-KOZ dem dem Dekan und dem FBR vorgelegt. Prinzipiell sprachen sich alle für eine solche Einrichtung aus, waren aber nicht gewillt, finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Auf besondere Ablehnung stieß die Forderung nach Selbstverwaltung, weil man sonst "das Hausrecht verlöre". In den Semesterferien sind uns nun Räume fest zugeteilt worden, die aber noch von uns renoviert werden müssen.

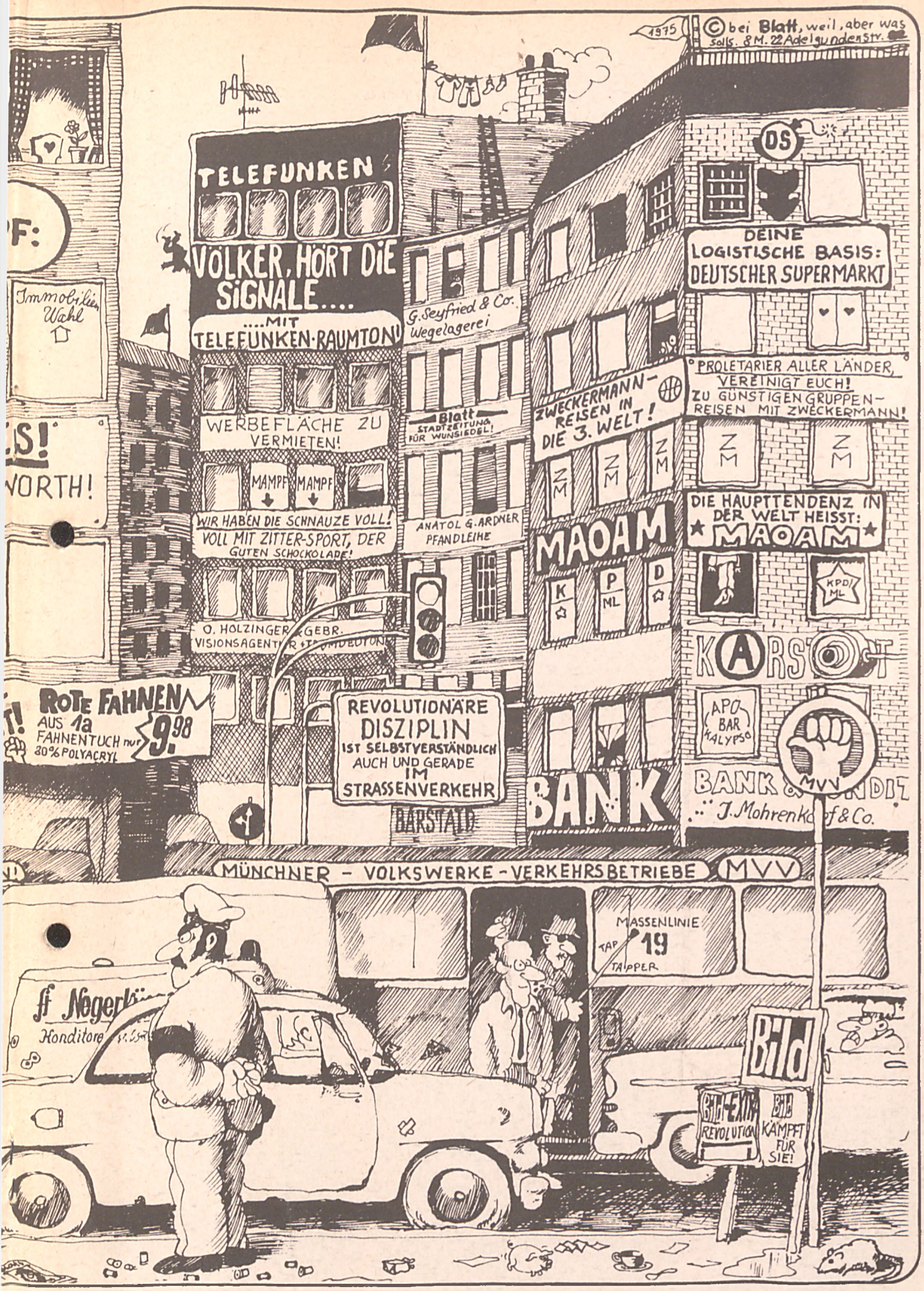
IG-Medizin

Die IG-Medizin ist während der Auseinandersetzungen um die Leistungsverschärfungen entstanden. Wir, d.h. die unorganisierten Studenten in der IG – Gegen die Leistungsverschärfungen, standen anfangs den organisierten als Einzelne relativ ohnmächtig gegenüber. Aber, nachdem wir unsere gegenseitige Isolation aufgehoben hatten, gelang es uns auch, gemeinsam in den Diskussionen und Abstimmungen über die weitere Vorgehensweise gegen die Leistungsverschärfungen als anerkannte politische Kraft aufzutreten. Aber über den gemeinsamen Kampf gegen die Leistungsverschärfungen hinaus schien uns eine längerfristige Arbeit nur dann möglich, wenn wir nicht organisierten Studenten uns zu einer Gruppe zusammenschließen würden. Auf der einen Seite sind wir dem ständigen Druck durch das Studium ausgesetzt, das uns zu angepaßten Ärzten in diesem System machen soll. Andererseits sahen wir, daß die permanenten Diskussionen um die "richtige Linie" uns selbst nicht weiterhalfen. Daher beschlossen wir, eine Gruppe zu gründen, die ohne festes Programm und mit einem Minimum an Organisation auf der Basis von Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen, zu politischem Selbstverständnis und zu gesellschaftlich relevanter Praxis gelangen. Ein monatliches Plenum im KOZ soll dabei dem Informationsaustausch, der Diskussion und Kommunikation dienen und in erster Linie den nicht organisierten kritischen und linken Medizinstudenten die Möglichkeit zur Mitarbeit in der IG-Medizin bieten. Wir werden selbstverständlich auch in Zukunft gemeinsam mit den anderen linken Gruppen an der Uni gegen die Leistungsverschärfungen vorgehen.

Für uns gilt es zunächst einmal, uns als IG-Medizin zu festigen und die Gruppenarbeit voll anlaufen zu lassen, mit dem Ziel, daß die nicht organisierten linken Studenten zusammen mit den anderen linken Kräften am Klinikum als politische Kraft auftreten können.

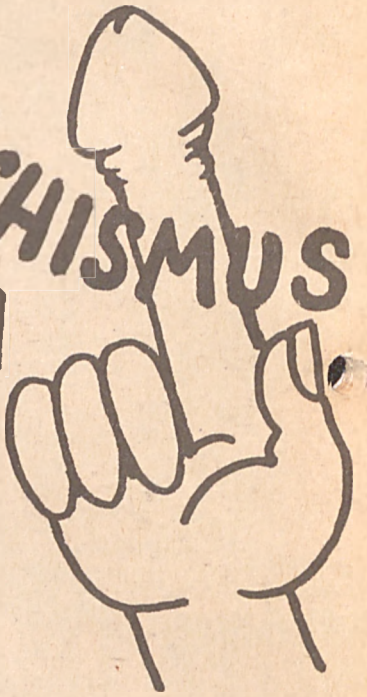
IG-Medizin

Der Cartoon stammt von G. Seyfried und ist als DIN A2-Plakat in linken Buchhandlungen erhältlich oder direkt vom Maulwurf Buchvertrieb, 1 Berlin 36, Waldemarstr. 24. Das Plakat kostet 3,– (Postscheckkonto von Maulwurf: 7906-103 PSchA BlnW). Außerdem hat Maulwurf Buchver-



trieb einen Katalog sozialistischer Literatur herausgegeben, mit 600 Titeln aus ca. 50 linken Verlagen und politischen Gruppen. Der Katalog kann unter der angegebenen Adresse angefordert werden.

TOD DEM PATRIARCHISMUS ES LEBE DER MANN



Zuallererst: der vorliegende Artikel ist ganz wesentlich auch ein Ausdruck der Schwierigkeiten, die sich bei seiner Abfassung ergaben. Das bedeutet, daß er Zweifel und Widersprüche enthält. Diese Tatsache sehen wir allerdings als eine Voraussetzung dafür an, den Text zu einer Plattform für eine kritische (und, so hoffen wir, auch solidarische) Auseinandersetzung mit dem Problem der Männeremanzipation zu machen.

Wir standen – und das ist bereits ein Einstieg in die Thematik – grundsätzlich vor dem Problem, praktisch auf keine spezifische Literatur zurückgreifen zu können. Die Wissenschaft, so insbesondere die Soziologie und die Psychologie, trägt bis heute fast durchgängig patriarchalische Züge. Die vorliegende Emanzipationsliteratur ist fast ausschließlich feministische Literatur, auf die wir uns nur zum Teil beziehen können.

Andere Schwierigkeiten birgt die von einer ansatzweise erkennbaren Männerbewegung herausgegebene Literatur. So konnten wir uns mit dem Inhalt der von Berliner Männern herausgegebenen Zeitung „Mann-o-Mann" nicht gerade anfreunden, sowohl, was eine gewisse Koketterie mit dem Schwulsein betrifft, als auch eine geradezu zum Prinzip erhobene Pimmelfeindlichkeit, die in der Behauptung gipfelt, ein steifer Schwanz sei „unnatürlich".

Neben dem Problem, ins Vakuum einer emanzipierten Männerliteratur vorzustossen, hat sich verständlicherweise auch die kollektive Arbeitsweise voller Tücken gezeigt. Das, was sich in Diskussionen herauskristallisierte, in Geschriebenes umzusetzen, ist sicher kein spezifisches Männerproblem. Hinzu kommt, daß zwar das Bedürfnis, den Komplex der Männeremanzipation intensiv aufzuarbeiten, von uns schon lange erkannt worden war, aber zunächst hinter dem Prozeß des Zueinanderfindens in den Selbsterfahrungsgruppen zurückstand.

Eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu diesem Artikel war zugleich auch das positivste Erlebnis: daß wir nämlich bei unseren Arbeitstreffen meist garnicht „richtig zum Arbeiten" kamen, sondern eher vom Hundertsten ins Tausendste, stundenlang über private Dinge redeten, uns über die Grenzen der Selbsterfahrungsgruppen hinaus kennenlernten und näherkamen, miteinander aßen, selbstgemachte Lieder anhörten, ...

Der vorliegende Artikel ist nur ein Fragment unserer Erlebnisse und Diskussionen, die insgesamt aber ein wichtiger Grundstein für usnere weitere Arbeit sind.

Sozialisation und Unterdrückung

Als Knaben sagen uns die Eltern, wir sollten in der Schule gut aufpassen, um etwas für unseren späteren „Beruf" zu lernen. Wir lernten, daß es überhaupt das Ziel eines jeden „erwachsenen Mannes" sei, den richtigen Beruf zu finden, wo am Monatsersten die Kohlen stimmen müssen. Ob uns das Spaß macht oder überhaupt machen kann, ist für unsere Erzieher (Eltern, Lehrer, Pfaffen) nicht von Bedeutung.

Genauso werden Mädchen auf ihre Mutter- und Hausfrauentätigkeit dressiert. Diese Frau und dieser Mann passen dann so unheimlich gut in der Ehe zusammen, daß diese Kaputtheit ihnen kaum mehr bewußt werden dürfte.

Die Frau, die sich von einem im Berufsleben mehr oder weniger erfolgreichen Mann heiraten läßt, ist auch heute noch die Regel. Das Leid der Frauen, das damit verbunden ist, geht uns an, und wir vergessen es nicht. Doch kann sich der Knabe und der Jugendliche in seiner Ausbildung zum „Mann" keine passive Phase leisten. Er hat kaum mal im Traum die Möglichkeit,auf eine Frau, die ihm die Verantwortung für die Scheißarbeit abnimmt, zu hoffen. Er muß es bringen, was werden —— sonst gibt's auch kaum eine Frau, die sich für ihn als Person interessiert. Männer werden selten wegen der Sensibilität und Emotionalität, die leider in ihnen nur schlummern, statt sich entfalten zu können, oder wegen ihres sowieso „häßlichen Körpers" geliebt. Letztlich zählt doch nur die Fähigkeit, ein guter Familienernährer zu sein. Das ist ein wichtiger Punkt des Entmenschlichungsprozesses, dem Männer ausgesetzt sind.

Ob diese Bestimmung zur Ernährerrolle wohl ein Grund dafür ist, daß mancher Student an der Uni sein soziales und finanzielles Image aufputscht, damit es bei Frauen besser klappt? Na, sei mal ehrlich! Wir in den Männerselbsterfahrungsgruppen stehen sicherlich nicht drüber. Wir müssen dies erst sehen und uns zugeben, bevor wir es verändern können.

Da an diesem Trog der dickeren Brieftaschen nicht für alle Platz ist, schlagen wir uns schlimmer als Schweine um einen Bissen, ganz abgesehen von den Millionen Männern, die wir auf dem Weg zum grossen Fressen ausgetrickst haben. Die Konkurrenz hat es in sich. Friß oder stirb, das ist das männliche Prinzip nicht erst in diesem Jahrhundert. Jeder Krieg und jedes

Schleimen beim Professor zeigen uns das jeden Tag aufs Neue. Konkurrentes Verhalten beinhaltet die Möglichkeit, besser, oder sogar „Der Beste" zu sein, was überall mit Lob und Vorteilen bedacht wird.

Darum haben auch Männer voreinander Angst, weil sie in ihrem Sein und Schaffen von Männern neben und über sich bedroht werden; genauso, wie sie selbst andere Männer bedrohen. Es liegt an uns, ob wir die Rolle des Starken und Erfolgreichen, die Rolle des Mackers weiterspielen wollen. Denke daran, wenn du deine Stärke ausnutzt, daß es auch für dich noch genug Situationen geben wird, in denen *Du* unterstützt werden möchtest und Hilfe brauchst. – Das mag für einige moralisch klingen, aber das ist eine Frage des Bewußtwerdens der eigenen Lage.

Da im außerhäuslichen Arbeitsprozeß ungefähr doppelt so viele Männer wie Frauen beschäftigt sind und dieses Verhältnis bei der Uni-Ausbildung wahrscheinlich noch krasser ausfällt, ist die Bedrohung des einzelnen Mannes durch seine Kollegen und Kommilitonen größer als die durch Frauen neben sich. Diese, durch Männer und Frauen, unterschiedliche Gefährdung des Mannes beim beruflichen Erfolgsstreben ist ein wesentlicher Auslöser für zwei gegensätzliche emotionale Prozesse in der Psyche des Mannes:

Zum Einen gibt es zwischen Männern kaum wirklich liebevolle Unterstützungsbeziehungen, weil sie sich nicht gleichzeitig konkurrent und solidarisch zueinander verhalten können. Also tun sie das Gelernte: sich mit Ellenbogen durchs Leben kämpfen.

Gerade diese Unfähigkeit, zu helfen und zu lieben, wird von einer Institution der Gewalt und Entmenschlichung, der Bundeswehr, der keine Frau ausgesetzt ist, zielgerichtet entwickelt. Die Bundeswehr wird zum Prüfstein der Grausamkeit. Härte ist Trumpf. Gehorsam, Aggressionen, Bier und Prügel gehören zum soldatischen Alltag. Liebe gibt und darf es nicht geben. „Kameradschaft" dient nur dazu, gemeinsam besser töten zu können, aber nicht zu einem solidarischen Leben. Der Athener Folterprozeß zeigte es nochmal ganz deutlich: Damit ein Mensch den anderen grausam behandeln kann, muß er selbst erst gebrochen werden; „seine eigene Scheiße fressen", um so seinen Haß brutal an anderen abreagieren zu können. Männer sollten lernen, sich gegen diese Brutalität zu wehren und nicht mit Gewalt nach unten zu Schwächeren zu treten.

Zum Anderen erzeugt das Mißtrauen vor anderen Männern im Mann eine katastrophale Fixierung auf die Frau, die ihn im Allgemeinen weniger bedroht. Gute Gefühle des Vertrauens und Verstandenwerdens erlebt der Mann meistens nur mit einer Frau, er lebt auf Kosten ihrer Gefühle, ohne seine eigenen zu entdecken und sie auch mit anderen Männern erleben zu können.

Die Frau versucht, das psychische Gleichgewicht des Mannes wieder herzustellen, das er jeden Tag aufs Neue in entfremdeter Arbeit verspielt. Perverserweise ist es die gleiche Frau, die den Mann pflegt und ihn gleichzeitig in die Entfremdung treibt, da sie ihn an seinem Verdienst mißt. Das soll nicht heißen, daß Frauen die Schuld an der psychischen und physischen Deformation des Mannes haben.

Auf jeden Fall müssen wir Männer unseren eigenen Weg finden, emotional aufeinander zu reagieren, uns unserer Entfremdung bewußt zu werden und die Verantwortung von uns zu weisen, die uns in unsere Unterdrückung zwingt. Männer müssen lernen, für sich verantwortlich zu sein; nicht mehr für die Bosse, nicht mehr für die Frauen. Wir müssen lernen, unsere Gefühle raus zu lassen, und uns nach ihnen zu richten. Wenn du dich gut fühlst, Mann, geht es dir auch gut; fühlst du dich mies, bist du noch lange kein mieser Typ, der spinnt und unnormal ist. Wenn wir leiden, müssen wir wissen, daß es heute „normal" ist zu leiden und niemand so unendlich glücklich ist, wie wir es uns oft vormachen. Du bist nicht schwach, wenn du leidest und fragst, warum es dir drekkig geht und es verändern willst. „Stärke" heißt heute, das Leid zu ertragen, damit es einigen auf unsere Kosten viel, viel besser geht als uns selbst. Pfeifen wir auf diese Stärke, die uns schwächt.

Solange Männer nicht ihre gesellschaftliche, durch Konkurrenz und Angst bedingte Isolation durch gegenseitige Ehrlichkeit und Offenheit durchbrechen, sind sie mitverantwortlich für ihre eigene Unterdrückung.

Sexualität und männl. Rollenverhalten

Ihre Sozialisation entfremdet die Männer nicht nur ihren Gefühlen, sondern auch ihren Körpern. Jungen-Spielzeug und Jungen-Geschichten haben selten etwas mit lebendigen Wesen oder ihrer Verkörperung etwa mit Puppen zu tun, sondern meist mit toten Dingen. Beim Spielen dürfen Jungen ihre Körper nur einsetzen, aber nicht beachten. Schmerzen sind verpönt und heulen darf man erst recht nicht. Wer aber seinen eigenen Körper nicht erleben darf, kann auch nicht den Körper eines anderen erfahren.

Die Distanz zu Körper und Gefühlen bestimmt letztlich die männliche Sexualität. In der Pubertät zeigen sich die Folgen besonders beim onanieren. Jungen lernen, sich „einen runterzuholen", aber nicht sich selbst zärtlich am ganzen Körper zu streicheln. Diese Form der sexuellen Betätigung muß unausweichlich zu einer Genitalfixierung führen. Der übrige Körper bleibt dabei tot. Außerdem ist die männliche Onanie absolut zielgerichtet: Das einzige was zählt, ist der Samenerguß; und ob's ein Orgasmus ist, ist noch lange nicht selbstverständlich. Schuldgefühle und die Angst vor dem Verlust der emotionalen Selbstkontrolle führen dazu, es möglichst rasch hinter sich zu bringen.

Dies alles,zusammen mit der männlichen Verführerrolle und der Herrschaftsposition über die Frau, ergibt eine egoistische, männliche orgasmusorientierte Sexualität. In den meisten Fällen geht dies auch an den Bedürfnissen der Frauen vorbei. Sehr oft aber ist dieses Verhalten auch für den Mann eine nicht befriedigende, sondern zwangshafte Angelegenheit. Er fühlt sich unter dem Druck, immer einen Orgasmus haben zu müssen, er kann nicht zärtlich sein, er hat einfach Leistungen zu bringen. In dem Moment, in dem Männer versuchen, auf Frauen und ihre Sexualität einzugehen, und ihren Egoismus über Bord zu werfen, wird Männlichkeit oft nicht mehr nur an Eroberungen, sondern an der Fähigkeit gemessen, der Frau möglichst viele und intensive Höhepunkte zu verschaffen. Das ist meist Ausdruck noch immer fehlender ursprünglicher, männlicher Sinnlichkeit: allein wichtig wird der Orgasmus der Frau, der eigene wird verhindert oder schuldig empfunden. Das ist nur ein neuer Betrug an Männern und Frauen, aber keine sexuelle Befreiung

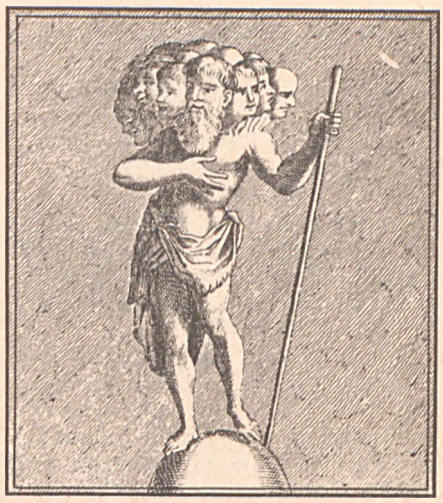
und Befriedigung.

Nicht die natürliche Homosexualität des Mannes, sondern ihr Heraufbeschwören und das gleichzeitige Unter-Strafe-Stellen in der bürgerlichen Erziehung spielt eine wesentliche Rolle: Wir eifern dem Übermann-Ideal nach, um uns vor anderen und mehr noch vor uns selbst zu schützen. Wo das System es für nötig hält, lockt es uns allerdings in die Falle des homosexuellen Ersatzes, in den Betrug von Gleichheit, Kameradschaft und Solidarität – am deutlichsten im Kriegsdienst. Beschwörung und Bestrafung verhindern liebevolle Beziehungen zu Männern, aber ebenso zu Frauen. Denn bei Frauen suchen wir, was wir nicht zu haben glauben und auch nicht haben dürfen.

Entwicklung von Männergruppen und ihre Rezeption

Der Ansatz für eine Emanzipationsbewegung der Männer zeigt sich im Kielwasser der Studentenrevolte und der neuen Frauenbewegung erst seit wenigen Jahren. Aus amerikanischen Zeitschriften erfahren wir, daß sich dort etwa zu Beginn der 70er Jahre die ersten Männergruppen bildeten. In der BRD und West-Berlin gibt es ähnliches seit rund zwei Jahren. Nicht viel jünger sind auch die Aktivitäten von Frankfurter Männern, wobei aus dem Uni-Streik das erste größere Engagement entstand. Die Männergruppe Frankfurt, die diesen Beitrag lieferte, umfaßt zur Zeit mehr als 35 Männer in sechs Selbsterfahrungsgruppen, einer Literaturgruppe sowie einer weiteren, die die erste Nummer einer eigenen Zeitung vorbereitet.

Begonnen haben wir im Januar dieses Jahres, als sich zunächst ein rundes Dutzend Männer über Aushänge an der Uni zusammenfanden. Ein Vierteljahr lang bestand allein das wöchentliche Plenum,



das jedoch wegen seines Umfanges (bis zu 20 Männer) eingehende und persönliche Diskussionen nicht zuließ. So entstanden, unter Beibehaltung aber auch einer oft bedauerten Entwertung des Plenums, die Selbsterfahrungsgruppen. Zunächst war die Aufteilung recht zufällig, mehr und mehr tun sich nun aber die Männer auf der Grundlage von Sympathie und/oder gemeinsamem Erfahrungshintergrund zusammen. Die starke Fluktuation der Anfangszeit ist einem langsamen,aber steten Zuwachs gewichen. Anders als die übrigen Gruppen in Frankfurt (zusammen etwa 25 Männer) und weiteren Städten verstehen wir uns als aktives Element einer beginnenden Bewegung. Wir haben also nicht schon bald „dichtgemacht", sondern mit dem Plenum und den über die Selbsterfahrung hinausgehenden Gruppen einen organisatorischen Überbau gebildet. Damit wird das Wachsen der Gesamtgruppe und zugleich ein Informationsaustausch ermöglicht.

Zwar nicht in der Zustimmung zu diesem Konzept, dafür aber in der Praxis und der Zielsetzung, gibt es sicherlich Differenzen. Ein Teil der Gruppe hat sich mehr auf private Diskussionen zurückgezogen und Gemeinsamkeiten vernachlässigt. So ist es bisher auch noch nicht zur seit langem diskutierten Gründung eines Männerzentrums und zu Aktionen, zum Ansprechen der Öffentlichkeit gekommen. Die anderen versuchen in letzter Zeit verstärkt, die Gruppe zu aktivieren, einen Bewegungscharakter anzustreben. Das zielt auf eine Verbindung von politischer und emanzipatorischer Arbeit, auf ein Selbstverständnis als Teil einer revolutionären Bewegung, die ihre eigene Betroffenheit zur Basis ihrer Arbeit macht.

Männergruppe Frankfurt

NEUES LOTES FOLUM®
1/27
ZEITSCHRIFT FÜR DIE POÉSIE UND DIE RÉVOLUTION

ORTSGRUPPE FRANKFURT: DAS EDITORIAL – **ORTSGRUPPE BERLIN:** Das Eintreten in die Begriffe – **(PR-ABTEILUNG DES NLF):** EIN PROGRAMM – **AJA ZUTSCHESTOWAWADSCHJU:** EINE ERKLÄRUNG **A. MIJNJONG:** EIN TAGTRAUM – **G.V.CAMPE:** EINE REVOLTE – **A. SOHN RETHEL:** EINE KRITIK – **P. FEYERABEND:** EIN DISKURS **G. BATAILLE:** EIN ENTFALTETER BEGRIFF – **REDAKTION:** EINE ERFAHRUNG.

DM 20,– 2 Hamburg 13 – Postfach 132251 Verlag Association GmbH

SPD–WIRTSCHAFTSPOLITIK–REFORMKAPITALISMUS?

Von den Möglichkeiten der SPD Wirtschaftspolitik oder den Grenzen des Reformkapitalismus

In den nächsten Wochen und Monaten stehen der SPD-Linken einige schwere Entscheidungen bevor:

Soll sie im Zeichen der Bundestagswahl die Politik der sozialliberalen Koalition unwidersprochen lassen oder gar mittragen, damit sich die SPD dem Wähler als Einheit darstellen kann?

Wie ist der Kern jeder Regierungspolitik, die Wirtschaftspolitik, einzuschätzen?

Wie soll sich die SPD-Linke verhalten, wenn sich aus der Wirtschaftspolitik der Partei Konflikte mit Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften ergeben?

Im folgenden wollen wir die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition auf ihre Eignung untersuchen, die Verwirklichung der Ziele sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik zu gewährleisten. Abschließend sollen einige Konsequenzen für die Arbeit der SPD-Linken formuliert werden.

Bisher stellten alle ernstzunehmenden Ökonomen fest, daß Krisen integraler Bestandteil einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind. Der Richtigkeit dieser These widerspricht auch nicht der krisenfreie Ablauf des Akkumulationsprozesses in der BRD bis 1966. Der nahezu kontinuierliche Aufschwung des westdeutschen Kapitalismus ist auf besondere Bedingungen zurückzuführen, die schlaglichtartig beleuchtet werden sollen.

– Ein Großteil der Produktionsanlagen, der Gebäude und der industriellen Infrastruktur war durch Kriegseinwirkung zerstört und mußte vollständig neu aufgebaut werden.

– Das demobilisierte Heer sorgte für eine große qualifizierte industrielle Reservearmee, die zusätzlich durch heimkehrende Kriegsgefangene sowie Flüchtlinge aus der DDR und den ehemaligen Ostgebieten des deutschen Reiches verstärkt wurde.

– Dies ermöglichte es den Kapitalisten, die Ware Arbeitskraft im Vergleich zu anderen europäischen Industrienationen billig zu kaufen, was noch durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Faschismus erleichtert wurde.

– Es gelang den Unternehmern über ihre CDU-Bundesregierung eine ihre Interessen begünstigende Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Dies zeigt sich an der Möglichkeit überhöhter Abschreibungen, Steuervergünstigungen, Subventionen, Krediterleichterungen etc. nach innen und dem Festhalten an unrealistischen aber exportfördernden Wechselkursparitäten nach außen.

– Aufgrund dieser Begünstigungen und der ständigen Expansion des Weltmarktes gelang es den westdeutschen Kapitalien, ihre Waren verstärkt auf ausländischen Märkten zu verkaufen.

Das hierauf einsetzende extensive Wachstum führte zum schrittweisen Absinken der Arbeitslosenzahl: die Position der Lohnabhängigen verbesserte sich zusehends. Als Wende dieser Entwicklung sind die Jahre 1962/1964 anzusehen. In dieser Ära versiegte einerseits der permanente Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR durch den Mauerbau; auf der anderen Seite kam es in der Metallindustrie Nordbadens und Nordwürttembergs zu einer ersten harten Tarifauseinandersetzung. Da die Kapitalisten nun sogar auf die Anwerbung unqualifizierter ausländischer Arbeitsemigranten zurückgreifen mußten, wurde eine ständige Steigerung der Lohneinkommen unumgänglich.

Dazu verschärfte sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch verschiedene wirtschaftspolitische Restriktionen ausländischer Staaten einerseits (Pfundabwertung) und durch das Vordringen von "Billiglohnländern" (damals vorwiegend Japan) andererseits. Da das nunmehr erreichte vergleichsweise hohe Lohnniveau nicht einfach abgebaut werden konnte, mußten sich die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals in der Krise von 1966/1967 entladen. Eine prozyklische Geld- und Finanzpolitik der Regierung und der Bundesbank ("Blessing rezession") forcierte diese Entwicklung noch.

Der Anspruch der SPD-Wirtschaftspolitik

Die programmatische Aussage des SPD-Parteitags 1952 in Dortmund: "Die Sozialdemokratie ist aus der Partei der Arbeiterklasse, als die sie entstand, zur Partei des Volkes geworden." signalisiert am besten die strategische Wendung dieser Partei nach dem 2. Weltkrieg. Der Anspruch auf Emanzipation des Proletariats, der bis dahin zumindest noch verbal vertreten wurde, reduzierte sich nun auf die Forderung nach Erhöhung des privaten Lebensstandards und Befreiung von "wirtschaftlichen Abhängigkeiten". Folgende Mittel sollten dieses neue strategische Ziel durchsetzen:

– aktive, auf Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschaftspolitik,

– Neuordnung der Wirtschaft, durch Integration von Marktmechanismen und volkswirtschaftlicher Planung,

– Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum,

– paritätische Mitbestimmung

– Bekämpfung des privatwirtschaftlichen Lobbyismus.

Die theoretischen Grundlagen dieser Konzeption, die heute fast "revolutionär" anmutet, entstammen einer linken Interpretation keynesianischer Vorstellungen, wie sie beispielsweise der Labour Party 1945 in Großbritannien zum Wahlsieg verhalf.

"Für die Arbeiterklasse hat diese Konzeption einen entpolitisierenden Effekt: Nicht mehr Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Zweck der Erringung der Macht im Staat durch Sturz der kapitalistischen Herrschaft ist die Politik der Sozialdemokratie, sondern Integration der Arbeiterklasse in das herrschende sozioökonomische System... Diese Vorspiegelung der Unveränderbarkeit der gesellschaftlichen Grundstruktur mußte jener Resignation und Apathie des Proletariats Vorschub leisten, die zur Reduktion der Klassenkämpfe in Form von organisierter Aktionen durch die Massen selbst, zu friedlichen Verhandlungen um Lohnanteile durch bürokratisch bestellte Funktionäre und die Bildung einer von den Massen entfremdeten Arbeiterbürokratie führten". (Kursbuch 21, S. 55)

Beim Eintritt der SPD in die große Koalition war von dieser wirtschaftspolitischen Konzeption kaum etwas geblieben. Als theoretischer und praktischer Vorreiter einer neuen (Von allen linken Inhalten gereinigten) Keynesinterpretation exponierte sich der damalige Wirtschaftsminister Karl Schiller. Um die Wirtschaft aus der Rezession von 66/67 zu "führen", setzte er auf die Planung und Anpassung makroökonomischer Grössen (Geldmenge, Gesamtnachfrage, Steueraufkommen etc.) an die Erfordernisse des Großkapitals, die Anbindung der Gewerkschaften durch die "konzertierte Aktion" und auf eine staatlich geförderte Kapitalexpansion.

Die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition bis 1972

1969 ging die SPD mit dem Ziel in die Regierung, über die Verwirklichung gezielter Reformvorhaben (Bildungsreform, Steuerreform, Einführung der paritätischen Mitbestimmung etc.) "soziale Gerechtigkeit", "soziale Sicherheit", "ange-

messenen Lebensstandard", "Chancengleichheit" und vieles andere mehr zu erreichen. Das konnte jedoch nur bei einer langfristig prosperierenden Wirtschaft gelingen. Bundesregierung und SPD erwarteten folgerichtig, sich ein Instrumentarium schaffen zu können, das einen krisenfreien Verlauf des Akkumulationsprozesses gewährleisten sollte. Diese Erwartung schlug sich in den Wahlkampfaussagen, dem Regierungsprogramm und den programmatischen Diskussionen (Langzeitprogramm) der SPD nieder. Am deutlichsten findet sich die optimistische Einschätzung im OR 85[1]), dem die Aufgabe zugedacht war, für die Regierungspolitik bis 1985 eine Orientierung zur realistischen Einschätzung von Reformen vor dem Hintergrund der erwarteten ökonomischen Entwicklung zu liefern. Der OR 85 postulierte in seiner ersten Fassung eine jährliche Wachstumssteigerung des Bruttosozialprodukts von ca. 4-5%. Helmut Schmidt (damals Vorsitzender der Kommission) verkündete gar, ab 1975 sei mit einer jährlichen Steigerung von 4,5 - 5,5 % zu rechnen. Von dem ständigen Zuwachs sollte der Staatsanteil am BSP ausgedehnt und die Reformen finanziert werden. Die wirtschaftspolitischen Instrumente der sozialliberalen Regierung unterschieden sich jedoch in nichts von den Instrumenten der CDU/CSU[2]). Man wagte nicht, die entscheidenden Strukturen des kapitalistischen Verwertungsprozesses in Frage zu stellen. Die Prämissen der SPD-Politik beinhalteten bereits die Illusion, der Staat (mit sozialliberaler Parlamentsmehrheit) könne als quasi bewußt handelndes Organ einen krisenfreien Wirtschaftsverlauf mit stetigen Zuwachsraten sicherstellen.

Notwendigerweise mußten damit die intendierten Reformvorhaben in dem Maße unmöglich und als Illusion bewußt werden, wie sich die Widersprüche kapitalistischer Akkumulation (gesellschaftliche Arbeit und private Aneignung) in einer Krise entluden. Diese Entwicklung setzte ab 1972 in verstärktem Maße ein.

Von der Krise und dem Ende der Reformpolitik

Bereits 1971/72 erfuhr die Politik der sozialliberalen Koalition Kritik aus der eigenen Regierungsmannschaft: Finanzminister Möller und später Superminister Schiller fanden kein Gehör und traten daraufhin zurück. Während noch Eppler vom "Test der Leistungsfähigkeit des Kapitalismus" schwärmte begründete Schiller seinen Rücktritt mit der Formel: "Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut."

Doch unter den spürbaren Einwirkungen der beginnenden Rezession begannen die SPD und auch die Bundesregierung, ihre Einschätzung nach und nach zu revidieren. Diese Entwicklung fand auf der programmatischen Ebene ihren Ausdruck in der Verwerfung des ersten Entwurfs des OR 85 und dem Beginn einer neuen Diskussion über die Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik. Auf politisch-personeller Ebene manifestierte sie der Rücktritt Willy Brandts.

Bevor wir auf die Reaktion der SPD und ihrer Regierungsmannschaft auf die veränderte ökonomische Situation eingehen, wollen wir kurz einige Tendenzen der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung darstellen.

Der Konjunktureinbruch von 1973/74 in der BRD mit schnell ansteigenden Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen verschärft lediglich eine Entwicklung, die sich auf dem Arbeitsmarkt bereits seit Jahren abzeichnet. Die Arbeitslosenzahlen beweisen deutlich, daß die Quote bereits seit 1970 kontinuierlich ansteigt. Lag sie 1970 noch bei 0,7%, betrug sie 1971 0,9%, 1972 1,1%, 1973 1,3% 1974 2,7% und 1975 ca. 5%. Bereits im Konjunkturaufschwung 1973 hat sie zugenommen, haben die Unternehmer versucht, den Personalbestand so klein wie möglich zu halten.

Dies ist untrennbar mit dem "spezifischen Charakter" der gegenwärtigen Inflation verbunden: "können die Unternehmer in ihrer Gesamtheit unter den Bedingungen einer zunehmend monopolistischen Konkurrenz die Preise selbst in Situationen ohne diesen Nachfrageüberschuß anheben, um die höheren Preise durchzusetzen, so schränken sie lieber das Warenangebot (und damit auch Produktion und Beschäftigung) so lange ein, bis es von der Nachfrage zu den überhöhten Preisen abgenommen wird." (rororo, Jugendarbeitslosigkeit)

Daneben reagieren die Unternehmer auf die Einschränkung ihrer Profitration seit 69 mit verstärkter Rationalisierung und "Personalkostenbereinigung", was sich jetzt in der Preissetzung von Arbeitskräften niederschlägt.

Die permanente Tendenz zu *Inflation und Arbeitslosigkeit* trifft für alle kapitalistischen Staaten gleichermaßen zu. Am schärfsten bekämpfte die USA diese Tendenz und so läßt sich dort auch am deutlichsten das Scheitern der eingesetzten Instrumentarien festmachen. Nachdem Lohn- und Preisstop, Apelle des Präsidenten an die Bevölkerung, optimistische Einschätzungen der Regierung, Konjunkturprogramme sowie Währungs- und Geldpolitik – um die wichtigsten Spielarten kapitalisitscher Wirtschaftspolitik zu nennen – keinen Erfolg zeigten (Arbeitslosigkeit und Inflation sind nicht zurückgegangen, statt dessen hat sich der Druck verschärft) diskutiert man nun unterschiedliche Arten der Investitionslenkung.

Die Bundesrepublik kämpft ebenfalls mit allen Instrumenten der bürgerlichen Ökonomie gegen Inflation und Arbeitslosigkeit an. Der Teilerfolg, nämlich im internationalen Vergleich recht gut dazustehen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Preis dafür z.B. zerrüttete Staatsfinanzen sind.

	Staatsausgaben (Bund, Länder u. Gemeinden)	durch Schulden finanziert
1973	284 Mrd.	13 Mrd. 1/20 d. Ausg.
1974	319 Mrd.	30 Mrd. 2/20 d. Ausg.
1975	350 Mrd.	70 Mrd. 4/20 d. Ausg.

Die obige Tabelle zeigt die Entwicklung der Staatsfinanzen in der BRD auf. 70 Mrd. DM Defizit kennzeichnen die Krise der Staatsfinanzen, in der sich die Krise des Kapitalismus widerspiegelt.

Wie reagiert nun die SPD auf die veränderten Konstellationen? Heute redet man nicht mehr vom „Test der Leistungsfähigkeit des Kapitalismus". Mit Milliardenprogrammen versucht die Bundesregierung, einen baldigen Wiederaufschwung zu begünstigen. Politische Zugeständnisse (zum Beispiel Abstoppen von Reformen, für die ohnehin der Druck der Wähler nachläßt) streben eine Besserung des "Investitionsklimas" an.

Und welchen Weg gehen Schmidt und Genscher um die Staatsfinanzen zu sanieren? Ausgenblicklich sehen sie zwei Möglichkeiten:

- die staatlichen Einnahmen durch Steuererhöhungen an die gestiegenen Ausgaben anzupassen
- die Ausgaben durch Einsparungen an die zurückgebliebenen Einnahmen anzugleichen.

Sanierungsbeschlüsse	Kürzung der Ausgaben im Bund gegenüber bish. Haushaltsplänen	Erhöhung der Einnahmen aus Steuern u. Abgaben
1976	3,6 Mrd. DM	4,3 Mrd. DM
1977	6,7 Mrd. DM	13,5 Mrd. DM
1978	5,5 Mrd. DM	16,0 Mrd. DM
1979	6,1 Mrd. DM	17,4 Mrd. DM

Vor der Verwirklichung stehen: Erhöhungen der Mehrwert-, Tabak- und Branntweinsteuer; Stellenstop im öffentlichen Dienst; Einschränkung staatlicher Leistungen; Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Rücknahme angekündigter Reformen (vor allem im Bildungsbereich).

Damit gerät wieder einmal die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung in Widerspruch zu den Interessen der Arbeitnehmer. Konflikte bahnen sich an, denn die oben angeführten Maßnahmen können nur greifen, wenn Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht in die Lohnforderungen der nächsten Tarifrunden eingehen. Eine Regierung, die mit dem Anspruch antrat, Reformen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen, sieht heute keine andere Überlebenschance mehr, als durch die Sanierung der Profiteure die Voraussetzungen für einen neuen ökonomischen Aufschwung zu schaffen.

Das Dilemma der SPD-Wirtschaftspolitik und die Folgen für die Situation der Parteilinken

Die konkrete Reaktion der Sozialdemokratie auf die Krise verdeutlicht, daß ihr Konzept auf der Logik des Kapitalverwertungsprozesses aufbaut. Die Sanierung der Profite wie die der Staatsfinanzen muß zu Lasten der Lohnabhängigen durchgeführt werden, wenn zentrale Strukturen des Systems unangetastet bleiben. Das immer noch proklamierte Ziel der SPD, soziale Leistungen ausdehnen und Reformprogramme realisieren zu wollen, ist unter den Bedingungen einer Ökonomie, die sich am Profitmotiv ausrichtet, nicht zu verwirklichen.

Trotz der gegenwärtigen Krise, für die die SPD-Regierung mitverantwortlich gemacht wird, erfreut sie sich nach wie vor einer großen Massenloyalität. Dieses Phänomen erstaunt, wenn man bedenkt, daß sie es war, die der CDU in der Krise von 66/67 vorwarf, diese durch eine falsche Politik bewirkt zu haben, und von sich selbst behauptete, sie sei in der Lage stetiges Wachstum (was Krisen ausschließt) zu garantieren.

Dank des geschickten Umgangs mit dem vorhandenen Instrumentarium, der gegenwärtig noch reibungslos funktionierenden sozialen Absicherung der Arbeitslosen, der Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, und der international vergleichsweise günstigen Stellung vermag die Regierung den Schwund an Vertrauen in ihre Fähigkeiten, die Krise zu bewältigen, zur Zeit noch in Grenzen zu halten.

Das erstaunliche Maß an Massenloyalität, daß nicht nur der SPD, sondern auch dem kapitalistischen System zugute kommt, ist unter anderem eine der Ursachen für die mangelnde Unterstützung sozialistischer Alternativen.

Ihre gegenwärtig noch recht feste Stellung möchte sich die SPD nicht durch verunsichernde Äußerungen von Linken gefährden lassen. Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes erhebt sich allerorten die Forderung nach einheitlicher Darstellung der Partei.

Ausdruck dieses Bestrebens ist die gegenwärtige Offensive der Rechten in der SPD gegen alles, was ihre derzeitige Position gefährdet. Dem Angriff auf linke Positionen, der hervorgerufen wurde durch die Defensive der Partei in der Gesellschaft, die sich in den Wahlniederlagen manifestiert, liegt die Einschätzung zugrunde, allein eine einheitliche Aussage vermöge das verlorengegangene Vertrauen wiederherstellen.

Besteht unter diesen Bedingungen für die Linke in der SPD eine andere Perspektive als sich dem Druck zu beugen und sich damit zu unkritischen Verkäufern Schmidt-Brüning'scher Sparpolitik auf dem Wahlmarkt der Parteien zu degradieren?

Aufgabe der SPD-Linken in der derzeitigen Situation

Grundlage der Strategie der Jusos bildet der Beschluß eines Bundeskongresses in dem es heißt:
"Die entscheidende Frage ist, wie können wir dazu beitragen, daß sich die organisierte Macht der Arbeiterklasse in einem solchen Maße entfaltet, daß in Antwort auf sozialistische Reformen auftretende Krisenreaktionen der Unternehmer sich gegen diese selbst kehren und zwar dergestalt, daß die Arbeiter schließlich die vom Kapital in der Krise stillgelegte Produktion selbst übernehmen. Damit die Arbeiter zu einem solchen Schritt revolutionärer Umgestaltung der Produktionsverhältnisse organisatorisch wie machtpolitisch imstande sind, fördern wir in den ständigen Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen die Entwicklung von Formen der Selbstorganisation im Betrieb, in Stadtteilen, Schulen etc."

Dieses zentrale Element der Strategie besitzt nach wie vor in der theoretischen Diskussion unangefochtene Gültigkeit. In der praktischen Arbeit dagegen sind 2 gefährliche Tendenzen feststellbar:

1. Basisarbeit zur Entfaltung von Gegenmacht kommt zu kurz. Vor allem in letzter Zeit richten sich die Aktivitäten fast restlos auf die Arbeit in Parteigremien und Parlamenten.

2. Diese Entwicklung wird begünstigt und verstärkt durch die Verschärfung des Klimas in der SPD, verbunden mit der innerparteilichen Disziplinierung, die parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung verläuft. Da die Jusos in kaum einem gesellschaftlichen Bereich nennenswert verankert sind, sind die Möglichkeiten der Erzeugung von Gegendruck gering.

Hiervon ausgehend besteht die aktuelle Aufgabe darin, an den durch die Krise praktisch erfahrbaren Widersprüchen Ansatzpunkte für systemkritisches Bewußtsein zu entwickeln. Das Ablösen der Sozialstaatsillusion durch das Begreifen, daß zur Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse die Ökonomie, die sich am Profit orientiert, einer Ökonomie weichen muß, die sich an den auftretenden Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet, muß gegenwärtig als wichtigste Zielperspektive angesehen werden.

Im anstehenden Bundestagswahlkampf wird sich die SPD-Linke zu entscheiden haben, ob sie für die (als falsch erkannte) Politik Helmut Schmidts eintritt, oder ob sie alternative Konzeptionen in die Öffentlichkeit trägt. Das Verhalten der Genossen, die sich unter dem gegenwärtigen Druck resignierend zurückziehen bzw. Positionen aufgeben, ist unserer Auffassung nach keine Lösung. Gerade unter den Bedingungen der gegenwärtigen Krise scheint es uns notwendig zu sein, die entwickelten Positionen in der Partei und der Öffentlichkeit offensiv vorzutragen, wobei die Erfahrbarkeit der sich verschärfenden Widersprüche die Aufnahmebereitschaft für sozialistische Positionen positiv beeinflussen dürfte.

Juso Autorenkollektiv

1) OR 85: Langzeitprogramm der SPD; hier wird versucht, auf der Basis einer Einschätzung der ökonomischen Entwicklung politischer Perspektiven zu definieren.
2) Dies drückt sich in einem Vorwurf Ehrenbergs an die CDU/CSU aus, denen er nachsagt, die Krise von 1966/67 dadurch verursacht zu haben, als "nur der Mut zur Anwendung (der vorhandenen Instrumente, die Verfasser) beziehungsweise die richtige Einschätzung der Situation gefehlt hat."

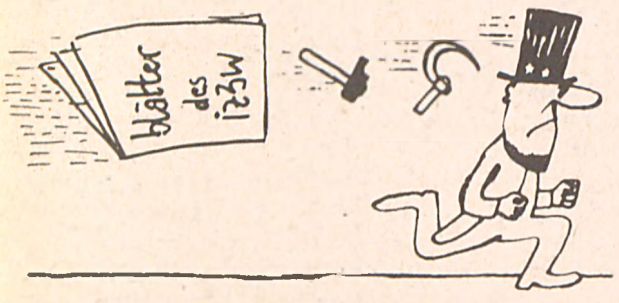
Auf der Suche nach Illustrationen für den Männergruppenartikel stießen wir in einer späten französischen Ausgabe der "Eloge de la Folie" (siehe Abb.) auf Holbeins Vision unseres Außenministers.

Ein Viertel Jahrtausend mußte ins Land gehen, damit sein Traum Gestalt annahm. Es ist sicher das schönste und zutreffendste Portrait Genschers. Die Frage bleibt allerdings offen, welcher kantige Kauz ihn da durch die politische Landschaft führt.

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003

Die blätter des iz3w enthalten regelmäßig eine „Chronik der abhänigen Welt + geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend der Massen in der Dritten Welt + beleuchten die „Entwicklungshilfe" + erörtern Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen + nehmen Teil an der Diskussion über Dritte-Welt-Arbeit in der BRD



Abonnement (10 Nummern im Jahr) DM 25,– für Studenten etc. DM 18,–
Probenummer bestellen!

L'ELOGE
DE
LA FOLIE,
COMPOSÉ
En forme de Declamation
PAR ERASME,
ET TRADUIT
PAR Mr GUEUDEVILLE.
Avec les Notes de GERARD LISTRE,
& les belles Figures de HOLBEIN.
Le tout sur l'Original de l'Académie de Basle.
NOUVELLE EDITION,
Revûë avec soin, & mise dans un meilleur ordre.

A AMSTERDAM,
Chez FRANÇOIS L'HONORE'.
M. DCC. XXXI.

Hände weg vom Nulltarif

ZUR ANTI-SCHWARZFAHRER-KAMPAGNE IN FRANKFURT

Das vierseitige Faltblatt wird den Strom-, Wasser- und Gasrechnungen beigelegt, gelangt also in alle Haushalte, die von den Frankfurter Stadtwerken versorgt werden. An den FVV-Verkaufsstellen liegt das Faltblatt aus. Seine wesentlichen Elemente werden in den öffentlichen Verkehrsmitteln plakatiert und als Annonce z.B. in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht.

Die Illustrationen

Der Schwarzfahrer zieht dem Fahrscheinkäufer das Geld aus der Tasche. Dieser Fahrscheinkäufer repräsentiert seiner Erscheinung nach mit Brille, leicht heruntergezogenen Mundwinkeln, schmalen Lippen, Trachtenjacke, Schlips und Kragen sowie leicht gebeugten Schultern den kleinen Mann, der seine Pflicht tut.

Löwenthal und Guterman weisen in ihrer Analyse antisemitischer faschistischer Propagandisten der USA der 40er Jahre darauf hin, daß "die vom Agitator vorgetragenen Beschwerden sich nie auf genaues Material oder einen exakt definierten moralischen Zustand beziehen. Die einzigen Konstanten in der ganzen Unzahl dieser Beschwerden sind Gefühle oder Gefühlskomplexe, die sie ansprechen" (S. 10). Diese Gefühlskomplexe sind Mißtrauen, Abhängigkeit, Ausgeschlossenheit, Angst und Desillusionierung, die auch im Faltblatt des FVV angesprochen werden:

Um den Automaten zu bedienen, wahrt der kleine Mann einen Sicherheitsabstand. Er streckt den Arm aus, und er muß ihn nach oben recken, um den Geldeinwurfschlitz zu erreichen. Das geschieht nicht mit einer raschen Bewegung. Es ist hierfür notwendig, eine konzentrierte Haltung einzunehmen. Der aufmerksame Blick auf das Anzeigenfeld, der zurückgelegte Kopf und die überproportionale Größe des Automaten suggerieren die Position hilfloser Unterlegenheit gegenüber mächtigen Apparaturen.

Trachtenjacke, Schlips und Kragen sind Symbole der traditionellen Werte, die in Gefahr sind. Als Ausdruck von Desillusionierung ist der Mund skeptisch heruntergezogen und zu einem schmalen Strich zusammengekniffen. Daran, daß andere sich an ihm bereichern unf auf seine Kosten leben, erinnert das Geld, das ihm aus der Tasche gezogen wird, während er das harte Los der Pflichterfüllung auf sich nimmt.

Der FVV gibt diesen Emotionen eine Richtung in der Figur des Schwarzfahrers, der das Geld einscheffelt. "Wer schwarzfährt, fährt auf Ihre Kosten". Der Schwarzfahrer wirkt wie ein lästiges Ungeziefer. Mit seinem schraffierten Körper gleicht er einer fetten Spinne mit behaarten Extremitäten. Mit ihm in Berührung zu kommen, ruft Abscheu hervor. Die Hausfrauenhand ergreift ihn wie einen schmutzigen Lappen und befördert ihn mit abgespreizten Fingern in den Abfall.

Die Funktion dieser Feinddarstellung haben Löwenthal und Guterman so beschrieben: "Diese Kleinlebewesen scheinen gerade die heimtückischen Eigenschaften des Feindes hochgradig zu symbolisieren. Sie sind allgegenwärtig, listig, bedrohlich nahe, erwecken den Wunsch nach Ausrottung, und viele von ihnen sind – dies ist eine ihrer wichtigsten Merkmale – dem bloßen Auge unsichtbar und nur der Agitator kann als Experte ihr Vorhandensein nachweisen. Die Ansteckungsgefahr ist viel zu groß, als daß man sich erst mit einer langwierigen Analyse aufhalten könnte. Es ist vielmehr nötig, sobald als möglich, 'das Ungeziefer' zu vernichten, 'die Pestillenz auszurotten', um einer Epidemie vorzubeugen." (S. 44)

Auf Seite 2 brechen die sechs Schwarzfahrer, die dichtgedrängt auf dem Dach der Straßenbahn sitzen, den Wagen in der Mitte durch. Zwei Eigenschaften werden hier betont: ihre Stärke und ihre Massenhaftigkeit. Wie schon auf Seite 1 ist der einzelne Schwarzfahrer größer als der Straßenbahnbenutzer, die Gefahr, die von ihm ausgeht, ist allerdings eindringlicher dargestellt: sie bewirken den Zusammenbruch des Verkehrs. Daß sie dabei die Haltung von Demonstranten, die auf den Schienen sitzen, einnehmen, begünstigt ihre Rezeption als "bedrohliche Masse".

Die normalen Bahnbenutzer sind als biedere Brillenträger gezeichnet, was ihre Hilflosigkeit gegenüber heimtückischen Schwarzfahrern und Demonstranten unterstreicht. Die "Gemeinschaft aller Bürger" ist zu ihrem Schutz auf die große Hand auf Seite 4 angewiesen. Die besondere Gestaltung dieser Hand läßt die Säuberungsaktion als Hausputz erscheinen, eine harmlose Angelegenheit.

Die verschobenen Größenverhältnisse entlarven die anfängliche Stärke des Feindes und seine Schwäche. "Jetzt geht's den Schwarzfahrern an den Kragen."

Nach eigenen Angaben verliert der FVV durch Schwarzfahren jährlich 4 Millionen Mark. Gemessen an den Unterhaltungskosten von über 500 Millionen Mark sind das weniger als ein Prozent, die aber auch durch verstärkte Kontrollen und eine Kam Kampagne gegen Schwarzfahrer nicht restlos einzutreiben sind. Außerdem ko - sten beide Maßnahmen zusätzliches Geld.

"Wahrscheinlich ist der Anhänger des Agitators gar nicht einmal so fest davon überzeugt, daß das hilflose Opfer wirklich gefährlich ist. Vielleicht ist er sich undeutlich dessen bewußt, daß das Opfer gar nicht an dem schuld ist, was man ihm zur Rechtfertigung des eigenen Angriffs vorwirft."

Am Defizit des FVV sind die Schwarzfahrer genau so viel oder so wenig beteiligt wie die Fußgänger-, Auto- und Radfahrer. Wie alle Steuerzahler finanzieren sie zwei Drittel der Unterhaltungskosten, noch ehe sie eine Leistung des FVV in Anspruch genommen haben.

"Aber vielleicht ist es gerade die Auswahl dieses schwachen Feindes, die dem Anhänger seine tiefverwurzelte Angst wieder ins Bewußtsein ruft, er könne auch einmal gezwungen sein, die Rolle des Feindopfers zu spielen." (S. 47)

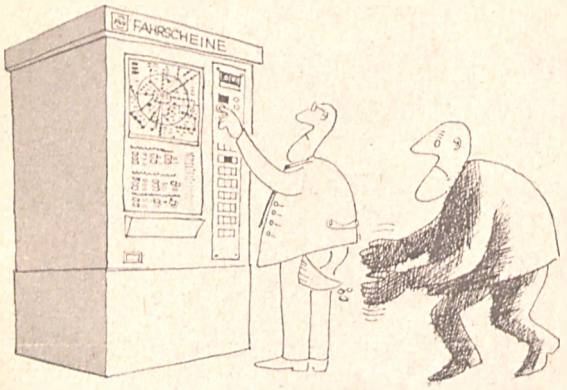
Die Kampagne gegen Schwarzfahrer leistet mehr als ihren ökonomisch bedeutungslosen Beitrag zur Stärkung der Zahlungsmoral. Der Angriff gilt allen widersetzlichen Elementen und meint besonders den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung. "Darum wird jetzt härter durchdurchgegriffen."

"Die Schwäche des Feindes wird zum Symbol des nutzlosen und jämmerlichen Protests, den der Anhänger gegen seine eigene Unterdrückung erhebt." (S. 48)

Die Umwandlung des Feindes "vom gefährlichen Verfolger zum verfolgten Opfer" erfolgt nicht als bloße Ersetzung des einen Aspekts durch den anderen, sondern "im Bild, das sich der Zuhörer vom Feind macht, leben beide Vorstellungen weiter fort."

Diesen Kernpunkt des Feind-Themas bezeichnen Löwenthal und Guterman so: "Nur dann nämlich erwacht wirkliche

Wer schwarzfährt, fährt auf Ihre Kosten.



Eine Information des FVV zum Thema Schwarzfahrer.

FVV

Warum das Schwarzfahrer-Problem uns alle drückt.

Durch Schwarzfahrer – und mutwillige Sachbeschädigungen – werden allein im FVV jährlich Schäden von mehreren Millionen DM verursacht.

Die Gemeinschaft aller Bürger muß jede Schwarzfahrt mitbezahlen, denn Busse und Bahnen werden von allen Bürgern unterhalten.

Auch von Ihnen.

Jeder kann die Leistungen des FVV nutzen. Aber Leistungen kosten Geld. Wußten Sie, daß die Fahrpreise nur ein Drittel der Kosten decken? Zwei Drittel zahlt die Öffentliche Hand.

Jetzt geht's den Schwarzfahrern an den Kragen.

Schwarzfahren ist kein Kavaliersdelikt, keine sportliche Leistung. Es ist unsportlich und unfair. Und jeder Schwarzfahrer greift auch in Ihre Tasche. Er hat deshalb Ihr Verständnis nicht verdient.

Darum wird jetzt härter durchgegriffen. Im Berufsverkehr genauso wie abends und am Wochenende.

Heben Sie bitte Ihren Fahrausweis bis zum Haltestellen-Ausgang auf, denn erst dort endet Ihre Fahrt. Und Sie müssen künftig damit rechnen, erst dort nach Ihrem Fahrausweis gefragt zu werden.

Wenn Sie ein gutes Gewissen haben, das heißt einen gültigen Fahrausweis in der Tasche, werden Sie für diese Maßnahme Verständnis haben. Empfangen Sie deshalb bitte den nächsten Kontrolleur freundlich. Das kostet Sie nichts und hilft ihm (oder ihr, falls es eine Dame ist), den schweren Dienst leichter zu tun.

Damit Sie nicht versehentlich schwarzfahren.

Bereits beim Betreten der FVV-Fahrzeuge müssen Sie einen gültigen Fahrausweis haben. Denn in Straßen-, Regional- und U-Bahnen werden keine Fahrscheine mehr verkauft.

Deshalb: Holen Sie sich den Fahrschein vor Fahrtantritt am blauen Automaten an der Haltestelle.

Bei den Bussen gilt: Dort verkauft der Fahrer den Fahrschein. Der Grund für diese Ausnahme: An vielen Bushaltestellen steigen nur wenige Fahrgäste zu, so daß sich die Investition eines Automaten hier nicht lohnt.

Halten Sie bitte immer Ihren Fahrausweis griffbereit – bis zum Ende der Fahrt. Künftig müssen Sie damit rechnen, bei besonderen Kontrollen am Ausgang nach Ihrem Fahrausweis gefragt zu werden.

Wenn Sie mit Zeitkarte fahren, muß Ihre Kundenkarte eine Wertmarke haben. Eine gültige, versteht sich. Und gültig ist sie erst, wenn Sie Ihre Kundenkartennummer draufgeschrieben haben.

Feindseligkeit gegen das Opfer, wenn man sich halb und halb von ihm verfolgt wähnt. Die Jagd stellt immer einen Akt der Notwehr dar."

Typisch für die faschistische Agitationstechnik ist die Verwandlung antikapitalistischer Ressentiments wie des Gefühls, von anderen ausgenutzt und geschädigt zu werden, in den Zorn auf eine Minderheit, die im Unterschied zur Minderheit der Herrschenden schwach und ohnmächtig ist, daß sich scheinbar jeder straflos an ihr vergreifen kann.

Die politische Problematik der Fahrpreisgestaltung wird zugedeckt mit der Kampagne gegen Schwarzfahrer. Um überhaupt als Sündenbock für die Fahrpreiserhöhungen herhalten zu können, werden im Faltblatt "mutwillige Sachbeschädigungen" hinzugenommen, um auf "Schäden von mehreren Millionen DM" zu kommen. Der Sündenbock soll von den wirklichen Problemen ablenken und als Ventil für die Unzufriedenheit mit dem FVV herhalten.

Dazu müssen die Schwarzfahrer als festumrissene Gruppe konstituiert werden, die den zahlenden FVV-Kunden gegenübertritt. Schwarzfahren als Gelegenheitsverhalten eines jeden wird zum ausgrenzenden Spezifikum einer Gruppe, der gegenüber "Sie gutes Gewissen haben, das heißt, einen gültigen Fahrausweis in der Tasche."

Untersuchungen in mehreren westdeutschen Städten haben ergeben, daß 1,5 bis 3% der Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln schwarzfahren – quer durch alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Im Unterschied zur antisemitischen Propaganda läßt sich der Sündenbock nicht an sozialen, biologischen oder äußerlichen Merkmalen festmachen.

Das Faltblatt unterdrückt die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhung und versucht stattdessen zu begründen: "Warum das Schwarzfahrerproblem uns alle drückt." Die Forderung nach Nulltarif und die Versuche, gemeinsame Schwarzfahrerkassen aufzubauen, werden aufgelöst in die Empfehlung, "nicht versehentlich schwarzzufahren". Die politische Seite des FVV wird neutralisiert mit Verhaltensanweisungen für den Fahrscheinkauf und bei Kontrollen:

"Wußten Sie?", "Holen Sie", "Halten Sie", "Empfangen Sie" – auf diese Weise werden aufgenötigte, genormte und allgemeine Dinge und Funktionen als speziell für Sie dargeboten (Marcuse) und in die Watte der vertraulichen Anrede verpackt.

Daß für den einzelnen gesorgt wird, ist keine Frage. Der FVV entpuppt sich als Wohltätigkeitsverband: "Wußten Sie, daß die Fahrpreise nur ein Drittel der Kosten decken? Zwei Drittel zahlt die öffentliche Hand." Was für ein großzügiges Geschenk. Ihm ist nicht mehr anzusehen, daß es von den eigenen Steuern finanziert wird, denn diese stammen auch von den Schwarzfahrern.

Ausgespart wird im Faltblatt die Aufforderung, Kontrolleure aktiv zu unterstützen, wenn ein Schwarzfahrer entwischen möchte. Der Fahrgast soll erst einmal Verständnis für verstärkte Kontrollen entwickeln. Hat er das nicht? "Unsere Bediensteten werden geschlagen, getreten und aus dem Zug geworfen", sagt Kurt Frenz, Leiter der Kundendienstabteilung Verkehr. Leute mit gültigem Fahrausweis suchen so lange nach ihrer Kundenkarte, daß die Kontrolle aufgehalten und behindert wird.

Das Faltblatt will dieser Stimmung entgegenwirken und die mitunter offene Sympathie der anderen Fahrgäste mit Schwarzfahrern untergraben. Die dazu bemühte ökonomische Argumentation ist absurd, aber sie muß absurd sein, um die wirklichen Probleme zu verdecken.

Die Anti-Schwarzfahrer-Kampagne reduziert das Problem der Defizite der öffentlichen Haushalte auf eine für die mögliche Defizitregulierung irrelevante Gruppe. Massenpsychologisch soll der Schwarzfahrer-Sündenbock Ressentiments auf sich ziehen, die politisch gewendet die Interessen des Kapitals und ihm verbundener Verwaltungen gefährden.

Als in Rom das letzte Mal Tarife erhöht wurden, sind viele Leute schwarzgefahren. Nicht nur Schüler und Studenten, auch Arbeiter, Hausfrauen und alte Leute. Kontrolleure wurden aus den Bussen vertrieben. Wenn dann die Polizei kam, um den Fahrpreis abzukassieren, haben sich viele gewehrt,auch Rentnerinnen haben ihre Schirme gegen die Polizei eingesetzt. Sie haben gesagt: "Wir können nicht mehr zahlen, wir können's nicht mehr!"

Naturfreundejugend Frankfurt

AMILCAR-CABRAL GESELLSCHAFT e.V.

Einladung zum Kongress "Gesundheitswesen für das Volk"

- Das Beispiel der Kapverdischen Inseln -

Diese Einladung richtet sich besonders an Ärzte, Krankenschwestern, Laboranten usw., die erwägen, auf den Kapverdischen Inseln zu arbeiten.

17./18. Jan. 1976 im Schulzentrum des Deutschen Roten Kreuzes in Meckenheim bei Bonn

Anmeldung: Klaus Labudde, 44 Münster, Grevenerstr. 432

SELBSTBESTIMMUNG DER FRAU- EINE GEFAHR FÜR DEN STAAT?

Seit der Razzia der Kriminalpolizei und der politischen Polizei im Frankfurter Frauenzentrum und den anschließenden Protestaktionen im Juli dieses „Jahres der Frau" ist es in der Öffentlichkeit wieder still geworden um die Not derer, die jetzt und hier eine ungewollte Schwangerschaft nicht austragen können – wie auch um die Perspektive aller Frauen zum Problem der Abtreibung.

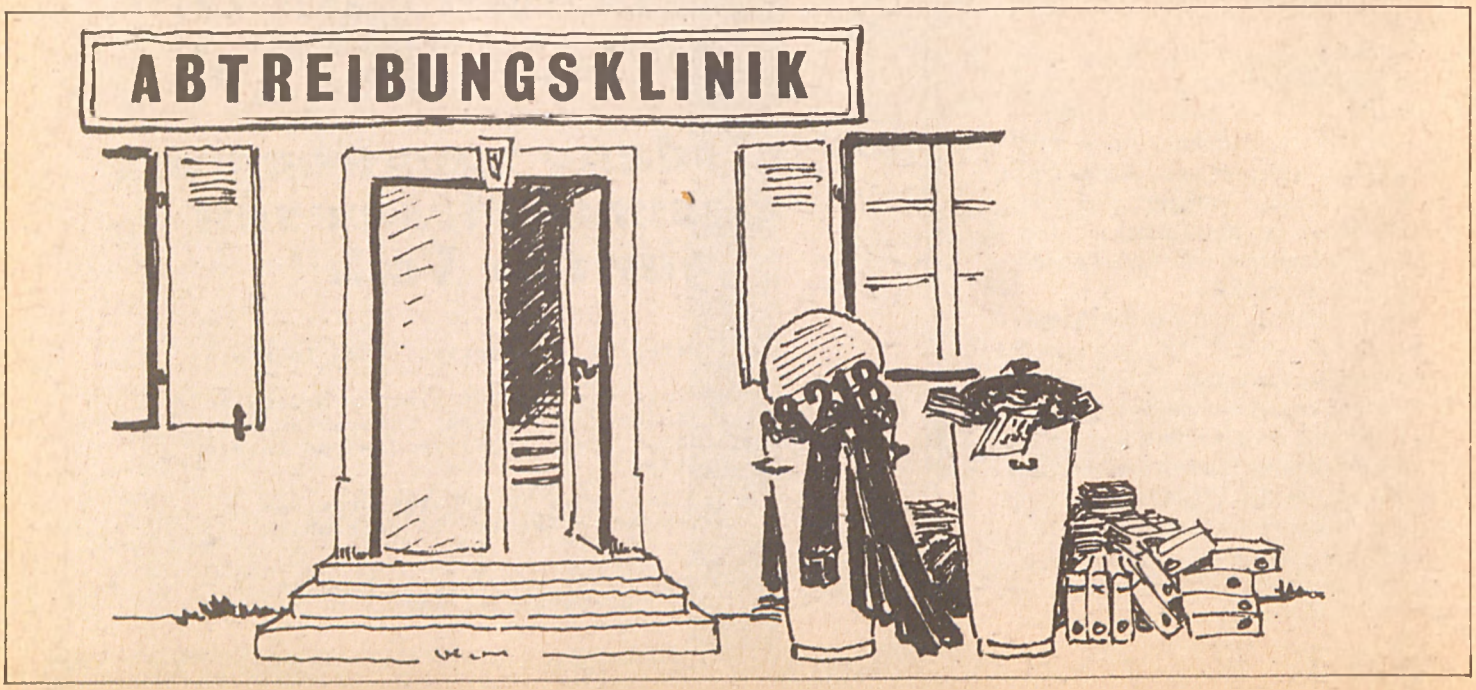
Schweigen im bundesdeutschen Blätterwald – abgesehen von offiziösen Meldungen über den Fortgang jenes erneuten parlamentarischen Begräbnisses der Frauenwürde, das gemeinhin Reform des Paragraphen 218 genannt zu werden pflegt. Schweigen auch bei den Parteien, Verbänden und politischen Gruppen, in deren früheren Resolutionen zum § 218 ganz anders gefordert wurde, als das, womit sie sich jetzt, im Sog des allgemeinen konservativen roll-back zufrieden geben werden. Resign action, Angst und Vereinzelung als Folge der politischen Repression und Existenzunsicherheit in der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, als Folge von Berufsverboten, Säuberungen in Betrieben, Institutionen und Parteien, als Folge der Bespitzelung, der Unterdrückung und der Diskriminierung von Widerstand als kriminell.

Im Schutze solcher politischen Grabesruhe hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt inzwischen 15 Verfahren gegen Frauen aus dem Frauenzentrum eingeleitet. Die Ermittlungen betreffen laut Vorladung den § 218, also Beihilfe zur Abtreibung – und den § 129, das bedeutet Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Mit diesem unerhörten und unhaltbaren Vorgehen der Staatsanwaltschaft hat die Repression gegen das Frauenzentrum ein neues Stadium erreicht: Kriminalisierung als ein großangelegtes Manöver der Spaltung und Einschüchterung aller Frauen, die nicht weiter gewillt sind, untätig und untertänig zuzusehen, wenn im kapitalistischen Staat, in der patriarchalischen Gesellschaft ihre Rechte zertreten, ihre Bedürfnisse und ihre Interessen beiseitegeschoben und unterdrückt werden. Die Eröffnung der Verfahren in Frankfurt – sowie von Verfahren in ähnlich gelagerten Fällen in Stuttgart, Nürnberg und Augsburg – begreifen wir als eine Offensive gegen die überall entstehenden Initiativen und Organisationen von Frauen, die ihre Probleme autonom angehen, die sich zu wehren beginnen – und zwar nicht nur gegen den § 218!

Wie sieht unser angebliches „Delikt" aus, welche Interessen stehen hinter dem Versuch, uns zur kriminellen Vereinigung zu stempeln? Das Frauenzentrum hat anläßlich der Blockade der Fristenlösung und der Weichenstellung für die kommende Minimalreform des § 218 durch das Bundesverfassungsgericht im Februar 1975 zur Strategie der Selbsthilfe als Praxis einer kollektiven und organisierten politischen Gegenwehr aufgerufen. Diese Strategie bedeutet einen Abschied nehmen von „parlamentarischen Illusionen", und sie beinhaltet den Versuch, die von der breiten Frauenbewegung in der BRD geforderte ersatzlose Streichung des § 218 in der Praxis durchzusetzen. Das bedeutet z.B. den Kampf um Abtreibungskliniken, in denen allein die Frauen selbst, als die einzig Berechtigten, eine wie auch immer genannte Indikation für sich stellen und feststellen – das bedeutet als unmittelbares Vorgehen, als von der gegenwärtigen Situation diktierte Zwischenlösung eine Vermittlung ins liberale Ausland: Also eben jene Organisierung von Busfahrten nach Holland, die nun zum Anlaß und zum Vorwand für die juristische und politische Verfolgung des Frauenzentrums genommen wurde.

Die Anklageerhebung gegen das Frauenzentrum wegen Beihilfe zur Abtreibung ist Produkt einer Politik der Heuchelei: seit Jahren ist der Staatsanwaltschaft bekannt, daß wir abtreibungswilligen Frauen Adressen im Ausland vermitteln – und nicht nur wir tun das. In nahezu jeder Zeitschrift wurden in den letzten Jahren Abtreibungsadressen veröffentlicht – man befrage die Leserbriefredaktionen, wieviel sie noch heute mit Anfragen zu diesem Problem zu tun haben. Hochangesehene Institutionen wie Caritas, Sozialstationen, pro familia, Frauenorganisationen der Parteien und honorige Ärzte vermitteln ins Ausland. Wo bleibt die Anklage gegen sie – sind SPD-Unterausschüsse etwa kriminelle Vereinigungen?

Das „Delikt" also kann nicht die Beihilfe zur Abtreibung sein, denn die wird überall geleistet und toleriert – und schließlich geht es den Verfechtern des § 218 ja auch weniger um die Verhinderung von Abtreibungen, als umso mehr um die Aufrechterhaltung von Gebärzwang, Familienghetto, Unmündigkeit



und allen damit verbundenen reaktionären patriarchalischen Ideologien. Unser „Delikt" kann also nur eines sein: Wir verletzen die Spielregeln; wir geben nicht hinter vorgehaltener Hand dunkle heimliche Hinweise – wir unterminieren das Abtreibungsverbot offen, offensichtlich und kollektiv. Das aber ist gefährlich für den Staatsapparat, denn solcher Widerstand könnte Schule machen. Toleriert werden kann nur die Frau, die demütig und angstvoll in die Illegalität geht, wenn sie eine Abtreibung braucht: Nicht tolerieren werden können dagegen die Frauen, die sich offen widersetzen, die sich gegen diesen „Rechtsstaat" ihr Recht nehmen: Und das sind in unserem Fall nicht nur die Mitglieder des Frauenzentrums, das sind und werden zunehmend eben auch die Frauen, welche in unsere Sprechstunden kommen – die Frauen, die in Bussen nach Holland fahren.

Die Zahl der Frauen, welche die Vermittlung des Frauenzentrums nach Holland in Anspruch nehmen, ist seit der Razzia im Juli so beständig gewachsen, daß sie den Rahmen unserer Möglichkeiten zu sprengen droht. Die Zahl derer wächst, weil die § 218-Misere unverändert weiter besteht, weil wir bekannter geworden sind – und weil bisher leidlich liberale Institutionen die Frauen jetzt im Stich lassen. Das ist eine erste Auswirkung der Kriminalisierungskampagne; plötzlich bekommen hilfesuchende Frauen z.B.bei pro familia keine Auslandsadressen mehr, sondern Ermahnungen zur Demut und Warnungen vor dem Gang ins Frauenzentrum. Dennoch kommen diese Frauen zu uns, denn sie haben selten eine andere Wahl.

Es wächst aber auch die Zahl der Frauen, die nach einem ersten Gang in die Sprechstunde oder im Anschluß an eine Abtreibungsfahrt nach Holland wieder ins Frauenzentrum zurückkommen – die mitarbeiten wollen, die sich einer Gruppe anschließen. Das Frauenzentrum umfaßt inzwischen ca. 250 – 300 Frauen in etwa 30 Gruppen – und viele Sympathisantinnen – die sich mit allen Gesichtspunkten und Problemen der Unterdrückung der Frau befassen und Gegenstrategien zu entwickeln suchen:

Und das ist es, was den Staatsanwalt/den Staatsapparat so beunruhigt! Es ist das Echo, das unsere Aktionen finden, die Solidarität und Gegenöffentlichkeit unter den Frauen, die so entstehen können!

Wir müssen diese Gegenöffentlichkeit ausweiten. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Misere des § 218 totgeschwiegen wird! Und wir dürfen auch nicht zusehen, wenn berechtigter Widerstand gegen diese Misere brutal und willkürlich niedergeschlagen werden soll: Verhindern wir das Ansinnen des Staatsapparates, konsequente Gegnerinnen zu kriminalisieren und damit auch zu isolieren!

pupille

k i n o i n d e r u n i festsaal studentenhaus

	2oh	22.15h
do, 11.12.	SIEBEN ERZÄHLUNGEN AUS DER VORGESCHICHTE DER MENSCHHEIT BRD 1975	ESPOIR (film aus dem span. bürgerkrieg) Frankr./Span.'39
fr, 12.12	SCHLANGE DES PIRATENMONDES Dominik. Rep. 1962 OmU	WIR HABEN LANGE GESCHWIEGEN Frauenfilmgruppe München '74
sa, 13.12.	WIR HABEN LANGE GESCHWIEGEN	SCHLANGE DES PIRATENMONDES
so, 14.12.	SCHLANGE DES PIRATENMONDES	WIR HABEN LANGE GESCHWIEGEN
di, 16.12.	EINE DAME VERSCHWINDET (Hitchcock)	MONETEN FÜRS KÄTZCHEN Frankreich 197o
mi, 17.12.	MONETEN FÜRS KÄTZCHEN	EINE DAME VERSCHWINDET
do, 18.12.	EINE DAME VERSCHWINDET	MONETEN FÜRS KÄTZCHEN

**********studenten schüler lehrlinge arbeitslose 3 Mark ***andere 4 Mark

Das linke Buch 75

Der „Saldo" der linken Verlage ist 1975 ausgeglichen: zwei Verlage sind in Konkurs gegangen (Politladen Erlangen und Rosa Luxemburg Verlag, Köln, vor allem bekannt geworden durch seine Veröffentlichung „Sigmund Freuds Privatlektüre" von Peter Brückner) und zwei Verlage sind neu entstanden: der Frauenverlag „Frauenoffensive" in München und der Schwulenverlag „Rosa Winkel" in Berlin. Im linken Vertrieb ist die Produktionsgemeinschaft Maulwurf/Spartakus/Prolit auseinandergebrochen. Alle KBW-Buchläden sind geschlossen worden (auf Weisung des Kulturbeauftragten des ZK im KBW oder wegen Umsatzrückgang?), der Buchladen Politladen Erlangen und Manifest, Hamburg sind in Konkurs gegangen.

Frauenoffensive

Die zweifellos bedeutendste Neugründung ist der Verlag „Frauenoffensive", 8 München, Josephsburgstr. 16, in dem sich die noch immer wachsende feministische Bewegung einen Verlag geschaffen hat. Übrigens 5 Minuten vor 12, denn solange die feministische Bewegung eine Massenbewegung ist, zögern die bürgerlichen Verlage nicht, sich der Frauentexte zu bemächtigen, auch im „Jahr der Vermarktung der Frau". Durch die Public Relations des S. Fischer-Verlags ist das Buch „Der kleine Unterschied" von Alice Schwarzer inzwischen in das 60. Tausend gegangen. Klassische Probleme, wie sie das linke Verlagswesen aus seiner Geschichte kennt, tauchen hier wieder neu auf: Linke Autoren gehen mit erfolgversprechenden Büchern zu rechten Verlagen. Wenn die feministische Bewegung an Schwung verliert, werden die bürgerlichen Verlage ihre Autorinnen der Frauenbewegung über den Ramsch ausverkaufen und nicht neu auflegen. Es wird dann für die Autorinnen, die einen Verlag suchen, nicht mehr die breite Wahl geben, sondern sie sind an einen der wenigen Frauenverlage verwiesen. Aus den Erfahrungen der linken Verlagsgeschichte heraus ist es zweifellos richtig, Frauenverlage bereits jetzt durch Mitarbeit (Manuskripte o.ä.) zu unterstützen, damit sie ein mögliches roll back gegen die feministische Bewegung überstehen können.

„Frauenoffensive" brachte zur Buchmesse vier neue Titel mit: Verena Stefan, „Häutungen" (der erste literarische Text), Françoise d'Eaubonne, „Feminismus oder Tod" (über Patriarchat und ökologische Selbstzerstörung), Ina Kuckuc, „Der Kampf gegen Unterdrückung" (über weibliche Homosexualität) und Barbara Ehrenreich/Daidre English, „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern" (über die Rolle der Frauen in der Heilkunde).

Männergruppen, Schwulengruppen – rraauuss aus dem Django-Schritt

Schon seit einiger Zeit gibt es die Männerzeitschrift „Mann-O-Mann" von der Berliner Männergruppe. „Wenn nichts dazwischenkommt", gibt es zum Jahresende den ersten Männerkalender, „für Männer, die keine Macker mehr sein wollen ..." Der Kalender wird etwa 200 Seiten stark sein, 6 bis 7 DM kosten, mit Artikeln und Glossen („Coolsein ... und schwulsein", „Männergruppen, Männerfeste" u.a.), mit 366 Oasen für Tagesnotizen, Gedichten, Gedichten, Comics, Sprüchen und Adressen. Der Kalender wird in linken Buchhandlungen vertrieben und über die Buchvertriebe Maulwurf und Prolit. Einzelexemplare gibt es bei Walter Schörling, 1 Berlin 62, Hauptstr. 30.

Auch aus Berlin kommt der neue Schwulenverlag „Rosa Winkel". Genossen aus der Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW) haben sich entschlossen, einen selbständigen Verlag für die Schwulenbewegung zu gründen. Sie verstehen sich als Antifaschisten; daher der Name des Verlags: der rosa Winkel ist das Erkennungszeichen der Homosexuellen in Hitler-KZs. Bisher ist eine Broschüre erschienen – „Tuntenstreit", ein Reprint linker Diskussion über das Homosexuellenproblem. Die Adresse des Verlags: Verlag „Rosa Winkel" 1 Berlin 31, Blissestr. 70.

Davon unabhängig, doch auch in Berlin, ist die Initiative einer Zeitung der Schwulenbewegung entstanden. Die Zeitung heißt „Schwuchtel" und Schwuchtelthemen sollen sein: Schwule Identität, Päderastie, Männerrolle, Feminismus u.a. „Schwuchtel" erscheint mit Nummer 1 im Dezember, von da an unregelmäßig, kostet 2,00 DM und hat die Adresse: 1 Berlin 62, Postfach 373.

Das Programm der linken Verlage hat im übrigen nichts von seiner Lebendigkeit verloren. Der Trikont-Verlag hat zur Messe Bommie Baumann, „Wie es anfing", eine neue Ton-Steine-Scherben-Platte und die neue Zeitschrift „Autonomie" herausgebracht.

Merve-Verlag, Berlin, Anfang des Jahres noch in ernsten Schwierigkeiten, hat u.a. den Text von Leineweber/Schibel, „Die Revolution ist vorbei. Wir haben gesiegt" über die US-amerikanische community-Bewegung ediert.

Raith-Verlag, München, stellte auf der Messe sein Buch „Tagebuch und Briefe aus einem spanischen Gefängnis" von Eva Forest vor.

Der Verlag Association, Hamburg, hat sich an Charles Reeve, „Der Papiertiger. Über die Entwicklung des Kapitalismus in China" gewagt; die Maoisten in der BRD werden den Verlag dafür zu den „bürgerlichen" Unternehmen schlagen.

„Roter Stern", Frankfurt, hat mit seiner Hölderlin-Ausgabe von D.E. Sattler von sich reden gemacht. Der Verlag rechnet mit einer Neuauflage des Einleitungsbandes im Dezember, wenn die 1.000 Exemplare der Startauflage ausverkauft sind. Der diskus wurd sich noch in einer Einzelrezension zu der neuen Historisch-Kritischen Ausgabe im Verlag "Roter Stern" äußern.

Karin-Kramer-Verlag, Berlin, brachte zur Messe die neue dreibändige Ausgabe der Werke Bakunins mit, gedruckt nach der Ausgabe von 1921 aus dem Verlag "Syndikalist".

Makol-Verlag, Frankfurt, seit Jahren zwischen Leben und Sterben, brachte wieder, neben der neuen Edition "Leonardo da Vinci der Maler Philosoph" von Joachim Schumacher, vom selben Autor "Die Angst vor dem Chaos" mit, eine kritische Analyse über die irrationale Angst vor dem Chaos und den "Chaoten".

Der Verlag "neue kritik", Frankfurt, den nur noch die mittlere und ältere Generation von Linken kennt, versucht gegenwärtig sein Programm zu verjüngen und mit Büchern auf die aktuelle politische Situation zu antworten. Der geplante Text Rauch/Schirmbeck, "Viva Portugal" wurde jedoch erst nach der Messe fertig.

Am Rande der Buchmesse trafen sich Linke und Linksliberale (oder sind Linksliberale nur noch Personen der allegorischen Rede?) zu einer Podiumsdiskussion über das "Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" (siehe diskus 1/75). Trotz seiner Beteiligung (mit Klaus Wagenbach, Erich Fried und RA Heldmann) wurde die Podiumsdiskussion in der Tagespresse totgeschwiegen. Zu dem geplanten Gesetz gibt es bei der ESG eine Dokumentation, mit Teilen eines kritischen Gutachtens des Staatsrechtlers Ridder; eine weitere Dokumentation bereitet der Focus-Verlag, Giessen, in seiner Zeitschrift "Überbau" vor.

P.M.

Presseerklärung

Am 24.11.75 wurden in Bayern verschiedene Wohnungen und Geschäftsräume durchsucht, darunter die der „Basis-sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung GmbH", des Trikont Verlags in München und der Druckerei „Gegendruck GmbH" in Gaiganz.

Gesucht wurden per richterlichem Beschluß Exemplare des Buches „Wie alles anfing" von Michael „Bommi" Baumann, das am gleichen Tag auszugswiese im „Spiegel" veröffentlicht worden war. Beim Trikont Verlag kam noch der absurde Verdacht hinzu, Baumann könnte sich bei seinen Verlegern versteckt halten.

Die Durchsuchungen wurden mit einem spektakulären Polizeiaufgebot durchgeführt. Beteiligt waren Politstaatsanwälte aus München und Berlin, sowie Zivilbeamte der politischen Polizei. Man beschränkte sich nicht auf das – im richterlichen Beschluß angeordnete – Auffinden von Exemplaren, Druckplatten des Baumann-Buches, sondern nahm bei der Gelegenheit noch andere Bücher (beim Trikont-Verlag ca. 1600 Stück), Druckplatten von anderen Büchern und Zeitschriften (so etwa des „Frauenjournals"), Geschäftsbücher, Bankauszüge, Tonbänder für Plattenaufnahmen, Kundenkarteien, Auftragsschreiben und dergleichen mit.

Durch diese Aktion wird der Geschäftsbetrieb des Trikont Verlags praktisch lahmgelegt. Diese Schädigung ist umso einschneidender, weil sie mitten in das Weihnachtsgeschäft fällt. Auch wurde das gesamte Prospektmaterial des Trikont Verlags beschlagnahmt.

Außerdem wurden die vom Trikont Verlag getrennten Räume des Verlags Frauenoffensive untersucht, obgleicht dafür kein Durchsuchungsbefehl vorlag. Ebenso wurden im Hause befindliche Privaträume untersucht.

Teilweise wurden Fotos und Skizzen der Räume gefertigt, es wurden Schriftproben sämtlicher Schreibmaschinen genommen und diese dann noch zusätzlich mitgenommen. Weder durfte ein Anwalt (Begründung: „es besteht Verdunkelungsgefahr") noch die teilweise nicht anwesenden Mieter der Räume bzw. Geschäftsführer der Betriebe angerufen werden. Selbst das Studio der Grafikerin, die den Umschlag des Baumann-Buches gestaltete, wurde durchsucht.

Die Rezension von ‚Bommie' Baumann, „Wie alles anfing" hat die diskus-Redaktion schon lange geplant. diskus-Redakteur P. Mosler hat sie schon lange geschrieben. Dann kam am 24.11.75 die richterlich angeordnete Beschlagnahme der Exemplare des Buches, die noch nicht in den Vertrieb gegangen sind. Die ganze Aktion hat den bitteren Beigeschmack einer Vorwegnahme des (noch nicht legislativ verabschiedeten) § 130a: die Staatsanwaltschaft spricht von „Verherrlichung der Gewalt". Soll der Trikont-Verlag für seine (dankenswerte) Aktivität in der Kampagne gegen den § 130a bestraft oder doch eingeschüchtert werden? Bis der staatsanwaltschaftliche Vorwurf gerichtlich entschieden ist, gilt es, den Trikont-Verlag auf jede Weise zu unterstützen: durch Spenden, Kauf von Büchern des Verlags, Verbesserung des Vertriebs u.a.

„Wie alles anfing" – ein Prolet erzählt

Ein Prolet erzählt, vom SDS, von der K 1, der Berliner Blues-Szene, von den umherschweifenden Haschrebellen, den ersten Mollies, Illegalität und Bewegung 2. Juni. Bommie Baumann ist ein Prolet, wie ihn die Studenten in der Revolte achten gelernt haben: einer, der sich zielstrebig und mit Entschiedenheit der „roten Sache" zuwendet, ohne das Laster der Intellektuellen mit ihrem „merkwürdigen Kult des Details" (Fanon). In den Sprecherzählungen Bommie Baumanns (sie sind gesprochen, nicht geschrieben) ist der Gärstoff der Jugendrebellion Ausdruck der sicheren Hoffnung auf Zeitenwende. Er erzählt von der Kraft und dem Stolz, seine Lage zu erkennen, um sie zu verändern.

Dann in die Illegalität. Seit dem 2. Juni wissen wir: „Ihr habt zuerst geschossen." Darum nennt sich eine Guerilla „Bewegung 2. Juni". Bommie spricht von der Abenteuerlust, die im Guerillero stecken kann, von der Rolle der Spitzel, von den Verrätern, Bankeinbrüchen und dem tierischen Instinkt, mit dem sich ein Guerillero in der Stadt bewegt wie ein Tier im Dschungel. Und davon, warum er aus dem Kampf der Guerilla ausgestiegen ist, nach der Erschießung Georg von Rauchs.

Weit eher als die RAF können die Guerillas der Bewegung 2. Juni auf die klassische Funktion der Anarchisten Anspruch machen: das schlechte Gewissen der Revolution durch die Propaganda der Tat zu sein. Wie oft gibt es daneben bei den Linken nur den Anarchismus als Attitüde der Boheme! Diese hat nicht einmal die Gunst der ersten Stunde für sich, wie im Januar 1961, als die Gruppe Spur (darunter u.a. Kunzelmann, heute KPD) in München das Januar-Manifest herausgab, in dem die „urbanistische Gaudi, die unitäre, totale, reale, imaginäre, sexuelle, irrationale, integrale, militärische, politische, psychologische, philosophische ... Gaudi" gefordert wird.

Zum Buch von Bommie Baumann gäbe es noch einiges zu sagen. Doch eine Rezension ist das Geschäft von kulturellen Drohnen. Oft ist sie abgefaßt im Ton: „Nicht schlecht, aber ich hätte manches besser geschrieben." Das ist nicht der Ton, den ich anschlagen will. Diese Zeilen sollen keine andere Aufgabe erfüllen, als zu sagen: Versäumt nicht, dieses Buch zu lesen! Die Jüngeren, weil sie erfahren sollen, wie alles anfing. Die Älteren, weil es an der Zeit ist, daß sich die Neue Linke Rechenschaft über sich selbst ablegt.

Peter Mosler

„Bommie" Baumann, „Wie alles anfing"
TRIKONT-Verlag, 141 S., 10.–
(nach Redaktionsschluß des diskus beschlagnahmt)

Beilagenhinweis

Diesem Heft liegt ein Prospekt der Zeitschrift „Päd. Extra" bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

LISTY-BLÄTTER

Zeitschrift für Fragen des Sozialismus und der Demokratie in Ost- und Westeuropa.

Erscheint zweimonatlich. Abonnement 12 DM jährlich.

Bestellungen und Probenummern: D-6 Frankfurt 1, Postfach 3602.

»mein kollege/trank seinen wein/wo? fragte er/sag mir wo du nur/anzeichen siehst/des bürgerkriegs im lande«, so beginnt ein programmatisches Gedicht dieses Bandes. Kapitalistischer Alltag, Fließbandmord und Meinungshetze liefern Zahl Belege für den »krieg der oberen/gegen die unteren«.
P. P. Zahl, seit Ende 1972 in Haft, berichtet von der Wirklichkeit des Knasts, von Staatsschützern, sogenannten Reformen des Strafvollzugs und seinem Hungerstreik.
Im dritten Teil des Bandes setzt sich der Autor mit den heutigen Kämpfen und der Rolle der Linken auseinander - »fangt an/macht mir mut/wir brauchen ihn/zur zeit nutz ich ihn/euch mut zu machen«.

Peter-Paul Zahl
Schutzimpfung
Gedichte
Rotbuch Verlag Berlin · 6 Mark

3 Prozesse

Athen

Die Sicherheitsvorkehrungen sind streng: das Volk, in dessen Namen gesprochen wird, könnte die Furcht vor den Komplizen der Angeklagten überwinden und zur Sache gehen.

Der harte Kern der kriminellen Vereinigung, zu der die Angeklagten zu rechnen sind, ist noch auf freiem Fuß: Multis und CIA, Pentagon und KYP, Esso-Pappas und Niarchos – die Freiesten der Freien Welt.

Die Atmosphäre im Gerichtssaal ist entspannt: die Angeklagten witzeln, halten patriotische Büttenreden, fraternisieren mit ihren Komplizen von der Presse, verhöhnen ihre Opfer, lächeln nachsichtig – sie sind guter Dinge.

Anklage, Zeugen, Vernehmungen, Anträge zur Sache und zur Person, Vereidigungen, Sachverständige: der übliche Zirkus. Kommen Anklage und Zeugen auf Motive und politischen Hintergrund zu sprechen, winkt der Vorsitzende Richter ab. Das gehört nicht zur Sache.

Die Urteile entsprechen den Erwartungen und werden gelassen aufgenommen. Drei Todesurteile werden prompt von den Komplizen der kriminellen Vereinigung aufgehoben. Für den obersten Folterer des Volkes und Verantwortlichen für Massaker gibt es „lebenslänglich" (eine Strafe, die in diesen Breiten ein armer Kerl erhält, der im Suff seine Schwiegermutter abmurkst). „Lebenslang" – das dürfte den Erfahrungen nach *ein* Jahr (1) bedeuten.

Das griechische Volk hält sich vom Prozeß fern. Es hat Angst. Es weiß, daß die Spießgesellen und der harte Kern der kriminellen Vereinigung noch auf freiem Fuß, in hohen Ämtern, finanziell bestens ausgerüstet sind. Es weiß: der harte Kern dieser Bande wird keine Banken überfallen. Das macht: die Banken gehören der kriminellen Vereinigung. Es weiß: die Angeklagten sind beliebig austauschbar – Arbeitnehmer auf den Gehaltslisten des CIA (Papadopoulos seit 1952).

Das griechische Volk hält sich fern vom Korydallos-Gefängnis, fern vom Prozeß. In seinem Namen werden die Urteile verkündet. In seinem Namen hebt die Regierung die Urteile auf. In seinem Namen wird die kriminelle Vereinigung die nächsten Verbrechen planen und durchführen.

Das griechische Volk hält sich von diesem Prozeß fern und sammelt Kräfte – und Waffen –, um denen, die in seinem Namen handeln, sprechen und Urteile verkünden, so bald wie möglich den Prozeß zu machen.

Ein Volk, in dessen Namen Urteile verkündet und exekutiert werden und

das auf diesen Prozeß keinerlei Einfluß hat, ist eines ohne Selbst-Bewußtsein. Anfangskerne von Bewußtsein, Selbstbewußtsein, Bewußtsein von Widerstand und eigener Stärke zu schaffen, waren die Angeklagten angetreten. Selbstbewußtsein des Volkes wird abgeurteilt werden in diesem „Fall". Im Namen des Volkes. Fragt sich: wie lange noch?

Stuttgart-Stammheim

Die Sicherheitsvorkehrungen sind die strengsten, die je bei einem Prozeß getroffen worden sind. Angeklagt: der „harte Kern" einer „kriminellen Vereinigung" – zwei Frauen, zwei Männer. Die Sicherheitsvorkehrungen lassen denken: da sollen Putschisten abgeurteilt werden, die seit 1970 ihren „Terror" entfaltet haben, die „Herrschaft des Schreckens": Andreas als Ministerpräsident, Jan Carl als Arbeitsminister, Gudrun verantwortlich für Wirtschaft und Finanzen, Ulrike für Kultur und Justiz.

Eine Verteidigung ist weder möglich, noch nötig: über hundert Jahre alte Gesetze wurden geändert, Verteidiger inhaftiert, Verteidigerpost und -unterlagen abgefangen, mitgelesen, unterschlagen, beschlagnahmt, Verteidigergespräche abgehört. Es wurde mit Isolation gefoltert, ein Angeklagter vorsätzlich durch „Unterlassung" umgebracht. Politische Erklärungen sind verboten.

Anklage, Zeugen, Fragen zur Person und Sache, Vernehmungen: der übliche Zirkus, auf den Gipfel der Monströsität getrieben. Die Öffentlichkeit: fehlinformiert. Die Presse: freiwillig gleichgeschaltet. Die Urteile: vor dem Prozeß programmiert. Der Vollzug: satanisch geplant, Todesstrafe in Raten.

Ein Prozeß wird geführt gegen etwas, das völlig anderen Prozessen unterworfen ist: Widerstand. In ein politisch-militärisch-juristisches Prokrustesbett wird gezwängt, was der Norm der Anpassung, der Unterwerfung, der Klassenkollaboration nicht entspricht.

Wo „auf der Flucht erschossen" nicht ausreicht, wird abgeurteilt. Im Namen des Volkes. Guerilleros, welche die Bürgerkriegserklärung der herrschenden Minderheit aufnahmen und erwiderten und – gäbe es eine Logik – als Kriegsgefangene nach Genfer Konvention und Haager Kriegsordnung behandelt werden müßten, werden anschaulich dem Gewaltmonopol des Staatsapparates unterworfen, einem Monopol, das sich in diesem Fall justizförmig verkleidet. Das System steckt in der stärksten ökonomischen Krise seit 1929? Da muß ein Zirkus her: Bundesliga und Stammheim. Das System hat Legitimationsschwierigkeiten? Da muß ein Richter her, auf StPo getrimmt. Die Saure „gesundes Volksempfinden" aus den Retorten der BILD, „Welt" und „Bayernkurier", mischt sich mit der Lauge „Abgewogenheit" und dem Scheidewasser „Rechtsstaat". Im entstehenden Dampf verwischen sich die Konturen. Im Ausland – egal, unter welchem Regime – wird „the Prozeß" anders gesehen, genauer, kritischer, mit wachen Augen.

Man hat da so seine Erfahrungen mit deutscher Obrigkeit, deutscher Justiz, deutscher Prozeßführung, deutschen Vorurteilen und Urteilen. Vergebens wartet das Ausland auf auch nur *etwas* Denk- und Kritikfähigkeit der Öffentlichkeit. Doch das deutsche Volk, in dessen Namen da gesprochen und geurteilt werden wird und deren Angehörige die Angeklagten sind, schweigt. Unorganisiert und fehlinformiert, angesichts der Krise *strukturell* gelähmt, verharrt es noch im Unbewußten, Tradierten, Vorgeschichtlichen.

Irgendwo in Portugal

Ein Mann des Volkes, ein Armer, einer, dem außer dem Hemd auf dem Leib und dem Hut auf dem Kopf kaum etwas gehört, der Mühe hat, seine drei Kinder ernähren zu können, so wie seine Eltern Mühe hatten, ihn und seine Geschwister zu ernähren, so wie seine Großeltern Mühe hatten, seine Eltern und ihre Geschwister zu ernähren, dieser Mann, José Diogo, trinkt sich etwas Mut an, sich vor dem Gutsbesitzer, seinem patrón, zu rechtfertigen. Er hat, demütig vor seinen Herrn tretend, den Hut auf dem Kopf. Der patrón schlägt ihm den Hut herunter. Das ist so Sitte bei den patróns. Das machten sie schon immer so. Das machte der Vater des Gutsbesitzers mit Josés Vater so, das machte der Großvater des Gutsbesitzers mit Josés Großvater so. Da denkt man schon gar nicht mehr darüber nach. Das gehört zum Land wie die Sonne, wie die rotbraun-rissige Haut (rotbraun-rissig wie das Land, das er bearbeitet) zum Landarbeiter.

Der alkoholisierte Atem des Mannes mit Hut, Josés Atem, schlägt dem patrón, Herrn über Einkünfte und Leben von Hunderten von Josés, ins Gesicht. Und das ist schon einen Schlag wert. Oder einen Tritt in den Hintern dieses ... Untiers, Analphabeten da. Oder eine Entlassung, auf der Stelle. Oder noch besser: eine Kugel zwischen die Rippen. Es gibt ja genug von diesem Gesocks.

Da teilt ein uralter Instinkt von José die Zeit. Nichts wird mehr sein wie früher. Der unterdrückte, lange vergessene, verdrängte Instinkt, der Instinkt der Klasse, läßt José etwas tun, läßt ihn zum Messer greifen und zustechen.

Hinter der Spitze des Messers: Armut, Hunger, Krankheit, Not, Beleidigung, generationenlang, jahrhundertelang. Die Spitze des Messers teilt nicht nur die Haut des patrón, sie teilt die Zeit selbst: in die Zeit *vor* dem Zustechen und die Zeit *nach* dem Zustechen. Das Messer eines Erniedrigten und Beleidigten richtet sich *immer* direkt gegen das System der patróns, richtet es sich gegen einen patrón.

José ist plötzlich völlig nüchtern. Sein Blick, seine Haltung, die Spuren um seinen Mund, das Innere von Muskeln und Knochen – sie sind anders. José ist – für einen Augenblick – *frei.*

Aber dann kommt wieder die alte Furcht der Klasse, eine Erfahrung, die man ihm nicht beizubringen brauchte: der patrón wird auferstehen, wird sich aus seinem Blute erheben und *richten.* Er wird José strafen, wie er ihn früher strafte, aber direkter, tiefer, total; er wird José strafen, wie sein Vater die Josés strafte, sein Großvater, die Ahnen. Er wird strafen, so wie schon immer die patróns strafften, das Vieh straften, schlug es aus, die Josés straften, erhoben sie die Hand gegen die patróns. Er wird ihn nicht mit dem Messer strafen. Dazu ist er unfähig und unwillens. Seine Rache wird komplizierten Traditionen folgen, wird die Form einer Maschinerie annehmen: die der Justiz.

Der patrón wird das Gesicht des Gendarmen annehmen, der José verhaftet; er wird die Visage der Journalisten annehmen, die über „diese entsetzliche, völlig unsinnige und ruchlose Bluttat" schreiben; er wird die Fresse der Kripoleute annehmen, die José verhören und foltern, das Gesicht des Schließers, des Staatsanwalts, des Untersuchungsrichters. Das Gesicht des patróns wird sich vervielfältigen: vielfach reproduziert in den Schafsgesichtern der Geschworenen und den harten Gesichtern der Männer in den schweren Roben.

Und der Gendarm wird sich rächen, für das Messer in seinem Gedärm rächen. Das ist Justiz. Der Journalist wird sich überschlagen in Lüge, Gift und Verleumdung – der Schmerz in seinem Gedärm wird ihm die Feder führen. Das ist Öffentlichkeit. Die Kripoleute werden ihn das Loch in ihrem Bauch spüren lassen. Das ist Gerechtigkeit. Der Staatsanwalt wird es grotesk und pervers vergrößern und ausmalen. Das ist Macht. Und die Herren in den Roben, der grotesken Vermummung der herrschenden Macht und des Schamanentums, werden sich erinnern: sind sie nicht zur Schule gegangen mit dem patrón? haben sie nicht mit ihm zusammen die Universität besucht? war man nicht gemeinsam ausgegangen zum Lunch, zum Golfen und Segeln im eleganten Figuera da Foz? hatte man nicht Seite an Seite in Estoril sorglos und lachend Chips auf einen Roulettetisch geworfen? teilte man nicht Wissen und Lüste, die kleinen Verfehlungen und die große Verfügungsgewalt, die parfümierten Weiber, den Glauben an das „Gute, Wahre und Schöne"? hatte man nicht den gleichen Glauben, den gleichen Beichtvater, die gleiche Ordnung, das gleiche Recht, die gleiche Sicherheit, den gleichen Gott – den Gott der patróns?

José wird abgeurteilt werden – im Namen des Volkes. Eines Volkes, das aus lauter Großgrundbesitzern besteht, eines Volkes, das immer Columbano Monteiro heißt. Das Volk, das ist der patrón, Herr über Latifundien in der Provinz Alentejo, südlich von Lissabon, Herr über die José Diogos.

Der Poesie des Messers im Wanst des Herrn entspricht die Poesie des auf den Begriff gebrachten Messers dieser Zeit: der Revolution.

Und in diesem furchtbar einfachen „Fall" wird sich erweisen, wer die Macht hat in Portugal und wer das Recht, ob die Nelken, Symbole der Revolution im Land

seit dem 25. April 1974, nur zur Verzierung dienen der alten Macht, des alten Rechts, oder ob sie Symbole sind der Macht des Volkes und der Gerechtigkeit. José kommt in Untersuchungshaft.

In der zweiten Julihälfte des Jahres 1975 brachte das Volk 5000 Mark Kaution auf, um José Diogo vor dem im Herbst angesetzten „amtlichen" Prozeß freizubekommen. Denn der „amtliche Prozeß", das ist die zum Ritual stilisierte Rache der patróns.

In der zweiten Julihälfte des Jahres 1975 saß das Volk von Portugal, seine gewählten und legitimierten Vertreter, über den Angeklagten zu Gericht.

„Die Mitglieder dieser Volksjury sehen diesen Prozeß als völlig korrekt und gerecht an. Dennoch sind sie der Ansicht, daß Volkstribunale die Form von Massenversammlungen des Volkes erhalten sollten, und vermitteln der (örtlichen, Alentejo-) Volksversammlung die folgende Entscheidung:

Den Großgrundbesitzer Columbano [illegible]träglich für die Unterdrückung und Ausbeutung zu verurteilen, die er gegenüber der Bevölkerung ausübte und ihn als einen Feind des Volkes von Alentejo zu betrachten."

Dies erklärt das Tribunal, das aus gewählten Vertretern von Fabrik und Stadtkomitee besteht.

„Ich weiß nur, daß Columbano im vorigen Jahr starb und daß man ihn schon lange Zeit vorher hätte töten sollen",

sagt ein Bauer bei der Verhandlung.

„José Diogo tötete jemanden, der jeden von uns täglich tötete."

Der hingerichtete Großgrundbesitzer wurde außerdem beschuldigt, ein Informant der Geheimpolizei des faschistischen Systems gewesen zu sein und die Arbeiter durch niedrige Löhne und armselige Lebensbedingungen ausgebeutet zu haben.

Das Volksgericht spricht den Landarbeiter José Diogo frei. Einer seiner Anwälte erklärt, sein Mandant habe nicht hoffen können, vor dem bürgerlichen Gericht einen fairen Prozeß zu erhalten. Der französische Dominikanerpater Jean Cordonnel, ein Mann an der Seite des Volkes, meint:

„Ich wohnte einem außerordentlichen Phänomen bei – dem Anfang vom Ende eines Regimes, das rasch vom Willen des Volkes überholt wird."

Jeder der Beteiligten – und Unbeteiligten – weiß: dieses Verfahren vor einem wahren Volkstribunal setzt ein Fanal. Es wurde ein bedeutender Schlag dem alten System versetzt. Auf dem Wege der Revolution zu einer gerechteren, sozialistischen, menschlichen Gesellschaft, die den tatsächlichen Willen der Massen verkörpert, wurde die Machtfrage gestellt. *Jedes* Urteil beinhaltet eine Blitzlichtaufnahme des Standes der Klassenkämpfe in einem Land. *Jedes* Verfahren ist eine Machtfrage. Das Volkstribunal in Portugal, das José freisprach, weiß, daß es mit der Ersetzung der Einen durch die Anderen nicht getan ist, nicht mit der Ersetzung von roten Roben durch blaue, nicht mit der Ersetzung faschistischer Richter durch „progressive", in welcher Maske sie auch daherkommen; das Volkstribunal weiß, daß gewisse Marxisten mit ihrem Urteil nicht einverstanden sein werden; es weiß, das es für die Erniedrigten und Beleidigten nur *ein* „faires Verfahren gibt: die Revolution" (George Jackson).

Das Gericht ging auseinander. Man übernimmt andere Aufgaben, die getan werden müssen. Man wird des öfteren Tribunale bilden müssen, hören müssen von Verfehlungen und Verbrechen der patróns. Sie kennen die Verbrechen des patrón, egal, wie er ausgesehen haben mag, wie er geheißen haben mag. Sie tragen alle verschiedene Namen, und sie sehen immer gleich aus. Sie kennen die Verbrechen genau. Die Erinnerung an all die Verbrechen der patróns – egal, wie sie heißen – steckt tief in ihnen, steckt im Mark der Knochen. Die Erinnerung an die Verbrechen der patróns vergiftet sie noch immer ein wenig. Ihnen war es – im Gegensatz zu José – nicht möglich, die Krankheit in die Spitze des Messers zu legen, sie loszuwerden, körperlich.

Für sie gibt es keine Fragen: sie kennen den „Fall". Sie sind müde vor lauter Kenntnis all dieser „Fälle". Es ist immer das gleiche mit den patróns. Aber es ist nicht immer das gleiche mit den Josés. José konnten, José mußten sie freisprechen. Er handelte stellvertretend für sie alle.

José ist nicht mehr der gleiche. Das Tribunal geht nach dem Prozeß auseinander, und keiner der Anwesenden ist mehr das, was er früher war. Auch nicht der patrón, der Herr Columbano, der immer noch anwesend ist, verkleidet, versteckt, gerissener nun, der sich jetzt „Sozialist" nennt oder „Volksdemokrat", der, gezwungen, seine Besitzung im Alentejo zu modernisieren, seine Umgangsformen modernisieren muß, der sich die Kokarde ansteckt oder die rote Nelke oder die Windrose der NATO, je nachdem. Aber das Volkstribunal, seine bloße Anwesenheit, beweist, daß nicht nur das gesamte „Rechtssystem" in Frage gestellt wurde. Der Freispruch für den Landarbeiter José Diogo muß ausgebaut, begriffen, verinnerlicht, gefestigt werden, das weiß José, das wissen die Zeugen, weiß das Volkstribunal. Räte, Tribunale und Milizen, das ist erst der Anfang. Gibt man sich mit weniger zufrieden, schreitet man nicht voran, werden die patróns wieder ihr Regime errichten, ihr Rechtssystem, ihres Rechtssystems, ihrer Macht. Das bedeutet: Blutgericht, Massaker, Massenmord; bedeutet Chile in Südwesteuropa. Leben kann für Erniedrigte und Beleidigte nur aus der verwesenden Leiche der Herren, der patróns, der „Kolonialherren" (Fanon) bestehen. Zwischen Unterdrükkern und Unterdrückten wird „keine Frage gelöst, es sei denn durch Gewalt" (Fanon). José Diogo, einfacher Landarbeiter im Alentejo, Vater von drei Kindern, 38 Jahre alt, Urenkel einer langen Ahnenreihe von Unterdrückten, weiß es nur zu gut: ein einziger, winziger Augenblick hat ihn völlig aufgeklärt.

© by p. p. zahl

Bio-Bibliografie Stand: Aug. 1975

Peter-Paul Zahl, 1944 in Freiburg/Brsg. geboren, lebte bis 1953 in der DDR. Mittlere Reife, Lehre und Gesellenprüfung als Kleinoffsetdrucker im Rheinland. 1964 Flucht aus politischen Gründen nach Westberlin. Diverse Jobs und Auslandsreisen.

1965 Heirat, 1969 Geburt des Sohnes Raoul, 1971 Geburt der Tochter Nadeschda. 1973 Scheidung.

1967 Gründung einer Druckerei und eines Kleinverlages. Herausgeber von „Spartacus – zeitschrift für lesbare Literatur", der „zwergschul-ergänzungshefte" u.a.

1972 verurteilt zu einem halben Jahr (auf „Bewährung") wegen Druck eines Plakats mit der Aufschrift „Freiheit für alle politischen Gefangenen". Im Dezember 1972 als „förchterbarer Terrorist" verhaftet. Schußverletzung. Mitte Mai 1974 wegen „gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand" gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren verurteilt. Die Staatsanwaltschaft ging in die Revision. Ihr waren 4 Jahre zuwenig. Sie hatte 12 Jahre gefordert. Wörtlich: „Zur generellen Abschreckung..." Es wird neu verhandelt werden müssen.

Zur Zeit in der JVA Köln 30, Rochusstraße 350.

Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften (Langer Marsch, 883, Metzger, Spontan etc.) und Anthologien („Literaturmagazin 1", Rowohlt; „Szenenreader", Lit.Inf.-Zentrum, Wintjes; „Denkzettel", Röderberg; Hammer Verlag, EVA, Luchterhand u.v.a.) Mitglied des VS und der Dortmunder Gruppe 61.

1968 Elf Schritte zu einer Tat. Erzählung. Polyphem. Berlin

1970 Von einem, der auszog, Geld zu verdienen. Roman, Karl Rauch, Düsseldorf/Neuauflage: Dez. 1975, Vlg. Freie Gesellschaft

1974 Das System macht keine Fehler. Das System ist der Fehler. Reden vor Gericht. Editora Queimada, Haarlem/W'bln

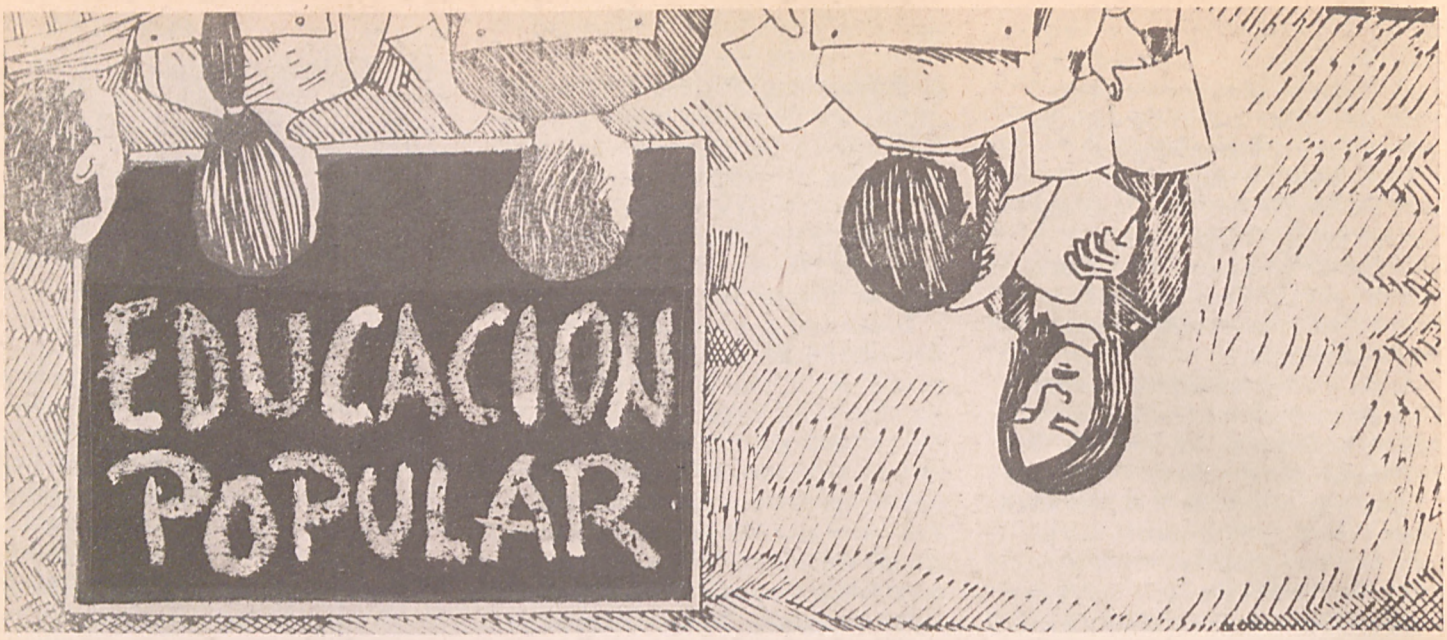
1975 Schutzimpfung. Gedichte. Rotbuch 132. Westberlin

Nov. 1975 „ ...die Barbaren kommen". Lyrik und Prosa. MaD verlag, Hamburg

Mai 1976 „Wie im Frieden" (Arbeitstitel). Erzählungen. etcetera verlag, Leverkusen

in Vorbereitung: Ausgewählte Artikel. Verlag freie Gesellschaft, Frankfurt

in Arbeit: ein Schelmen, - ein Stadtguerillaroman, Hörspiele, Artikel, Gedichte, Erzählungen, Übersetzungen.



Erziehung zur Befreiung in Lateinamerika

Die Autorin hielt sich zur Vorbereitung einer Diplomarbeit in Erwachsenenbildung von November 1974 bis Juli 1975 in Mexiko auf, um an Ort und Stelle Erziehungsprojekte zu suchen und zu untersuchen, in denen von Theorie und Methode Paulo Freire's ausgegangen wird.

"Professor Paulo Freire wurde 1921 in Recife/Nordostbrasilien, der Heimat Helder Camaras, geboren. 1947 begann er mit der Alphabetisierungsarbeit an erwachsenen Analphabeten und entwickelte dabei mit der Zeit eine Methode, die er u.a. in Chile mehrere Jahre als UNESCO-Experte für Bildungsfragen praktisch erprobte. Bis 1964 war er Professor für Geschichte und Philosophie der Pädagogik an der Universität in Recife. In Brasilien wurden seine Alphabetisierungskampagnen 1963/1064 in größtem Maßstab verwirklicht. Unter der 1964 durch einen Staatsstreich zur Macht gelangten Regierung Medici wurde er verhaftet und nach 70 Tagen Gefängnis nach Chile ausgewiesen. Obwohl seine Bücher in Brasilien vernichtet wurden, wird seine Methode in der Dritten Welt weiter verwirklicht. Nach zweijähriger Gastprofessur in Harvard arbeitet er seit 1970 als Sonderberater für Bildungsfragen beim Ökumenischen Rat in Genf" (1).

Wenn die Revolution nicht durch das Bewußtsein der Massen getragen wird, entsteht nur wieder die Herrschaft einer Gruppe, die 'im Namen des Volkes' das Volk unmündig hält (1).

Die Volkspädagogen in Lateinamerika sind sich (gemeinsam mit den deutschen Pädagogen) darüber einig, daß das Ziel der Bildung die Emanzipation des Menschen ist, seine Befreiung aus der 'selbstverschuldeten Unmündigkeit'. Sie suchen dieses Bildungsziel jedoch nicht innerhalb des allgemeinen formalen Schulsystems zu erreichen. Die Gründe dafür liegen auf drei unterschiedlichen Ebenen:

1. Das allgemeine Schulsystem versorgt nur Teile der Bevölkerung in den lateinamerikanischen Ländern wirklich, obwohl in einigen ein großer Prozentsatz des Gesamtetats dafür investiert wird (in Mexiko z.B. betrug der Bildungsetat 10,5 Mill. Pesos, während der Etat für Verteidigungsausgaben im gleichen Jahre (1972) etwa ein fünftel (2,2 Mill. Pesos) ausmachte. Man vergleiche dazu diese Relation in der BRD!) (2).
2. Es besteht in Lateinamerika eine Kritik am allgemeinen Schulsystem als einem in hochindustrialisierten Ländern entwikkelten, das importiert und auf die 'unterentwickelten' Länder übertragen wurde; wodurch eine eigenständige Entwicklung verhindert wird.
3. Zum andern geht man von einer grundsätzlichen Kritik an diesem Schulsystem aus, da es durch starken Leistungs- und Konkurrenzdruck nach vorgegebenen Maß Maßstäben Entfremdung, Domestizierung und Anpassung zur Folge hat und nicht Emanzipation und Mündigkeit.

"Educacion popular" (Volkserziehung) umfaßt verschiedene Projekte in denen eine Alternative zum allgemeinen Schulsystem entwickelt wird. Sie berufen sich zum großen Teil auf **Paulo Freire**, der im Nordosten, dem Notstandsgebiet Brasiliens, im Laufe seiner Arbeit in Kulturzirkeln eine Methode der Alphabetisierung im Zusammenhang mit Bewußtseinsbildung ("concientizacion") entwickelt hat, die in einer breitangelegten Kampagne großen Erfolg verzeichnete. (In einem Kurs von 6 Wochen lernten die Leute lesen und schreiben). Ähnliche Kampagnen wurden noch zur Zeit Freys in Chile durchdurchgeführt, nach dem Tod Allendes untersagt, nachdem Freire längst wegen seiner 'subversiven' erzieherischen Tätigkeit des Landes verwiesen wurde. In anderen lateinamerikanischen Ländern wie Kolumbien, Peru und Mexiko wurden Paulo Freires Theorie und Methode von einzelnen Gruppen wieder aufgegriffen und weitergeführt.

Ziel dieser Volkserziehung ist die Aufhebung des entfremdeten und entfremdenden Lernens, das statt zur Emanzipation zu noch größerer Unmündigkeit und Abhängigkeit führt. Dem "Bankiers-Konzept" der Erziehung ("Die Schüler, die Unwissenden, empfangen die Erkenntnis als Gabe von dem Lehrer, dem Wissenden". (3)) stellt Paulo Freire die Erziehung als einen Prozeß gegenüber, "in dessen Verlauf man sich seiner eigenen Realität solcherart kritisch bewußt wird, daß man wirksam in sie eingreift." (4)

Zielgruppen bei allen diesen Projekten sind vom Schulsystem und von der gesellschaftlichen Entwicklung her benachteiligte Bevölkerungsgruppen: Indianer, Slumbewohner der großen Städte und ländliche Bevölkerung (fast ausschließlich Erwachsene werden angesprochen).

Die Grundeinstellung der Zielgruppen – Analphabeten – besteht "gewöhnlich in einem tief verwurzelten Pessimismus und Fatalismus" (5). Sie registrieren zwar die mißlichen Umstände, besonders wenn sie als einzelne betroffen werden, "aber sie tun es in einer Art von Passivität und Schicksalsergebenheit, so als handle es sich um ein unabwendbares Naturereignis." (6) Für Freire und die Volkspädagogen geht es darum, diese Einstellung zur Realität im Prozeß der "concientizacion" zu verändern (durch die geläufigen Übersetzungsversuche mit "Bewußtseinsbildung" oder "Bewußtseinsweckung" nicht gut erfaßt).

Im Sinne Paulo Freires bedeutet der **Prozeß der "concientizacion"** die Befreiung des Menschen vom magischen Denken, von der mythischen Wahrnehmung der Welt. Erst durch eine Distanzhaltung tritt

der Mensch aus seiner unbewußten und unreflektierten Verflechtung mit der Welt heraus, nimmt sie als Objekt wahr und beginnt,sie zu beurteilen und zu kritisieren. Durch diesen Objektivierungsvorgang wird er fähig, die Zusammenhänge der Welt und seine eigene Rolle und Möglichkeiten der Veränderungen darin zu erkennen und sich der auferlegten Beschränkungen durch bewußtes (und gemeinsames) Handeln zu befreien. (7).

Die Arbeit der Volkspädagogen in Kulturzirkeln und bei der Alphabetisierung ist mit diesem Ziel untrennbar verbunden. Paulo Freire bezeichnet daher die, die zwar Lesen und Schreiben lernten, aber nicht dabei zu einer kritischen Einstellung zur Realität gelangten, als politische Analphabeten.

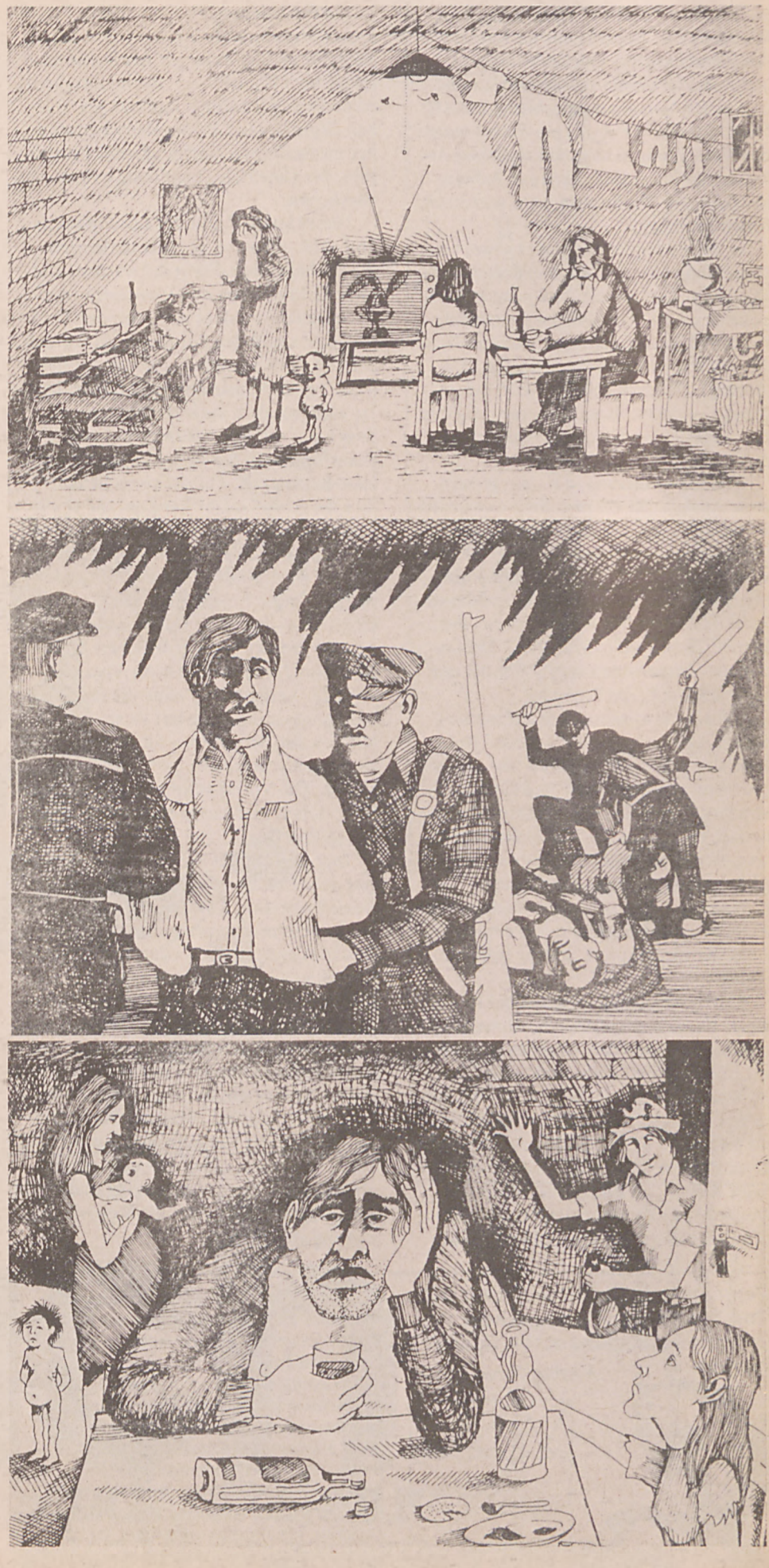
Zur Methode: Es wird nicht – wie in den üblichen Alphabetisierungsprogrammen – von einem vorgefertigten Curriculum ausgegangen, sondern das Lernen geht von Sprachgebrauch und Problembewußtsein der Betroffenen aus.

Als Grundlage der Diskussion wird ein kleines **Kernvokabular** herausgearbeitet, das den Situationen des alltäglichen Lebens entspricht und zugleich Probleme aufwirft, die zur Diskussion anregen und einen Reflectionsprozeß ermöglichen, der über den jeweiligen persönlichen und lokalen Bereich hinausführt. Dieses Kernvokabular kann in jedem Projekt unterschiedlich aussehen, da die Problemstellungen und typische Situationen, die verbalisiert werden sollen, in der Stadt ganz anders aussehen als auf dem Land; bei der Alphabetisierung der Indianer wird darüber hinaus auch noch von einer anderen Sprache ausgegangen.

Aus diesem Kernvokabular werden dann gemeinsam diejenigen Wörter ausgewählt, " 'die am stärksten mit existentieller Bedeutung verbunden und somit auch emotionaler besetzt sind, zugleich aber auch typische Ausdrucksformen der Gruppe darstellen ' " (8), die sogenannten **'generativen'** oder **'Schlüsselwörter'.**

Bei der weiteren Auswahl ist wesentlich,

1. daß die Wörter die Grundlaute der Sprache enthalten (Freire entdeckte, daß 16 bis 20 Wörter ausreichen, um die Vokalvariationen und konsonantischen Verbindungsmöglichkeiten dieser Phoneme in der spanischen und portugiesischen Sprache vorzustellen),
2. daß das Vokabular so strukturiert ist, daß der Lernende leicht von einfachen Buchstaben und Lauten zu komplexeren übergehen kann, damit das Zutrauen zu sich selbst und die Motivation durch Erfolgserlebnisse gefördert werden,
3. daß sich diese Wörter zur Auseinandersetzung mit der sozialen, kulturellen und politischen Wirklichkeit eignen.



Lehrtafeln aus "Metodo de Alfabetizacion" der "Servicios Educativos Populares, A.C."

Das Wort "**comida**" (Nahrung, Essen, Mahlzeit) z.B. ist nicht nur im Rahmen des Familienalltags von Bedeutung, es weist darüberhinaus auf die lokalen und nationalen Versorgungsprobleme hin. Das Wort "**fábrica**" (Fabrik) provoziert außer den Vorstellungen über den täglichen Arbeitsablauf auch Gedanken zur Arbeitslosigkeit, zur Produktion, zum wirtschaftlichen Prozeß.

In der nächsten Phase wird außer einer **Darstellung von Wörtern auf Karten** (oder Dias) zum Zwecke der Zerlegung in Komponenten auch die **bildliche Darstellung von Situationen** ("láminas") verwandt, die mit Wörtern verknüpft werden **(Kodierung)**. Dadurch soll das Wortbild eingeprägt und eine Auseinandersetzung mit der dargestellten Situation angeregt werden (Dekodierung).

Diese **Dekodierung**, d.h., die gemeinsame Analyse der dargestellten existentiellen Situationen (z.B. zum Wort "casa" (Haus), "policía" (Polizei), "tele" (Fernseher), "alcohol") findet **auf mehreren Ebenen** statt: 1. Ausdruck der emotionalen Betroffenheit, des Bedürfnisses, der Freude, der Unzufriedenheit; 2. Diskussion der Zusammenhänge; 3. Schritt zur Generalisierung des Problems.

Dabei kristallisieren sich auf immer neuer Ebene mit neuen "láminas" (bildliche Darstellungen, die auch von den Betroffenen selbst gemacht und zur Diskussion gestellt werden) die Hauptprobleme heraus, von denen die Alphabetisanden betroffen sind. Dies bedeutet eine ständige Provokation, Lösungen zu diesen existentiellen Situationen zu suchen, und Aufgaben zu übernehmen, die einen möglichen Schritt zu einer Lösung bedeuten können.

Eine unvermeidliche **Konsequenz** aus dieser Form der 'politischen Alphabetisierung' ist neben dem ungeheuer schnellen Erlernen des Lesens und Schreibens (6 Wochen im Vergleich zu anderen jahrelangen Alphabetisierungskampagnen!) (9) die politische Emanzipation der Bevölkerung. Diese manifestiert sich in politischer Aktion, im Bilden von Interessengruppen, von kommunalen Organisationen und Gewerkschaften, obwohl eine solche **Politisierung** im Sinne Paulo Freires nicht vorgeschrieben ist. Sie ergibt sich vielmehr zwangsläufig auf der Suche nach möglichem Handeln, um die im interpersonalen Dialog inhaltlich konkret gewordenen Begriffe wie z.B. der Menschenwürde, der menschlichen Hoffnung oder Frustration, der Gesellschaftsordnung usw. zu verwirklichen.

Dieser letzte Punkt der Lösungssuche und auch -versuche ist einer derjenigen, die am heftigsten diskutiert werden, und zwar nicht nur von den Lernenden (den Betroffenen) sondern auch von den Volkspädagogen und den Politikern, da die sich entwickelnde schöpferische Eigeninitiative nicht nur als **konstruktiv** und positiv bewertet wird, sondern auch als **subversiv**, in dem Falle nämlich, wenn sie **auf eine Transformation der bestehenden Verhältnisse** hinausläuft. Für die einen bedeutet dies die große Gefahr der Zeit, die es einzudämmen gilt, damit der erreichte Entwicklungsstand der Gesellschaft nicht gefährdet wird. Andere, die diese Transformation für die Entwicklung der Gesellschaft als notwendig erachten, vermissen bei den Projekten zur politischen Alphabetisierung eine Strategie zur Veränderung der Verhältnisse, ohne die die Bewußtseinsveränderung nur zu einer Frustration der Betroffenen führe, aber nichts an der Unterdrückung der Unterdrückten ändere. Die Volkspädagogen stehen mit ihrer Arbeit von diesen beiden Positionen her in Beschuß.

Ihre Lage ist bei alledem noch deswegen äußerst schwierig, weil sie teilweise **keine finanzielle Absicherung** haben. Entweder geht man nebenbei noch anderen Beschäftigungen nach, oder man ist auf freiwillige Finanzierungen angewiesen, die jederzeit abgesagt werden können. Die zugesagten Finanzierungen von Misereor z.B. sind vom nächsten Bischof abhängig und dieser befürwortet das Projekt evtl. nicht weiter, weil er um die angegriffene Stellung der Kirche in Lateinamerika besorgt ist. Ein Teil der Projekte wird aus privater Hand finanziert, sodaß von einer jährlichen (oder öfteren) Darstellung und Rechtfertigung des Vorgehens die Weiterfinanzierung abhängig ist.

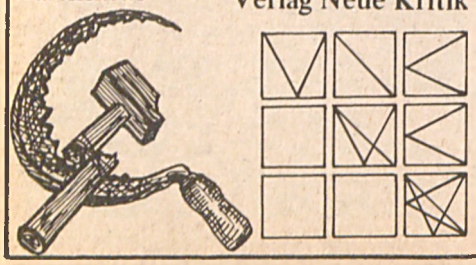
Daß die **Darstellung einer politischen Strategie** in der Arbeit der Volkserzieher fehlt, ist jedoch nicht nur auf das Risiko angesichts ihrer so starken finanziellen Abhängigkeit zurückzuführen; die Volkspädagogen sind sich der politischen Implikationen zum größten Teil sehr bewußt und arbeiten eben so lange, bis man ihnen die Erlaubnis dazu entzieht, und haben auch Vorstellungen über konkrete Handlungsstrategien. Es widerspricht jedoch ihrer Auffassung von ihrer Funktion als Erzieher in der politischen Alphabetisierung, diese Vorstellungen durchzusetzen. Das wäre nach Paulo Freire nur ein weiterer Versuch die Unterdrückten (in revolutionärer Absicht) zu manipulieren. Die Leitlinien der Aktion sollen jedoch in gegenseitiger Solidarität geschaffen werden. (10). Der Entschluß zur Aktion muß von den Massen selbst entwickelt und getragen werden; sie kann nicht für das Volk "im Namen des Volkes" gefaßt werden, denn "Revolution mit manipulativen Mitteln erzeugt mit Sicherheit ihre konterrevolutionäre Entartung ...", denn sie traut dem Volk nicht. "Wenn man aber dem Volk nicht trauen kann, dann besteht kein Grund zu seiner Befreiung' " (11).

Anmerkungen

1) Vgl. Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, a.a.O. 1
2) Vgl. Veröffentlichungen von Ivan Illich zur Kritik des mexikanischen Schulsystems
3) Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, a.a.O. S 57 ff
4) Everett Reimer, Schafft die Schule ab, Reinback 1972, S. 112
5) Thomas G. Sanders, Die Paulo-Freire-Methode, Alphabetisierung und "Concientización", in:
Erika Stückrath-Taubert (Hg.), Erziehung zur Befreiung, Reinbeck, September 1975, S. 23
6) Christian Graf von Krockow, Mexico, R. Piper & Co., München 1974
7) Vgl. Erziehung zur Befreiung, a.a.O. S. 61
8) Thomas G. Sanders, a.a.O. S. 25
Vgl. auch Paulo Freire, Erziehung als Praxis der Freiheit, Stuttgart 1974, Anhang: Schlüsselwörter
9) Vgl. Thomas G. Sanders, a.a.O.
10) Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, a.a.O. S. 155
11) Paulo Freire, ebenda, S. 20

Cesar Oliveira **Eine Revolution frißt ihre Traditionen** Portugiesische Arbeiterbewegung und revolutionärer Marxismus

Verlag Neue Kritik



Cesar Oliveira, ehemaliger Militanter der MES und zeitweiliger Berater des Revolutionsrates gehört zu den wenigen portugiesischen Linksradikalen, die schon vor den Novemberereignissen die entscheidenden Schwächen einer überparzellierten Basisbewegung erkannten. Ohne die doppelte Frontstellung gegenüber der neokapitalistischen Sozialdemokratie (PS) und dem auf bloßer Machteroberungsstrategie reduzierten Parteikommunismus (KP) aufzugeben, insistiert er auf einem taktischen Realisierungskonzept der Poder Popular, das sowohl die ökonomischen wie auch die machtpolitischen Bedingungen des revolutionären Prozesses berücksichtigt. Dieser Band sammelt vorwiegend Leitartikel und Interviews, die die aktuellen Schritte des Tageskampfes vor dem Hintergrund der weitgehend unbekannten Geschichte der portugiesischen Arbeiterbewegung zu begreifen versuchen. Bei aller theoretischen Stringenz bleiben sie integraler Bestandteil einer Praxis, die die allseitige Befreiung des portugiesischen Volkes zum Ziel hat.

Die präorgiastische Phase: Advent

Das Stadium der Vorlust: 24. Dezember

Der Höhepunkt: Bescherung

Das Stadium der Nachlust: Weihnachtsschmaus

Die postorgiastische Phase: Frustration

Buch

laden
Verlag 2000
Studienliteratur
linke Verlagsprogramme

Frankfurt-Bockenheim
Jügelstraße 1 Studentenhaus
Buchladen
des Sozialistischen Büros
montags bis freitags
9—18.30 Uhr

peter paul zahl

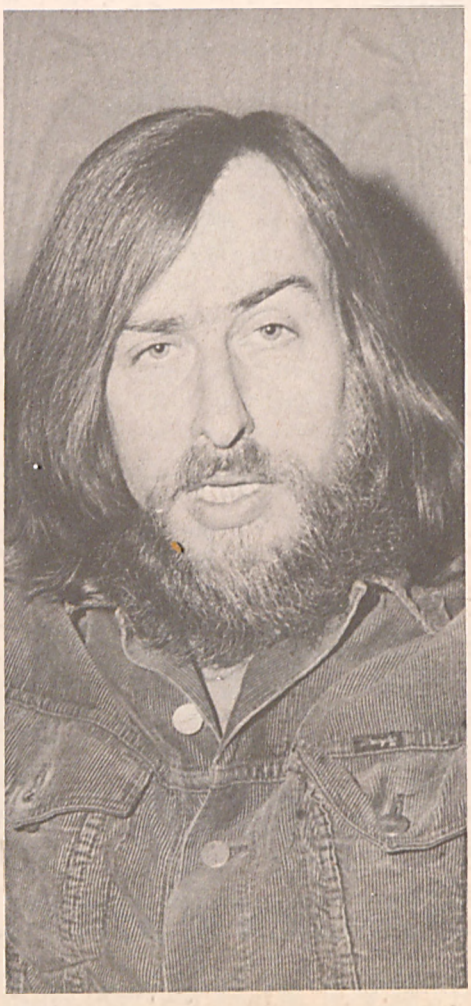
© by p. p. zahl

schuldspruch
für Angel Otaegui, José Humberto Baena, Ramon Garcia Sanz, José Sanchez-Bravo und Juan Paredes

1
arias navarro
statthalter francos auf erden
gelobte feierlich
im namen der regierung
sie werde „mit allen mitteln
eines modernen rechtsstaates"
auf die aktionen
der terroristen antworten
vergebens suchten wir
auf dem globus
auch nur *ein* land
das *kein*
„moderner rechtsstaat" ist

2
nun da *sie* offensichtlich
unschuldige hinrichten
wird es ein fehler
unschuldig zu sein
ladet auf euch schuld
brüder und schwestern
schuldig stirbt es sich
leichter

3
die zum sterben bestimmt waren
trösteten die überlebenden
die unschuldig erschossen wurden
bewaffnen das volk
damit es sich schuldig macht
und auf sich lädt die schuld
mit allen mitteln
jenen „modernen rechtsstaat"
zu beseitigen
auf dem grab
des „modernen rechtsstaates"
der unschuldige mit sich riß
in den tod
werden glücklich die schuldigen tanzen
und kränze niederlegen
am grabe unschuldiger
die das volk lehrten
auf sich zu laden die schuld:
kampf liebe verantwortung
freiheit und macht



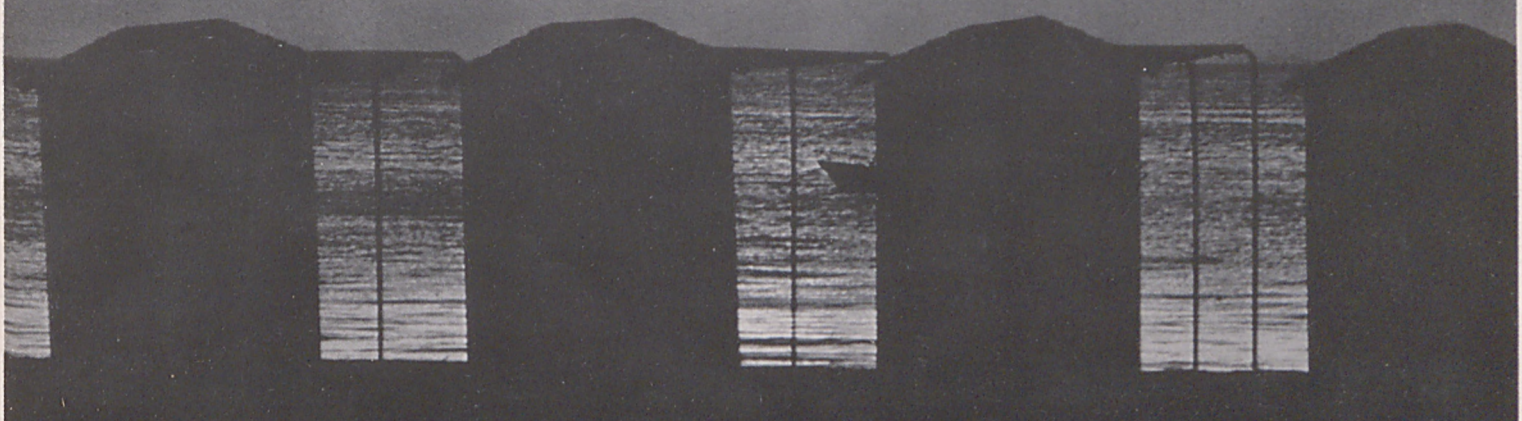
franconsteins tod

franconstein stirbt
und live wird sein tod
in der sportschau übertragen
bei jedem röcheln
schrei'n wir olé
und werfen kissen
in die arena
franconstein stirbt
zwanzig spezialisten setzen
neue ersatzteile ein
hier ein darm dort eine galle
und da einen meter aorta
nach franconsteins herz
sucht barnard vergeblich
franconstein stirbt
und live wird das rennen
der camarilla um die nachfolge
gezeigt arias der bunker
und juan carl scharren mit den hufen
im blutbefleckten sand am ziel
der wanderpokal: die macht
franconstein stirbt
nun hilft auch nicht mehr
die bluttransfusion der ärzte
vom erschießungskommando
noch daß an den schaltern
der vollautomatischen krepiermaschine
spezialisten sitzen von der cia
franconstein stirbt
und folgt dracula blanco
in die hölle an die er glaubt
und vor der er sich fürchtet
hat doch der satan
sie, franconsteins spanien
vollendet nachgebildet

COSTA DE LA LUZ · ESPAÑA

HURRAH!
FRANCO IST TOT –
ABER ES BLEIBT VIEL ZU TUN,
UM SPANIEN ZU EINEM
FREIEN LAND ZU MACHEN.

AL FIN!
FRANCO HA MUERTO –
PERO NOS QUEDA MUCHO,
PARA HACER DE ESPAÑA
UNA NACION LIBRE.

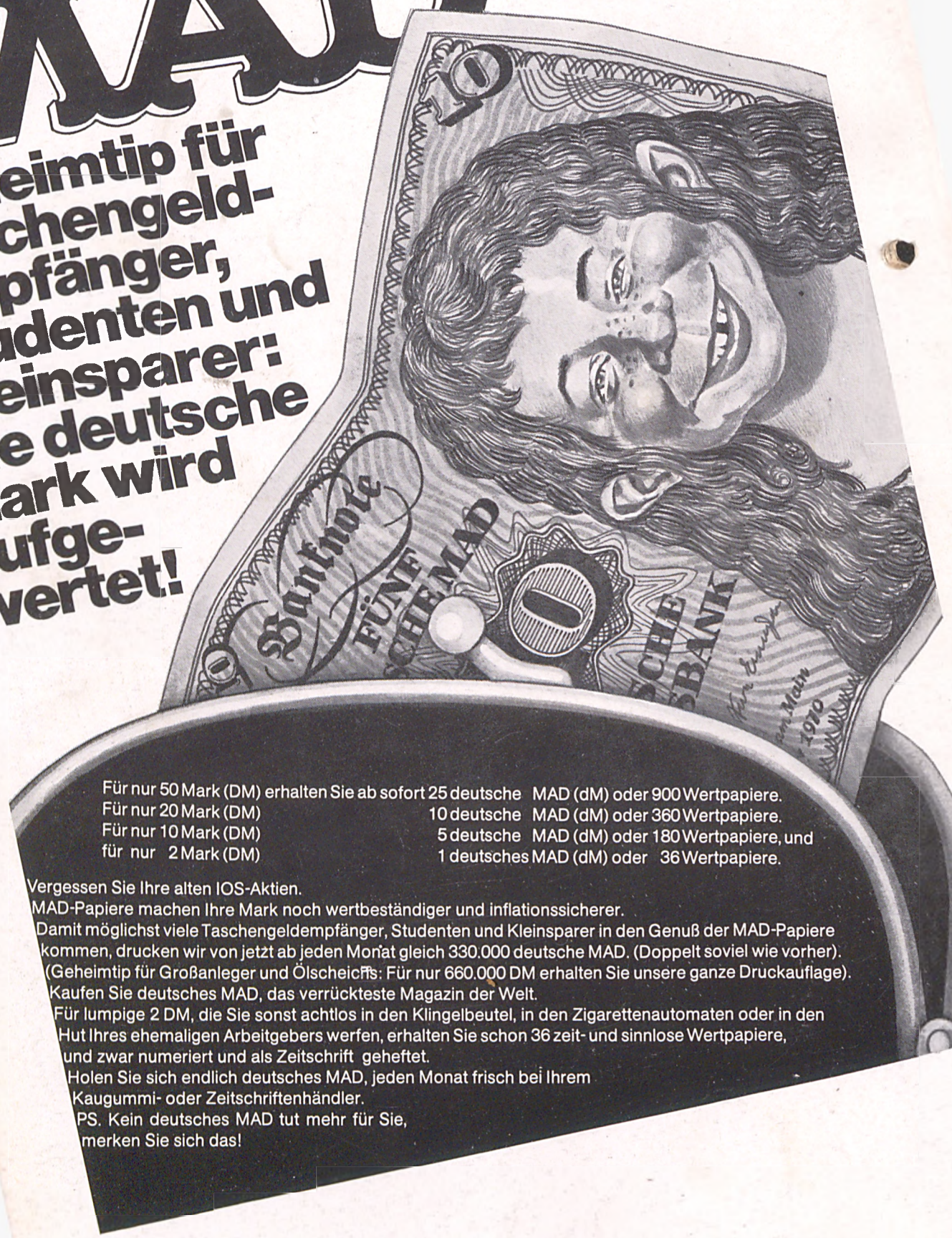


SANLUCAR DE BARRAMEDA · CADIZ

PUBLICACIONES DEL MINISTERIO DE INFORMACION Y TURISMO · SUBSECRETARIA DE TURISMO · DIRECCION GENERAL DE ORDENACION DEL TURISMO
Ejemplar gratuito · Venta prohibida · Printed in Spain · Impreso por Santiago Valverde S. A. · Usúrbil · San Sebastián · D. L. S. S. 88

MAD-

Geheimtip für Taschengeld-empfänger, Studenten und Kleinsparer: Die deutsche Mark wird aufge-wertet!



Für nur 50 Mark (DM) erhalten Sie ab sofort 25 deutsche MAD (dM) oder 900 Wertpapiere.
Für nur 20 Mark (DM) 10 deutsche MAD (dM) oder 360 Wertpapiere.
Für nur 10 Mark (DM) 5 deutsche MAD (dM) oder 180 Wertpapiere, und
für nur 2 Mark (DM) 1 deutsches MAD (dM) oder 36 Wertpapiere.

Vergessen Sie Ihre alten IOS-Aktien.
MAD-Papiere machen Ihre Mark noch wertbeständiger und inflationssicherer.
Damit möglichst viele Taschengeldempfänger, Studenten und Kleinsparer in den Genuß der MAD-Papiere kommen, drucken wir von jetzt ab jeden Monat gleich 330.000 deutsche MAD. (Doppelt soviel wie vorher).
(Geheimtip für Großanleger und Ölscheichs: Für nur 660.000 DM erhalten Sie unsere ganze Druckauflage).
Kaufen Sie deutsches MAD, das verrückteste Magazin der Welt.
Für lumpige 2 DM, die Sie sonst achtlos in den Klingelbeutel, in den Zigarettenautomaten oder in den Hut Ihres ehemaligen Arbeitgebers werfen, erhalten Sie schon 36 zeit- und sinnlose Wertpapiere, und zwar numeriert und als Zeitschrift geheftet.
Holen Sie sich endlich deutsches MAD, jeden Monat frisch bei Ihrem Kaugummi- oder Zeitschriftenhändler.
PS. Kein deutsches MAD tut mehr für Sie, merken Sie sich das!